



ENTFESSELT

Anarchist Black Cross

Antiknastinfo

Dezember 09



Anarchist Black Cross Berlin und Anarchist Black Cross Orkan sind anarchistische Zusammenschlüsse von Individuen, welche sich seit einigen Jahren zusammengefunden haben und von einem gemeinsamen Hass gegen diese kapitalistische Gesellschaft und deren Formen des Wegsperrens geprägt sind. Unser Schwerpunkt liegt primär in der Unterstützung anarchistischer und sozialer Gefangener, tendenziell von allen Gefangenen die sich gegen diese Gesellschaft der Ausbeutung und Vereinzelung wehren und ihren Kampf mit emanzipatorischen Inhalten füllen. Allerdings wollen wir weder eine reine „Gefangenen-Unterstützungs“-Gruppe sein, noch eine die sich nur mit politischen Gefangenen beschäftigt, weil wir generell alle Knäste, Abschiebeknäste und jegliche Zwangsanstalten ablehnen: sie sind keine Lösung für soziale Konflikte, welche aus der aktuellen Organisation der Gesellschaft entstehen. Auf Grund dessen ist es uns wichtig Antiknastarbeit zu machen, um zu verdeutlichen, wieso Zwangsanstalten besser Baulücken sein sollten.

Durch die Herausgabe eines monatlichen kleinen Heftes (das „Entfesselt“), in Form von Flyern und Broschüren, die Organisation von Aktionen wie Kundgebungen und Demos vor Knästen, von Infoveranstaltungen zum Thema Knastkritik und über Gefangene usw., versuchen wir in der Szene und im Rest der Gesellschaft bestimmte Diskussionen zu provozieren oder weiter zu führen. Wir versuchen auch Antirepressionsarbeit in einen Kontext zu setzen indem es darum geht, dass es nicht nur wenn ein §129a gegen uns angewendet wird es wichtig ist Antirepressionsarbeit zu machen, sondern das dies immer in Verbindung mit der Infragestellung des gesamten Knastsystems gesetzt werden muss.

Die Abschaffung aller Zwangsanstalten sehen wir nur möglich innerhalb eines Prozesses, welcher die gesamten aktuellen Zustände umwirft.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!



Das Entfesselt ist ein zweimonatlich erscheinendes Infoblatt der Anarchist Black Cross Gruppen ABC Berlin und ABC Orkan. Wir wollen damit eine Kommunikation zwischen „drinnen“ und „draußen“ ermöglichen, indem wir Texte und Briefe von Gefangenen, Artikel über Gefangenenkämpfe und solidarischen Aktionen und verschiedenes mehr abdrucken. Außerdem geht es uns darum den Antiknastgedanken zu verbreiten, verknüpft mit einer anarchistischen Perspektive, denn die Abschaffung von Knästen und Zwangsanstalten kann nur ein Teil auf dem Weg zur Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung darstellen.

Wenn Ihr Texte, Kommentare, Bilder habt oder uns auf die Art und Weise, die Euch gerade möglich ist, unterstützen wollt, meldet Euch bei uns.

Wenn das Entfesselt bei euch nicht ausliegen, schreibt uns und wir schicken euch so viele Exemplare wie ihr haben wollt. Wenn Ihr eigene Möglichkeiten der Vervielfältigung habt, können wir euch auch Druckvorlagen usw. schicken. Über Spenden freuen wir uns immer, da die Portokosten auch irgendwie gedenkt werden müssen. Als pdf-Datei ist das Entfesselt auf der Homepage von ABC Berlin verfügbar: www.abc-berlin.net

Freiheit für alle Gefangenen! Für den Anarchismus!

Eigentumsvorbehalt: Diese Druckschrift ist solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Druckschrift dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender/der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: Aus. Bruch, Hubschrauberlandeplatz 1a, Athen

Inhalt

	Vorwort	4
	Und das Meer bleibt stürmisch...	7
	Über die Operation Ardesia	8
Über Maßnahmen der Repression in anderen Ländern: Beispiel Italien mit der Sondertüberwachung		9
	Über die Normalität des Todes in italienischen Knästen	10
	Zu den Inhaftierungen in Belgrad	12
	Zum Hungerstreik in den Knästen vom 20. Dezember bis zum 1. Januar	15
	Freiheit für Tobias	16
	Axel, Oliver und Florian verurteilt	17
	Alfredo Bonanno und Christos Stratigopoulos in Griechenland verhaftet	18
	Wir sind keine Sklaven, wir sind Dynamit.	19
	Zu den beiden Entflohenen aus der JVA Aachen	20
	Zu den Verhaftungen in Griechenland unter dem Vorwurf der terroristischen Vereinigung	21
	Ein Brief des in Griechenland inhaftierten Anarchisten Panagiotis Masouras	22
Brief von Konstantina Karakatsani, gesuchte Anarchistin wegen den Ermittlungen gegen die „Verschwörung der feurigen Zellen“		24
„Eine Enteignungsaktion bei einer Bank ist genauso getrennt von einem Bankraub, wie die PolitikerInnen vom wirklichen Leben“		26
	Texte von Thomas Meyer-Falk	30
	Frankreich: Aktionen gegen den Knast und seine Welt	39
	Solidarische Aktionen in Chile und Argentinien mit den kämpfenden Gefangenen	40
Eine Chronologie der Solidaritätsaktionen mit dem Hungerstreik des anarchistischen Gefangenen Amadeu Casellas		42
	Kurze Chronik aus Belgien	43
	Zwei Gefährten saßen im Knast in Belgien	47
	Ein Interview mit Werner Bräuner	50
	Ein Kommentar von Werner Bräuner zu einem Artikel der Tageszeitung junge Welt	54
	Silvester zum Knast	56
	Derzeitige Situation von António Ferreira	59
	Gefangenenliste	60
	Dänemark: Elektron. Fussfesseln ab 12 Jahren	63
	Einige Antworten auf den Text: „Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen...“	64
	...weitere Worte,	66
	Mailand - der Bus für Migranten, der ein Gefängnis ist	68
	Zwei Texte über fortschreitende polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene	70
	For somethin' that he never done... Loïc Wacquant über Prekarität, Rassismus und Gefängnis in den USA	72
	Zur Situation von Jean-Marc Rouillan: Verlegung ins Gefängnis von Muret und schwer erkrankt	74
	Wenn das Rote Kreuz ins Schlachtfeld zieht...	76
	Kurzer Bericht über das „Gathering against the Prison Society“	78
	Termine	79

Kontakt

ABC Berlin
c/o M99
Manteuffelstrasse 99
10997 Berlin

www.abc-berlin.net
mail@abc-berlin.net

ABC Orkan
Infoladen
Hansastraße 48
24118 Kiel

abc-orkan@riseup.net

Vorwort

Nach erneut langem Warten sind wir wieder bei euch. Die erneute Verspätung ist dieses Mal aber beabsichtigt: denn ab dieser Ausgabe ändert sich der Turnus, in welchem das Entfesselt erscheinen wird. Wir sind nicht in der Lage eine zwei-monatliche Zeitung aufrechtzuerhalten, auf einem qualitativen Niveau und nicht als bloße Nachrichtensammlung. Dieses Projekt nimmt viel Kraft und Zeit in Anspruch: lange Tage vor dem Computer, Berichte verfassen, andere übersetzen, Briefe abtippen, layouts und schlussendlich drucken (was wir selbstermachen), verschicken und verteilen. Spenden sammeln wir keine, denn meistens kommen keine, dies ist aber ein anderes Thema...

Versteht uns nicht falsch: dieses kleine Projekt erzielt bei uns immer noch viel Freude, vor allem wenn wir sehen, dass es auch von anderen Menschen genutzt wird, indem sie Beiträge schicken, an stattfindenden Debatten teilnehmen, Berichte übersetzen, kritische Anmerkungen machen und die Zeitung weiterverteilen. Gerade was die Verteilung angeht sind wir einerseits ziemlich froh, dass die Nachfrage ständig steigt und wir ab dieser Ausgabe 1.500 Exemplare anstatt 1.000 drucken werden. Und es ist schön zurück zu blicken und die Veränderung zu sehen, die alten Ausgaben, die bloß aus einem

A4-Blättchen bestanden und nun die Seitenanzahl und die Qualität immer höher werden. Trotzdem, auch wenn wir uns diesem Projekt sehr verbunden fühlen und denken, dass es wichtig ist eine kontinuierliche Zeitung zu veröffentlichen die Platz für Beiträge, die sonst kaum bekannt gemacht werden können, anbietet, gehen unsere Bestrebungen und Wünsche weit über diese Zeitung hinaus. Denn unser anarchistisches Projekt, wovon der Kampf gegen alle Formen der Einspernung nur ein Teil dessen ist, auch wenn ein sehr wichtiger, ist viel umfassender.

Wir möchten viel mehr machen, uns bei anderen Veröffentlichungen beteiligen, mehr Aufmerksamkeit der Verbreitung von anarchistischem Gedankengut schenken, in Form von Flugblättern, Plakaten, Aktionen usw.... Denn oft wurde dies immer hinten angestellt, weil wir den Veröffentlichungstermin für diese Zeitung einhalten wollten. Nicht dass wir sonst nichts anderes machen würden, im Gegenteil, wir wollen mehr ausgeglichen werden in dem was wir tun. Deshalb haben wir uns endgültig entschlossen diese Zeitung „nur“ jeden dritten Monat zu veröffentlichen.

Wir denken, dass damit die gesamte Qualität dieses Projekts gesteigert werden kann, indem wir selbst und alle, die sich auf verschiedene Art und Weise beteiligen, auch mehr Zeit haben ihre Gedanken, Bestrebungen, Kritiken zu formulieren.

Hier in Deutschland herrscht dicke Luft. Der Regierungswechsel, der wie immer nur einen Farbwechsel unserer Ausbeuter bringt, baut weiter ein Klima der Repression und Angst auf. Viele Gesetzesverschärfungen werden schon diskutiert, zum Beispiel was die allgemeine Überwachung, den Abbau des sogenannten „sozialen Systems“ und nicht zuletzt den Kampf gegen Extremismus bzw. den sogenannten „Linksextremismus“ (wie in Deutschland AnarchistInnen, Autonome, KommunistInnen usw. beschrieben werden) betrifft.

Genau dieses Letzte steht bundesweit auf der Agenda der PolitikerInnen. Denn in Zeiten einer erneuten kapitalistischen Krise, wo Kräfte die Staat und Kapital seit jeher bekämpfen einen Aufschwung aufgrund der steigenden Unzufriedenheit bekommen könnten, müssen die Herrschenden jegliche Form der Ausbreitung der Radikalen und Selbstorganisierten aufhalten. Denn wenn die eh schon genug prekären Lebensbedingungen noch prekärer werden, droht die Situation zu eskalieren.

Viele verlieren ihren Glauben an den Rechtsstaat und suchen sich Formen, in welchen dies ausgedrückt werden kann. Einige werden oberflächlich bleiben und wie in anderen Ländern weiter nach rechts rücken, wo der Staat und seine DienerInnen es geschafft haben, die „anderen“ als Ursprung aller Probleme der Welt zu verkaufen. Und der gesellschaftliche

Rassismus und die Jagd auf jegliches Anderssein fängt wieder von vorne an, in der Hoffnung durch ständiges Treiben der anderen in die Misere, ihre eigene damit zu bekämpfen.

Anderen werden weiter glauben, dass durch Reformen und Wahlen doch einige Möglichkeiten der Veränderung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Lebenssicherheit bestehen werden. Schliesslich wird es aber auch viele Menschen geben, die anderen wegen aufschlagen werden. Frustriert nach Jahren der Verarschungen seitens ihrer UnterdrückterInnen, unzufrieden jeden Tag das gleiche Brot fressen zu müssen, gezwungen ein Leben zu führen, das sie nur ins Elend treibt, könnten vielleicht doch einige zu Gedanken kommen, die den Herrschenden Angst machen. Gedanken, die die Abschaffung der gegenwärtigen kapitalistischen Beziehungen umfassen, die die Selbstorganisation, die Solidarität und die direkte Aktion als Waffen gegen die Vereinzelung und Ausbeutung richten. Und die Wut droht zu explodieren und die Konflikte sich auszubreiten.

Den Mächtigen ist dies sehr bewusst, deshalb trainieren sie schon seit langem vor allem im Bereich der Aufstandsbekämpfung, wie ein Artikel in dieser Entfesselt kurz beleuchtet wird, und arbeiten an weiteren Maßnahmen der sozialen Kontrolle, um die Knastgesellschaft weiter auszubauen.

Zwei miserable Beispiele der deutschen anti-extremistischen Propaganda (und wir beziehen uns hier auf die, die gegen „Linksextremismus“ gerichtet ist) sind zwei Perlen des Verfassungsschutzes dieses Landes.

Als erstes möchten wir den Comic „Andi“ nennen, der in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wurde und versucht junge Menschen davon zu überzeugen, dass doch die parlamentarische Demokratie es wert ist gegen jegliche Umsturzversuche seitens der Extremisten (hier die Linksextremisten, es gibt aber auch zwei weitere Comics über Nazis und radikale Islamisten) verteidigt zu werden. Wenn wir aber ehrlich sind und uns an die Zeit erinnern als wir in der Schule waren und Bilder von Menschen sahen die Spaß haben; Räume selbst verwalten; versuchen ihr Leben nicht kontrollieren zu lassen und Ideale und Visionen haben; Bullen, Nazis und das ganze Pack angreifen, haben uns diese eher auf den Weg gebracht, auf welchem wir uns heute befinden. Und dieser geht in Richtung Umsturz der parlamentarischen Demokratie.

Aber von solch klumpigen Präventionskonzepten fühlt sich auch der VS Berlin ein bisschen angetan. Sie veröffentlichten neulich ihr Gedöns, um ihre Gehälter für die nächsten Jahre zu sichern. „Fokus: Studium zur linken Gewalt in Berlin, 2005 -2008“ nannten sie dieses und sollte dem Zweck dienen die zunehmende Bereitschaft von „Linksextremisten“ Gewalt anzuwenden zu thematisieren und analysieren. Da aber die Sammlung von solchen Informationen die Hauptaufgabe des VS ist, mussten sie sich etwas einfallen lassen. Denn, wie sie selbst zugegeben haben, sind sie nicht in der Lage irgendwelche bedeutenden Informationen aus der „linksextremistischen Szene“ Berlins zu bekommen.

Die Inhalte der Studie sind aber nicht mehr als einige Statistiken, die zu der unglaublich schlaunen Schlussfolgerung kommen, dass es an den Orten, wo soziale Konflikte entstehen und auch viele „Linksextremisten“ wohnen, zu den meisten

Aktionen kommt. Um zu solchen Erkenntnissen zu gelangen brauchten sie drei Jahre und hunderte von direkten Aktionen jeglicher Art. Klar scheint uns aber die Tatsache, dass diese Studie den Boden für einen neuen Repressions Schlag und weitere Hysterie vorbereitet. Dabei spielen die Medien – wie immer – eine der Hauptrollen.

Strategielos mit einem repressiven Apparat stehen täglich Bullen in „dreistelliger Anzahl“ in den Innenstadtbezirken Friedrichshain und Kreuzberg, ohne dabei große Erfolge erzielen zu können, herum und anscheinend haben sie jetzt wieder einmal „neue“ Konzepte entwickelt, um den Zorn zu unterbinden.

Die Gleichstellung von Links- und Rechtsextremismus, eine ähnliche „Präventionsarbeit“ wie bei den Nazis, eine Spaltung in „gute und böse“, Demokraten und Gewaltbereite und konsequente Repression gegen Gewaltbereite und ihre Treffpunkte kündigten sie an. Ein paar Tage später wurde Tobias verhaftet, beschuldigt zwei Luxuskarren, die keine/r vermessen wird, in Brand gesteckt zu haben. Gleichzeitig rückten sie in zwei Hausprojekten in Friedrichshain an, um diese zu durchsuchen bzw. ihre Macht auszuspielen. Um gleich eine Woche danach ein besetztes Haus, die Brunnenstrasse 183, zu räumen. Und wieder einige Tage später hat ein Zivilbeamter in Friedrichshain auf Jugendliche, die ihn angegriffen hätten, geschossen. Der Zivi war auf der ewigen Suche nach den unfassbaren „HassbrennerInnen“. Die Bullen scheinen gerade etwas überlastet und nervös zu sein und scheuen nicht davor ihre Knarren zu benutzen.

Wie immer sind die repressiven Bewegungen nicht ohne Antwort geblieben, und viele wütende Aktionen folgten, wie mensch in der Interim oder auf www.directactionde.blogspot.com nachlesen kann (wir erinnern dabei an unseren Vorschlag an Gefangene auf Anfrage eine Chronologie der direkten Aktionen zu verschicken).

Die sozialen Konflikte, die das Stadtbild seit längerem prägen, scheinen den Herrschenden nicht wirklich zu gefallen und sie versuchen jegliche „Sympathien“ und Nachahmungseffekte in der Bevölkerung zu verhindern. Die ersten Anzeichen zeigen aber die Kampfbereitschaft vieler deutlich und den Willen, sich nicht einschüchtern zu lassen, was wir ausdrücklich begrüßen. Auf alle Fälle gilt es jetzt die Solidarität für Tobi und alle anderen, die aufgrund ihrer Haltung gegenüber dem System der Repression unterworfen werden, vielfältig zu bekunden, sowie die Konflikte in der Stadt zuzuspitzen. Und in Erinnerung zu halten, dass der beste Weg um Solidarität zu bekunden die Fortsetzung des Kampfes draußen bleibt.

Ein Beispiel wie Solidarität von drinnen sich ausdrücken kann wird uns anhand des kämpferischen internationalen Hungerstreiks geliefert, der von dem in Aachen eingesperrten Gefährten Gabriel Pombo da Silva initiiert wurde. Damit soll die Solidarität zwischen in verschiedenen Ländern eingesperrten RebellInnen gestärkt und an die im Kampf gestorbenen Genosse Mauri erinnert werden. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

Draußen gab es auch innerhalb der letzten Monate einige Momente, an welchen sich Menschen getroffen haben, die durch



ihren gemeinsamen Hass auf diese Knastgesellschaft miteinander verbunden sind. Im September fand ein Antiknastwochenende in Köln statt, dieses wurde von verschiedenen Zusammenhängen aus Deutschland und Österreich gestaltet. Auf der einen Seite, um die Vernetzung und die Affinität untereinander zu stärken und gewisse Diskussionen, die im Jahr zuvor beim „No Prison! - No State!“-Treffen in Kiel begonnen wurden, voranzutreiben. Da wir aber als AnarchistInnen vor allem praktische Menschen sind (wie der alte Severino di Giovanni schon sagte), nutzten wir auch die Gelegenheit, um zu den Knästen in Rheinbach und Aachen zu ziehen, um unserer Solidarität mit den dort inhaftierten Gefährten Gabriel und José, sowie unsere Ablehnung der Knäste, Ausdruck zu verleihen. Mit Transparenten und lautstarken Parolen wurde versucht eine Kommunikation zwischen drinnen und draußen zu ermöglichen. Im Nachhinein bekamen wir Notiz davon, dass die Gefangenen der JVA Rheinbach die Aktion sehr gut fanden und sich noch daran erinnern konnten, dass wir vor zwei Jahren bereits da waren.

Einige Wochen später fand ein internationales Treffen in Brighton, England, statt. Auch dort trafen sich alte und neue GefährInnen aus ganz Europa, um ein Wochenende lang über Knast, soziale Kontrolle und Solidarität zu diskutieren. Am Sonntag gingen dann einige solidarische Personen zum nächstgelegenen Knast mit Transparenten und Feuerwerk, um die Gefangenen daran zu erinnern, dass auch einige, wenn vielleicht nur wenige, hier draußen nicht aufgehört haben sich für die Zerstörung aller Formen der Einsperrung einzusetzen.

Bezüglich dessen wird es in diesem Jahr auch wieder am Silvesterabend eine Demonstration unter diesem Motto zum Knast Moabit in Berlin geben. Den Aufruf dafür findet ihr auf den weiteren Seiten. Erwähnen möchten wir dabei auch den Tod von Dennis in Schönfließ bei Berlin, der am letzten Silvesterabend von Bullen erschossen wurde, und den von Oscar Grant, der nur wenige Stunden nach Dennis in Oakland, USA, ebenfalls von Bullen erschossen wurde. Zwei weitere Beispiele der Notwendigkeit, die Polizei zu bekämpfen und ihre mörderischen Taten zu thematisieren.

Weitere Demonstrationen an Silvester sind in diesem Jahr auch wieder für Hamburg und Köln geplant, den Aufruf für Hamburg findet ihr ebenfalls in diesem Heft.

Auch in anderen Ländern brodelt es im Bezug auf Knäste und Abschiebeknäste, wie einige Berichte aus Belgien, Griechenland, Frankreich und Spanien zeigen. Allgemein zeigen viele, wie das Problem der Einsperrung angegangen werden kann: und zwar durch einen permanenten Angriff auf alles, was diese Knastgesellschaft aufrechterhält.

Froh sind wir auch darüber, dass sich eine Diskussion über Solidarität weiter entwickelt. Auf den Text, der in der letzten Entfesselt und anderen Zeitungen und auf Webseiten veröffentlicht wurde, kamen prompt einige Antworten, die wir dokumentieren. Wir hatten eigentlich versprochen uns an dieser Debatte in dieser Ausgabe zu beteiligen. Aber es war einfach nicht möglich etwas schriftliches zu formulieren, was aber nicht heißen soll, dass wir kein Interesse daran haben, denn die zahlreichen Texte, die wir in der Vergangenheit bezüglich dessen veröffentlicht haben, sollen auch verdeutlichen, dass uns das Thema wichtig ist. Aber für eine konkrete Antwort dauert es noch etwas.

An die Gefangenen, die sich einbringen möchten, wie Thomas es schon gemacht hat, ihr könnt uns eure Beiträge schicken und wir veröffentlichen und leiten diese weiter.

Zu einem Text von Thomas Meyer-Falk wollen wir noch ein paar Worte verlieren: als AnarchistInnen sehen wir in Wahlen keine Möglichkeit die bestehenden Verhältnisse zu ändern und können deswegen den Vorschlag von Thomas für eine Kampagne für das Wahlrecht von Gefangenen nicht mittragen. Den Text haben wir trotzdem abgedruckt, da er von einem Gefangenen kommt und vielleicht auch für Diskussionsstoff in den Knästen sorgen wird.

Als letztes möchten wir allen unseren LeserInnen die neue Ausgabe der internationalen anarchistischen Zeitung „A Corps Perdu“ empfehlen, in welcher auch eine längere Auseinandersetzung um Gefangenenkämpfe und Solidarität von draußen kritisch angeregt wird. Diese ist ab sofort bei uns bestellbar.

Diese Ausgabe der Entfesselt möchten wir ausdrücklich den in Griechenland inhaftierten Genossen Alfredo Bonanno und Christos Stratigopoulos widmen, zwei Menschen, die noch nicht aufgehört haben die Träume, die in ihren Herzen brennen, verwirklichen zu wollen.

Für die Zuspitzung der sozialen Konflikte und die Ausbreitung von Solidarität, Selbstorganisation und direkter Aktion. Für ein aufständisches 2010.

ABC Berlin

Und das Meer bleibt stürmisch...

In Italien gab es neulich wieder eine Reihe von Verhaftungen, Sonderüberwachungsmaßnahmen und weiteren Repressionschlägen gegen kämpfende GefährInnen.

In Trento (Norditalien) wurde diesen Herbst ein Gebäude besetzt, in welchem verschiedene anarchistische Aktivitäten stattfanden und Kämpfe, wie unter anderem die gegen den geplanten Militärstützpunkt in Mattarello, koordiniert wurden. Das besetzte Gebäude wurde prompt von der Polizei nach drei Wochen geräumt. Für die AnarchistInnen, die dort waren, bedeutet dies erstmal Ermittlungen und um die 30 Stadtverbote für drei Jahre. Anfang November wurde das Gebäude wieder besetzt und geräumt, die GefährInnen, die sich diesmal dort befanden, verteidigten sich gegen die anrückenden Bullen. Mike, Evelin und Sara wurden kurz danach verhaftet und unter Hausarrest gesetzt.

Im gleichen Zeitraum wurden fünf GenossInnen in Mailand verhaftet. Ein besetztes Haus in Mailand wurde von 90 Bullen gestürmt, um Sid, Paolino, Marcelo, Tia und Inez zu verhaften: sie sollen am 3.10. einige hunderte Flugblätter in einem Universitätsbuchladen kopiert, nicht bezahlt und die Betreiber zusammengeschlagen haben. Der Buchladen gehört aber den bekannten katholischen Faschisten von „Kommunion und Befreiung“ (CL), eine rechte christliche Bewegung, die nicht nur in Italien gute Beziehungen zu den Mächtigen kultiviert und deshalb auch als ein sehr gutes Ziel für Enteignungsaktionen (und sonstiges) gesehen werden kann.

Während vier GenossInnen unter Hausarrest gesetzt wurden, bleibt Sid im Knast. Einige solidarische Aktionen wie Demonstrationen und ein Angriff auf diesen Buchladen fanden schon statt.

In Verona wurden Mitte November Pasquale und Luca verhaftet, weil sie einen stadtbekanntem Neonazi, der auf seinem Konto schon einige Angriffe auf AnarchistInnen und MigrantInnen hat, zusammengeschlagen haben sollen. Pasquale wurde unter Hausarrest gesetzt, während Luca sich im Knast Montorio befindet, er veröffentlichte neulich einen Brief über die schrecklichen Zuständen in diesem Knast.

Vor Gericht stehen auch die AnarchistInnen aus Lecce, Süditalien, die im Jahr 2005 im Rahmen der „Operation Nottetempo“ verhaftet wurden (mehr dazu in den letzten Ausgaben der Entfesselt und unserer Broschüre „Repression gegen italienische AnarchistInnen“), weil sie einen entschlossenen Kampf gegen den dortigen Abschiebeknast vorangetrieben haben. Nun geht der Prozess in die zweite Instanz, nachdem in der ersten für fünf GenossInnen Strafen zwischen ein und fünf Jahren gesprochen wurden, darunter auch für den Vorwurf der kriminellen Vereinigung. Über Leo, Christos und Alfredo

könnt ihr in den entsprechenden Beiträgen in dieser Entfesselt lesen.

Hier ein Text von GefährInnen aus Trento und Rovereto, die einige Sachen auf den Punkt bringen

Der Traum eines möglichen Aufstands mit offenen Augen

Solidarität mit den GenossInnen, die von der Repression getroffen wurden

Uns bewusst, dass die beste Form der Solidarität gegenüber den GenossInnen, die von Repression getroffen werden, die ist, die Kämpfe weiterzuführen und überall die Selbstorganisation und die direkte Aktion zu verteidigen und zu verbreiten, möchten wir mit diesen Zeilen unsere Komplizenschaft mit den vielen GenossInnen verdeutlichen, die in letzter Zeit entweder verhaftet worden sind oder Prozesse haben.

Falls es Kämpfe gibt, die sich gegen spezifische Ziele richten (Hochgeschwindigkeitszüge, Deponien, Müllverbrennungsanlagen, Räumungen, usw.), an denen auch andere Ausgebeutete teilhaben können, dann ist es wichtig unseren klaren theoretischen sowie praktischen Freiheitsbeitrag dort einzubringen, auch wenn die Kämpfe von anderen Menschen initiiert werden. Noch besser ist es, wenn wir die Kämpfe von Anfang an selbst erschaffen, sie gestalten, auf eine horizontale, antiautoritäre und konfliktbereite Weise.

Aber wir alle wissen genau, dass durch unzählige Schandtaten (Abschiebeknäste, Knast, soziale Kontrolle, technowissenschaftliche Entwicklung usw.) die subversiven Minderheiten in dieser Mitternacht des Jahrhunderts sehr isoliert sind. Deshalb denken wir, dass die sozialen Kämpfe und die autonomen Praxen einer agierenden Minderheit nicht getrennt werden können. Aber auch, dass es notwendig ist zu verstehen, dass wenn wir heute aufgeben zu handeln – auch mit wenigen, auch gegen Winde und Seegänge – genau dies den totalen sozialen Frieden ermöglicht.

Um zu sagen, dass die GenossInnen, die beschuldigt wurden Banken oder Postbüros ausgeraubt zu haben oder mit Gewalt der faschistischen Gewalt entgegengetreten zu sein; Kopien gemacht haben ohne die klerikalen Mafiosi von CL (Anm. d. Üb.: ein rechter katholischer Verband, siehe Vorwort) bezahlt zu haben; gegen die Infamie eines Abschiebeknastes gekämpft zu haben, ohne sich dabei um das Strafgesetzbuch zu kümmern; unsere ganze Komplizenschaft haben.

Nicht nur weil wir oft ihre Anstrengungen oder Kämpfe geteilt haben oder teilen, sondern weil sie mit der Freiheit des Verbrechens dazu beigetragen haben einen erschreckenden sozialen Frieden zu stören. Dass die Vorwürfe der RichterInnen und Bullen ihnen gegenüber begründet seien oder nicht, interessiert uns nicht.

Ihr Traum eines möglichen Aufstands mit offenen Augen ist auch der unsrige.

Freiheit für Alfredo, Christos, Leo, Luca, Pasquale, Sid, Paolino, Marcelo, Mattia, Inez!

Solidarität mit den GenossInnen aus Lecce, die vor Gericht stehen!

AnarchistInnen aus Rovereto und Trento

Über die Operation Ardesia

Francesco Gioia und Daniele Casalini wurden am 29. Oktober wegen dem Überfall auf ein Postbüro im Jahr 2007 zu vier Jahren Haft verurteilt. Sie wurden aber erstmalig entlassen, da sie schon fast zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft saßen und diese Zeit abgelaufen ist. Francesco wurde sofort unter Sonderüberwachung gestellt (siehe Artikel diesbezüglich). Die beiden Anarchisten wurden mit 11 anderen anarchistischen GenossInnen im Rahmen der Operation „Ardesia“ auch auf Grund des §129a angeklagt, denn ihnen wurde auch eine subversive Vereinigung vorgeworfen, die durch den Raub hätte finanziert werden sollen. Der Vorwurf wurde aber für alle von ihnen fallen gelassen.

Als die Operation Ardesia begann (im Mai 2008), ergriff Leonardo Landi lieber die Flucht als sich einsperren zu lassen. Kurz nach dem Urteilsspruch gegen Francesco und Daniele, in dem Moment als sie aus dem Knast kamen, wurde Leo an der Grenze zwischen Italien und Frankreich verhaftet. Vor allem dank der Kooperation zwischen den Polizeien beider Staaten. Hier eine solidarische Erklärung seiner GenossInnen nach der Urteilsverkündung kurz vor seiner Verhaftung.

Immer auf der Flucht für die Freiheit

Zwei von uns sind in die Freiheit zurückgekehrt.

Nach zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis wurden sie aus dem Lager Alessandria entlassen, und das trotz ihrer Urteile zu vier Jahren wegen dem Überfall, weil der Zeitpunkt der Fälligkeit ausgelaufen ist.

Die anderen Beschuldigten einer subversiven Vereinigung wurden schon in der Vorverhandlung freigesprochen.

Zwei von uns sind wieder mit uns in der „ersten Reihe“, erneut unter GenossInnen, erneut gegen dieses unerträgliche Bestehende.

Es ist überflüssig zu unterstreichen, wie ihre Anwesenheit für uns wichtig ist und uns ihre Abwesenheit während diesen letzten Jahren schwer gefallen ist.

Diesen Moment, welcher seit viel zu langer Zeit erwartet wurde, muss nicht als einer angesehen werden, der die Rechnung mit dem Feind abschließt, im Gegenteil. Es gibt nichts zu feiern, es gibt keinen Sieg, welcher innerhalb eines Gerichtssaals erbeutet wird.

Unsere Gedanken gehen heute an Leo, der noch weit entfernt von uns ist, auf der Flucht in die Freiheit, er wird am 5. März vor Gericht wegen des Raubes erscheinen müssen. Und es geht auch an alle anderen GenossInnen, die eingesperrt sind, und gerade im Gefängnis die Kohärenz des revolutionären Denkens, den Willen konkret gegen diese Gesellschaft zu kämpfen, bezahlen.

Wir sind bei Leo, und diesen GenossInnen, die täglich mit erhobenem Kopf den Schwierigkeiten eines revolutionären Weges gegenüberstehen und auch ein Beispiel für alle sind, nochmals die GenossInnen daran erinnernd, dass es heißt zu rebellieren, seinen eigenen Träumen für die Freiheit zu folgen, notwendigerweise heißt, der Gegenseite im Gefängnis, auf den Straßen, überall entgegenzutreten.

Solidarität mit Leo

Freiheit für Sergio und Alessandro

Freiheit für Alfredo und Christos

AnarchistInnen aus via del Cuore (Pisa)

Über Maßnahmen der Repression in anderen Ländern: Beispiel Italien mit der Sonderüberwachung

Jeder Staat hat während seiner Existenz seine eigenen Gesetze erfunden, um verschiedene Formen des Protests und der Angriffe auf das Bestehende mundtot zu machen. Oder es zu mindestens zu versuchen. In Staaten, die unter faschistischen Diktaturen zu leiden hatten, gibt es sehr oft auch einige Gesetze, die in die sogenannte „Demokratie“ übernommen wurden, was auch eine gewisse Kontinuität zwischen den Regimes zeigt, beispielsweise die Sicherungsverwahrung in Deutschland. Denn am Ende geht es allen um das Gleiche: die Verteidigung der kapitalistischen Beziehungen.

In diesem Sinne gibt es in Italien für diejenigen, die es nicht wissen, einige besondere „Köstlichkeiten“. Damit meinen wir den Artikel 1 des Rocco-Strafgesetzbuchs. Dieser Artikel hat eine lange Geschichte, denn er entstand ursprünglich unter dem italienischen Faschismus um aktive AntifaschistInnen zu bekämpfen, auch wenn diese gegen die Regierung bloß mit Worten vorgingen. Und da das gegenwärtige italienische Strafgesetzbuch immer noch auf dem Rocco-Strafgesetzbuch beruht, wird dieser Artikel – wie auch andere – heutzutage vor allem gegen anarchistische GenossInnen angewendet. Aber lasst uns erst einmal die Inhalte dieses Artikels beleuchten.

Mündliche Warnung

Die sogenannte „mündliche Warnung“ ist die Vorstufe der Sonderüberwachung: der/die Betroffene wird in die Polizeiwache „eingeladen“ und ihm/ihr wird mitgeteilt, dass falls sein/ihr Verhalten weiter respektlos gegenüber den staatlichen Institutionen bleibt die Sonderüberwachung angeordnet wird.

Nach mindestens 60 Tagen (innerhalb dieser Zeit kann der Betroffene eine Anfrage stellen, um diese Maßnahme aufzuheben) nach der mündlichen Warnung und nicht länger als drei Jahre nach der Ansprache, kann der Polizeidirektor die Sonderüberwachung vorschlagen, falls das Verhalten des/der Betroffenen sich nicht geändert hat.

Sonderüberwachung

Die Sonderüberwachung wird vom Staat gegen diejenigen angewendet, die als „sozial gefährlich“ gelten und deshalb unter eine „besondere Überwachung“ gestellt werden müssen. Diese konkretisiert sich durch verschiedene Maßnahmen, die durch ein Gericht entschieden werden. Unter anderem zählen dazu: das Verbot an politischen Treffen teilzunehmen, sich in Kneipen oder an öffentlichen Orten aufzuhalten, Waffen zu besitzen; in einer bestimmten Stadt wohnen zu müssen ohne sie verlassen zu dürfen (Aufenthaltsgebot) oder sogenannte

„Stadtverbote“, dies heißt, dass mensch sich in der bestimmten Stadt für eine gewisse Zeit nicht aufhalten kann (meistens für einige Jahre); das Verbot das Land zu verlassen (und der dementsprechende Entzug des Reisepasses); das Verbot vor Sonnenaufgang aus dem Haus zu gehen und erst nach Sonnenuntergang zurückzukehren; der Entzug des Führerscheins. Der/die Betroffene darf auch keinen Kontakt zu Personen haben, die kein sauberes Polizeizeugnis präsentieren können.

Solche Maßnahmen können zusammen oder auch getrennt angeordnet werden und generell bedarf es eines Gerichtes zur Anordnung aller Maßnahmen, die „für die Verteidigung der Gesellschaft als notwendig erachtete werden.“ Wenn zum Beispiel das Aufenthaltsgebot angeordnet wurde, muss die Person sich regelmäßig bei der Polizei melden. Es kann auch die Aufhebung der Verwaltung von persönlichem Vermögen angeordnet werden, falls dies ein gefährliches Verhalten vereinfachen könnte.

Solche Maßnahmen bestehen für mindestens ein Jahr, aber nicht länger als fünf Jahre. Der/die Betroffene kann jederzeit eine Anfrage an das Gericht stellen, um die Aufhebung zu beantragen. Das Telefon der Betroffenen kann auch überwacht werden, um zu kontrollieren ob die vorgegebenen Maßnahmen eingehalten werden. Falls der/die Betroffene als „fauler Mensch, Landstreicher oder verdächtig ist durch kriminelle Aktivitäten Geld zu beschaffen“ angesehen wird, kann für ihn/sie die Suche nach einem legalen Arbeitsplatz und einem Haus angeordnet werden.

Der/die Betroffene kann auch verhaftet werden, falls er/sie sich nicht daran hält. Im Fall der einfachen Sonderüberwachung sind dafür zwischen drei Monaten und ein Jahr vorgesehen. Aber falls diese mit dem Aufenthaltsgebot gekoppelt ist besteht die Strafe zwischen ein und fünf Jahren.

Seine Anwendung

Wenn vor vielen Jahren solche Maßnahmen hauptsächlich gegen Zuhälter und Mafiosi angeordnet wurden, wird diese seit etlichen Jahren als die neue Waffe gegen AnarchistInnen benutzt. Seit über fünf Jahren werden sie in ganz Italien angewendet, um Leute einzuschüchtern und in ihren Taten und Bewegungen zu beschränken (oder es wird zumindest versucht) in der Hoffnung den Widerstand dadurch zu unterbinden. Viele aktive GenossInnen mussten sich schon mit diesen Maßnahmen auseinandersetzen.

Außerdem wird vor allem auch die Maßnahme des „Stadtverbots“ öfters benutzt, um ungewollte Gäste aus einer Stadt

herauszubekommen. Ist eine Person nicht dort gemeldet, wo er/sie verhaftet oder festgenommen wird, gibt es oft sofort ein Stadtverbot für einige Jahre.

Neulich bekamen zum Beispiel 23 GenossInnen aus Rovereto, Trento und der Umgebung (Norditalien) ein Stadtverbot für drei Jahre, bloß weil sie ein Haus in Trento für über drei Wochen besetzt hatten. Oder zwei GenossInnen, die sich an dem Projekt „Macerie“ („Ruinen“) aus Turin beteiligt hatten, und jetzt für vier Jahre der Sonderüberwachung unterworfen wurden. Denn der aktive Kampf gegen die Abschiebeknäste Italiens macht dem Staat Angst, vor allem durch die geschaffenen Möglichkeiten einer guten Kommunikation und Solidarität zwischen drinnen und draußen, die dank dieses Projektes gewährleistet wurden. Diese ermöglichte es die Revolten von draußen zu unterstützen und die Rolle einiger Betreiber und Profiteure solcher Orte zu thematisieren. Beispielsweise wie im Fall des Roten Kreuzes, die die Verwaltung der Abschiebeknäste übernommen hat, wogegen einige Aktionen liefen. Und die Liste der Betroffenen könnte noch lange weitergehen, denn es gab dutzende von Anordnungen seit 2005.

Uns ist es wichtig dabei zu sagen, dass die betroffenen GenossInnen sich durch solche Maßnahmen nicht einschüchtern lassen und Personen, die solchen Maßnahmen unterworfen wurden, immer noch in der anarchistischen Bewegung aktiv geblieben sind. Mehr möchten wir den GenossInnen hier einige der Umstände aufzeigen unter denen die GenossInnen dort zu kämpfen haben und damit verdeutlichen, dass trotz dessen ihr Kampf gegen die kapitalistische Gegenwart nicht aufhört. Auch unter solchen Umständen können wir unser anarchistisches Projekt fortsetzen, wenn wir dies wollen. Dies hilft uns vielleicht auch eventuelle repressive Angriffe des Staates mit anderen Augen zu betrachten und uns nicht bei den ersten Einschüchterungsversuchen mundtot machen zu lassen. Die Repression kennt viele Geschichten, die aber die Vielfalt des anarchistischen Angriffs gegen Staat und Kapital nie unterbinden werden.

Über die Normalität des Todes in italienischen Knästen

Der Tod ist Alltag innerhalb der Knäste eines Landes, wo die Frechheit und Arroganz der Macht keine Grenzen kennt. Folter, Demütigungen und Schikanen sind das alltägliche Brot der Inhaftierten Italiens, ganz egal ob in den Abschiebeknästen bzw. Ausreisezentren oder den Knästen.

Gegen diese Zustände gibt es seit einigen Monaten heftige Proteste, wie zum Beispiel durch Revolten und Angriffe auf SchließerInnen in verschiedenen Knästen (mehr dazu in der letzten Ausgabe der Entfesselt) oder immer wieder Revolten und Ausbrüche in den Abschiebeknästen des ganzen Landes. Wir wollen hier wieder eine kleine Geschichte bekannt machen, um die Gewalt dieses Apparates weiter zu beleuchten. Eine der vielen Geschichten von unterschiedlichen Herr oder Frau X, die sich in dem Meer dieser Misere verliert.

Stefano Cucchi, 31 Jahre alt, kam Mitte Oktober in den Knast in Rom. Er wurde von den Carabinieri in Rom verhaftet und beschuldigt mit Drogen zu handeln. Seine Vergangenheit ist vom Kampf gegen seine Abhängigkeit bestimmt. Er sollte in Untersuchungshaft in Regina Coeli verlegt werden. Die Zelle des Gerichts, in welchem er verurteilt wurde und auf seine Verlegung wartete, sollte ihm aber zum Verhängnis werden.

Denn als er in den Knast kam, wurde er sofort ins Krankenhaus verlegt, wo er auf den Tod traf. Die Ärzte erlaubten den Familienangehörigen keinen Besuch, obwohl das Gesetz „lautet“, dass in solchen Fällen (ernsthafter schlechter gesundheitlicher Zustand) ein Besuch zu erlauben ist. Denn sie, die Ärzte, hatten kein Interesse den zusammengeschlagenen Körper von Stefano zu zeigen. Dazu kam, dass sie ihm keine vernünftige medizinische Hilfe gewährleisten konnten.

Sofort erzählten die verschiedenen Polizeieinheiten, dass er Epileptiker war, Migräne hatte und sie doch so nett gewesen wären einen Krankenwagen für ihn zu rufen, er aber jegliche Behandlung verweigert hätte. Aber als seine Familie die Leiche zu sehen bekam, erzählte diese eine ganz andere Geschichte. Eine Geschichte die mittlerweile zur Normalität geworden ist. Denn Stefano trug unterschiedliche Zeichen und Merkmale auf seinem Körper die unzählige Schläge seitens der SchließerInnen verdeutlichten. Die Schläge und Misshandlungen wurden von einem Mitgefangenen bestätigt. Denn S., ein illegalisierter Migrant, saß in der Nachbarzelle von Stefano und bekam die Schläge mit. Er schaute am Tag

danach in die Zelle und sah Stefano komplett zerstört und er sagte zu ihm: „guck mal, wie diese Schweine mich erniedrigt haben...“

Die verschiedenen Einheiten der Polizei, die Carabinieri und die SchließerInnen bekamen Unbehagen, weil der Fall in den Fokus der Medien geriet, bzw. immer noch aktuell ist: auf ihre typische Art und Weise werfen sie sich den Ball der Schuld hin und her, denn keiner will die Verantwortung für diesen erneuten Skandal übernehmen. Gerade wird deswegen gegen drei SchließerInnen und drei Ärzte ermittelt. Denn die Verantwortung wird auch von den verschiedenen Ärzten mitgetragen, die Stefano nicht behandelt und die Aktionen der Staatsapparate vertuscht haben. Ein Verhalten, welches in den Kerkern Italiens (und anderswo) auch mittlerweile als „normal“ gilt.

Anfang November fand auch eine Demonstration in Rom statt, in dem Bezirk in welchem Stefano vorher gewohnt hatte, unter dem Motto „Stefano Cucchi, mensch kann nicht auf solche Art und Weise sterben. Für ein Ende der vielen Leben, die durch die staatlichen Gewalt zergebrosen werden.“ Mehrere hundert solidarische Menschen nahmen an der Demonstration teil, am Ende wurden einige Müllcontainer in Brand gesetzt und Gegenstände auf die anwesende Polizei geworfen, die mit Tränengas reagierte. Die Familie distanzierte sich aber deutlich von der sogenannten „Gewalt“ seitens einiger DemonstrantInnen. Leider. Eine weitere Demonstration fand in einem anderen Bezirk statt und ein Transparent wurde an der Brücke über einer großen Straße aufgehängt: „Schluss mit den staatlichen Morden!“

Um zu zeigen, dass Stefano's Fall leider keine Ausnahme ist, gab es gleich wenige Tage später einen weiteren Todesfall. Eine Woche nach dem Todesfall von Stefano wurde Sorin Calin, ein rumänischer Bürger, 24 Jahre alt, in der Kaserne der Carabinieri in Montecatini Terme totgeschlagen. Wieder mit der Komplizenschaft der Ärzte, die den Fall in ihren Berichten vertuschten. Aber für ihn gab es keine Reaktionen in der Presse.

Am 6.11. starb eine Person aus Tunesien im Knast in Piacenza. Er hätte nur wenige Monaten im Knast verbringen müssen. Die SchließerInnen redeten von Selbstmord.

Einen Tag später starb im Knast in Parma ein 32-Jähriger Mann. Er saß unter Hausarrest, entschied sich dazu außerhalb des Hauses kurz etwas Luft zu schnappen. Dies gilt aber als Ausbruch, er wurde sofort von der Polizei erkannt und in den Knast verlegt. Am Morgen danach benachrichtigte der Knastleiter seine Mutter, um ihr mitzuteilen, dass er gestorben sei. Ein plötzliches Ereignis, sagte er, ihm tue es sehr leid. Die Mutter glaubte ihm aber nicht und setzte sich sofort mit einem Anwalt in Verbindung. Denn ihr Junge war gesund als er reinging.

Dem Fall von Stefano wird gerade viel Öffentlichkeit gewidmet, auch weil er eine Familie hinter sich hat, welche die „Wahrheit“ fordert und den Mund nicht hält. Für Sorin und alle anderen gibt es dies aber nicht, niemand wird ihre Lei-

chen reklamieren, niemand wird einen Anwalt anrufen, die TäterInnen in die Verantwortung ziehen oder Solidarität ausüben. Sein Fall und alle anderen werden in Vergessenheit geraten, der Staat wird sich an Stefano's Fall die Hände waschen und wahrscheinlich ein paar seiner Knechte dafür bezahlen lassen, um sich wieder seine demokratische Maske überziehen und dabei sagen, dass es bloß um eine paar faule Äpfel geht. Die Morde und Demütigungen werden aber weitergehen, weil es nicht nur um ein paar faule Äpfel geht, sondern um ein ganzes System.

Deshalb geht unsere Solidarität an alle Menschen, die sich darum bemühen für ihn zu kämpfen, diese Geschichte öffentlich machen und Aktionen unternehmen, jenseits von Denunziationen in der Presse oder den Gerichten. Denn unter Solidarität verstehen wir etwas anders. Etwa die vielfältige Begleitung des Prozesses gegen einige MigrantInnen in Mailand, die beschuldigt wurden eine Revolte in einem Abschiebeknast angezettelt zu haben. Oder die vielfältige Solidarität gegenüber den Eingesperrten des Abschiebeknastes in Turin, die von vielen AnarchistInnen jeden Tag ausgeübt wird.

Dies sind für uns gute Ansätze, um gegen die mörderischen Zustände zu kämpfen.

Wieso schreiben wir einen solchen Artikel hier überhaupt? In Deutschland gibt es keine Morde in den Knästen und ähnlichen Einrichtungen, die Polizei mordet hier nicht, egal ob drinnen oder draußen, würden nicht wenige behaupten. Diejenigen, die dies so sehen, möchten wir nur an Oury Jalloh erinnern, der von PolizistInnen in Dessau im Jahr 2005 ermordet wurde in Zusammenarbeit mit einem Arzt, welcher ihre Taten deckte; sowie an die Erschießung von Dennis aus Berlin-Neukölln durch PolizistInnen in Schönfließ in der Silvesternacht 2008.

Nur Tropfen in einen Meer.

Weil PolizistInnen, SchließerInnen und ähnliche Figuren, egal ob in einer Demokratie oder nicht, eine mörderische Kategorie sind, deren „Arbeit“ auch oft genug von ÄrztInnen gedeckt wird.



Zu den Inhaftierungen in Belgrad

Seit 4.9.09 sitzen in dem zentralen Belgrader Knast sechs AnarchistInnen – angeklagt wurden sie wegen „internationalem Terrorismus“

Am 4.9.2009 verhaftete die serbische Polizei in Belgrad vier AktivistInnen der „Anarhosindikalisticka inicijativa“ (Anarchosyndikalistische Gewerkschaft) ASI-IAA.

Bereits einen Tag zuvor, am 3. September, hat die Polizei zwei Hausdurchsuchungen durchgeführt. Bei einem der Betroffenen wollten sie ohne gültigen Durchsuchungsbefehl in die Wohnung eindringen. T. verweigerte dies und wurde von der Polizei „gebeten“ auf die Wache mitzukommen, um dort ein Protokoll abzugeben. Aber anstelle des angekündigten Protokolls wurde er dort festgenommen. Auch in der Wohnung eines anderen Betroffenen konnte die geplante Hausdurchsuchung nicht durchgeführt werden. Später wurde R. von der Polizei angerufen und aufgefordert auf die Polizeistation zu kommen um eine Aussage zu machen. Als er dort ankam, wurde er ebenfalls festgenommen.

Noch bedenklicher war die Verhaftung bei I. Er war nicht zuhause – dafür sein Vater. Diesen nahm die Polizei kurzerhand mit. Später informierte sie I. telefonisch, dass sein Vater erst freigelassen werde, wenn er sich selbst persönlich bei der Polizeistation meldet.

Bald war auch bekannt, dass eine weitere ASI Aktivistin(S) festgenommen wurde. Ein weiterer Betroffener (N) ist nicht Mitglied der ASI, ebenso wenig wie I.S. der erst später verhaftet wurde. Genauer Informationen zum Zeitpunkt und den Umständen seiner Verhaftung gibt es nicht, auch weil die Polizei sich widersprechende Angaben lieferte.

Als Vorwände für die Verhaftungen diente angeblich der Angriff mit einem Molotovcocktail auf die griechische Botschaft in Belgrad, bei dem es nur zu einer geringen Fassadenbeschädigung kam. Diese Aktion fand am 25. August als Zeichen der Solidarität mit dem griechischen Gefangenen Thodoros Illiopoulos, der sich zu dieser Zeit im Hungerstreik befand, statt. Von der bislang unbekannt Gruppe „Crni Ilija“ tauchte ein BekennerInnenschreiben auf. Etwa eine Woche später wurden die Betroffenen verhaftet, und bereits am nächsten Tag hatten die serbischen Medien ihre Schuldigen festgemacht: am 4. September, obwohl noch kein Verhör stattgefunden hatte, tauchten in den Hauptnachrichten die Fotos der inhaftierten AktivistInnen auf – mit ihren vollen Namen.

Sie befanden sich fürs erste in Polizeigewahrsam und wurden am 4. September, nach Ablauf der 48-Stundenfrist, einer Untersuchungsrichterin vorgeführt. Diese verhängte eine Untersuchungshaft von 30 Tagen.

Am 28./29. September sollte die Staatsanwaltschaft in Belgrad die haftbegründenden Ereignisse rekonstruieren und ZeugInnenaussagen aufnehmen. Danach würden etwa 7 Tage Zeit bleiben bis zum Ablauf der 30-tägigen Untersuchungshaft. Alle Anklagen hätten in dieser Zeit vorgebracht werden müssen, oder die Gefangenen freigelassen werden. Die geplante Rekonstruktion hat aber nicht am 28./29. September stattgefunden und wurde auf 12./13. Oktober verschoben. Somit war klar, dass die Gefangenen am 4. Oktober trotz des Ablaufs der 30-tägigen U-Haft nicht freikommen würden. Und es war auch klar, dass der starke Wille besteht, den Prozess aufzuschieben.

Nach dem serbischen Gesetz können alle Verhafteten bis zu 6 Monaten ohne Anklage in den Knästen festgehalten werden. Das bedeutet, dass die U-Haft maximal 6 Monate dauern kann, und nachdem die Untersuchung abgeschlossen ist, muss eine Anklage stehen.

Erst am 12. Oktober wurden die Aussagen von allen Verdächtigen aufgenommen und die Rekonstruktion gemacht. 8 Zeuginnen haben Aussagen abgegeben, davon auch 4 Mitglieder der ASI. Dabei wurde bekannt, dass es einen Gerichtsbeschluss gab, die GenossInnen der Anarcho-Syndikalistischen Initiative (ASI-IAA) zu verfolgen und auszuspionieren. In diesem Zusammenhang können alle Telefonate und andere Gespräche, die der Staat aufgezeichnet hat, als Beweis in dem Verfahren verwendet werden. Bald danach kam die Polizei in die Wohnung von T. und beschlagnahmte seinen Computer. In der Folge wurden noch weitere Leute der ASI als Zeuginnen vorgeladen.

Die ganze Zeit waren die AnwaltInnen der Betroffenen sehr „optimistisch“ und ziemlich sicher, dass die Gefangenen spätestens nach zwei Monaten – also am 4. November – raus kommen würden. Sie hatten auch bekanntgegeben, dass die Richterin „nett“ sei und dass sie den Fall so unauffällig und schnell wie möglich abschließen möchte. Ein Anwalt hat auch gesagt, dass die Anzeige wegen „internationalem Terrorismus“ für die Anwälte selbst und auch für die Richterin lächerlich sei, aber dennoch ein starker politischer Druck bestehe, den Prozess und fortzuführen. Und die Anwälte haben auch „sehr freundlich geraten“, dass solidarische Aktionen und Proteste gefährlich seien und für die Gefangene schädlich sein würden.

Und hoffentlich wissen wir schon alle wieviel den Anwälten zu glauben ist. *Aber können die freundlichen Ratschläge von AnwaltInnen vielleicht ein Grund sein, warum ASI und an-*

dere große AktivistInnen in Serbien keine Soliarbeit geleistet haben? Waren die Anwälte wirklich so überzeugend, dass gedacht wurde, dass ihnen alles überlassen und ihnen vertraut werden könnte? Es kann auch sein, dass die Erfahrung hier eine große Rolle spielt, weil niemand von ASI schon in einer solchen Situation war. Oder haben sich die Menschen wirklich vor dem Staatsterror erschrecken gelassen?

Nach dem großen Medienaufschrei nach den Festnahmen wurde das weitere Schicksal der Inhaftierten in den folgenden zwei Monaten von den Medien nicht mehr weiter verfolgt. Erst als am 2. November die Untersuchungen abgeschlossen waren, wurde der Geschichte wieder vereinzelt Aufmerksamkeit geschenkt. Am nächsten Tag wurde die Information bekanntgegeben, dass die Anklage fertig sei und sie auf „internationalem Terrorismus“ hinauslief. Daraufhin wurde die Haft automatisch ein weiteres Monat verlängert – mit der Argumentation, es bestehe doch die Möglichkeit, dass ein ähnliches „Verbrechen“ wieder passieren könne, solange sich die AnarchistInnen in Freiheit befänden. So kann und konnte die Haft immer wieder ein weiteres Monat verlängert werden – bis der Prozess irgendwann einmal beginnt. Die Prophezeiungen der AnwaltInnen wurden mit Lügen gestraft, und das schlechteste Szenario ist mit der Anklage wegen „internationalem Terrorismus“ eingetreten.

Aber die Anklage scheint lange Wege zu haben aus. Noch immer warten die AnwaltInnen und die Gefangenen, dass ihnen die Anklage offiziell geschickt wird und somit auf den Prozessbeginn. Zudem waren mittlerweile alle AnwaltInnen in Serbien in Streik, wodurch alle Prozesse im Land zu dieser Zeit ausgesetzt waren. Ebenfalls wurden zu diesem Zeitpunkt die Gerichte mit neuem Personal besetzt, was in Serbien alle fünf Jahre stattfindet, und in dieser Phase wird an den Gerichten nicht gearbeitet Der Prozess lässt offenbar noch länger auf sich warten.

Da die Anklage noch nicht vorliegt ist auch nicht klar, ob sie auch gegen die ASI als Organisation gerichtet sein wird.

Den Gefangenen ist immer noch jeder Kontakt über die Knastmauern hinaus Welt verboten. Sie dürfen noch immer keine Briefe empfangen, auch Besuche sind verboten (nur die nächsten Familienangehörigen dürfen einmal alle 15 Tage vorbeikommen). Einige der Inhaftierten befinden sich in schlechtem Gesundheitszustand: I. ist Epileptiker und hat öfters Anfälle; S. hat Asthma, verstärkt durch die prekäre Situation; T. hat psychische Probleme. Den anderen geht es gut, sofern dies in dieser beschissenen Situation überhaupt zu sagen möglich ist.

Außer von sogenannten „Intellektuellen“, die einen Brief an die Öffentlichkeit geschickt haben, gibt es innerhalb von Serbien kaum Solidarität. Nach dem Medienterror im Rahmen der Verhaftungen ist, wie bereits erwähnt, die Geschichte in Vergessenheit geraten. Es ist enttäuschend und frustrierend, dass es keine grundlegende Staats- und Knastkritik in Serbien

gibt. „Intellektuelle“ (einige Uni-ProfessorInnen, sogenannte „Liberale“ und einige „Linke“) haben das System kritisiert, insofern, dass sie gleiche Rechte und gleiche Gesetze für alle gefordert hatten, aber natürlich nur im Rahmen des Rechtsstaats. Traut sich niemand weiter zu gehen?

Die massivste Kritik, die auch in dem Brief der „Intellektuellen“ zu finden ist, war der Vergleich dieses Falls mit den Ereignissen von Februar des letzten Jahres, wo während nationalistischen und faschistischen Aktivitäten die kroatische und die amerikanische Botschaft angezündet wurden; die amerikanische Botschaft wurde dabei vollständig zerstört und einer der Beteiligten ist gestorben. In der Folge wurde nur eine Person verhaftet und wegen „schwerem Akt gegen allgemeinen Sicherheit“ angeklagt – und bald wieder freigelassen. Hier zeigt sich wieder die bekannte Geschichte: Der Staat schützt und unterstützt die Faschisten und terrorisiert die „Linke“. Als zusätzliche Farce hat der Präsident von Serbien öffentlich bekanntgegeben, dass Serbien mit gleichen Maßen und gleichen Mitteln gegen Rechts- und Linksextremismus kämpfen wird.

In diesem Zusammenhang ist es mehr als fragwürdig und merkwürdig, dass der Fall der faschistischen Krawalle des letzten Jahres und der diesen Ereignissen folgenden lächerlichen Anklage gegen eine Person, nachdem es mehr als ein Jahr vergessen war, erst jetzt wieder Aufmerksamkeit der Medien bekommen hat. Nachdem am 4. November die AnarchistInnen offiziell als „internationale Terroristen“ gebrandmarkt wurden, wurde auch in den Hauptnachrichten gesagt, dass die Verhandlung gegen den bekannten serbischen Faschisten Milan Živanović angefangen hatte. Es wurde betont, dass für diese Anklage die Strafe bis zu 12 Jahre sein könnte – obwohl klar ist, dass ihm ohnehin kaum Knast bevorstehen wird. Jetzt ist es offensichtlich, dass Serbien gegen Rechtsextremismus kämpft ...

Und es sieht so aus, als hätte der serbische Präsident Boris Tadić zum ersten Mal „die Wahrheit“ gesagt. In der im Norden Serbiens gelegenen Stadt Vršac wurden ein paar Jugendliche (wieder Terroristen?) – Mitglieder der lokalen ASI Gruppe – verhaftet und vier Stunden von der Polizei festgehalten. Sie wurden wegen Ruhe- und Öffentlichkeitsstörung angeklagt,



weil sie in der Stadt die Plakate „Freiheit für die gefangenen AnarchistInnen“ aufgehängt hatten. Sehr extremistisch.

Serbien ist mit dem staatlichen Terror noch weiter gegangen. Am 24. September wurde in Belgrad von der serbischen Polizei versucht, eine Kunstausstellung zu verhindern. Es ging unter anderem um eine kirchenkritische Foto-Inszenierung von einem der Gefangenen. Die Künstlerin Biljana Cincarević wurde unter Druck gesetzt, die Eröffnung der Ausstellung „freiwillig“ abzusagen, was sie natürlich verweigerte.

Wie weit der Staat zu gehen bereit ist, ist uns allzu gut bekannt. Aber es steht die Frage, wie weit wir bereit zu gehen sind, wenn wir gegen den Staat kämpfen wollen. Es bleibt zu hoffen, dass die bisherige Repression die Leute, insbesondere in Serbien, wachrüttelt, massiver gegen jede Repression und Herrschaftssysteme vorzugehen und nicht zu warten bis es andere für uns in die Hand nehmen.

Liste von bisherigen *Soli Aktionen* (Kundgebungen, Proteste, Demos...)

6.9. – Belgrade
7.9. – Bratislava
7.9. – Warsaw
7.9. – Lisbon
9.9. – Prague
9.9. – Vienna
10.9. – Ljubljana
11.9. – Vienna
11.9. – London
11.9. – Sydney
11.9. -- Warsaw
14.9. – Zagreb
14.9. – Bratislava
15.9. – Moscow
15.9. – Kiev
16.9. – Thessaloniki
16.9. – Athens
16.9. – Hamburg
16.9. – Hamburg
16.9. – Denver
18.9. – Sofia
18.9. – Berlin
18.9. – the Hague
25.9. -- Frankfurt / Main
25.9. -- Skopje
28.9. -- London
28.9. -- Budapest
1.10. -- Bern
2.10. -- Madrid
2.10. -- Oslo
3.10. -- Madrid
4.10. -- Bern
4.10. -- Petersburg
16.10. -- Prague
17.10. -- serbische Kultur Zentrum in Paris besetzt
22.10. -- Ankara Anarchist Collective
23.10. -- Frankfurt/Main
27.10. -- Granada
3.11. -- New York



Zum Hungerstreik in den Knästen vom 20. Dezember bis zum 1. Januar

Durch die Initiative des anarchistischen Gefangenen Gabriel Pombo da Silva wird es vom 20. Dezember bis zum 1. Januar 2010 einen kollektiven Hungerstreik in den Knästen geben, um die Solidarität zwischen inhaftierten RebellInnen in der ganzen Welt zu verdeutlichen und zu stärken, sowie den Hass auf den Knast und die Gesellschaft, die diese produziert.

Eine Vielzahl von Gefangenen aus vielen Teilen der Welt hat ihre Teilnahme signalisiert – unter anderen der anarchistische Gefangene Marco Camenisch, der in der Schweiz inhaftiert ist.

Gabriel sitzt seit Juni 2004 im Knast in Aachen und wurde zu 13 Jahren Haft verurteilt, davor saß er mehrere Jahre in Spanien, wo er innerhalb des FIES-Systems (Isolationshaft) dagegen gekämpft hat. Im Zusammenhang mit Gabriel wollen wir auch den Anarchist José Delgado erwähnen, der ebenfalls zu der gleichen Strafe verurteilt wurde. Die Beiden wurden mit zwei anderen Menschen in Aachen nahe der deutschen Grenze im Jahr 2004 verhaftet. Gabriel schreibt regelmäßig Texte, die in der ganzen Welt veröffentlicht werden und beteiligt sich an vielen Protestaktionen aus dem Knast heraus.

*Gabriel Pombo da Silva
Krefelderstr. 251
52070 Aachen*

*José Fernandez Delgado
Aachenerstr. 47
53359 Rheinbach*

Den Aufruf von Gabriel sowie Briefe und Texte von Gefangenen, die sich entschlossen haben ihren Beitrag zu leisten, sind weiter unten zu finden.

*Solidarität mit allen kämpfenden Gefangenen!
Freiheit für alle!*

**Gabriel Pombo da Silva:
Vorschlag eines Hungerstreiks
vom 20. Dezember bis zum 1. Januar 2010**

Ich fühle mich von der Idee getrieben einen Hungerstreik zusammen mit anderen GefährtInnen im Dezember zu koordinieren/machen... Wenn die GefährtInnen es gut finden,

würde ich vorschlagen einen Hungerstreik vom 20. Dezember bis zum 1. Januar zu machen... Es ist ein "sinnvoller" Zeitabschnitt (für mich sind Hungerstreiks ein Werkzeug strategischer Kämpfe... Das soll bedeuten, dass in unserer Situation, als vom Staat-Kapital entführte, wir nur diese Form von Kampf haben, aufgrund der Zerstreuung der GefährtInnen in verschiedene Gefängnisse/Staaten)... Und ich sage "sinnvoll", weil diese Initiative eine "Geste" von Liebe und Widerstand beabsichtigt und nicht von Opferverhalten ist.

Die steigende Zahl gefangener (und "freier") GefährtInnen steht neben dem System des Boykotts in der Korrespondenz welche ich erleide, welche mich daran hindert allen anderen rebellischen Individuen und ähnlichen, die auf der Welt verstreut sind, zu schreiben. Ich werde ihnen niemals eine persönliche Befriedigung geben mich "klagend" oder "jämmerlich" aufgrund dieser Bedingungen zu sehen.

Wenn ich etwas schreibe, muss es ein Text sein, welcher zur Freude/Genuss zur Revolte ist und nicht zum Geheul der Konsequenzen unseres Denkens/Handelns. Die Verhaftung von Alfredo Bonanno und Christos Stratigopoulos in Griechenland ist die Konsequenz, dass zu machen was gesagt wird...

Ich kann mir vorstellen, wie unbequem es für den griechischen Staat ist in ihren Gefängnissen zwei GefährtInnen solches Schnittes zu haben. Was die GefährtInnen, welche sich in Alessandria (Italien) "versammelt" haben, gibt es den Anschein nach ein Mittel gegen den "Belehrungseifer"... Sie haben festgestellt, dass unsere Ideen gewisse soziale RebellInnen anziehen... Es gibt andere schlimmere Arten der Isolierung, wie zum Beispiel in Deutschland, wo sie dich mit Ehrlosen und Vergewaltigern umgeben...

Na gut... es wäre wichtig zu wissen auf wen wir in diesem neuen Hungerstreik zählen können... und dass die GefährtInnen ein Kommuniqué vor dem Hungerstreik vorbereitet haben...

Hinsichtlich des Inhaltes der jeweiligen Kommuniqués bin ich damit einverstanden, dass der im Kampf gestorbene Mauricio Morales erwähnt wird... Ich werde darüber schreiben, sowie die Sensibilisierung in Relation mit dem politischen Asyl von Freddy und Marcelo in Argentinien... ohne unseren lieben Marco zu vergessen.

Ich werde schauen was mit den GefährtInnen in den spanischen Gefängnissen gemacht werden kann, aber ich erwarte nicht sehr viel von dort... Vor allem weil meine Korrespondenz fast immer von den Schließern beschlagnahmt wird...

Eine starke anarchistische Umarmung

Gabriel
Aachen, 16. Oktober 2009

**Diego Sebastián Petrisans,
gefangener Gefährte aus Argentinien,
schließt sich dem Vorschlag eines
Hungerstreikes von Gabriel Pombo da Silva an.**

“Affinität mit den Gefährten im Hungerstreik, Organisation und Antwort gegen den terroristischen Staat.”

Die Kommunikation ist die wichtigste Verbindung in der Organisation von GefährtenInnen, die der Repression der Sicherheitsapparate jeder Art des Staates eine Antwort geben. Innerhalb der Organisation müssen die Zellen der direkten Aktion unabhängig von einander sein, wo die Resultate der Aktionen den Weg des sozialen Krieges kennzeichnen, um uns von Herrschaft und Ausbeutung zu befreien. Die Dichte der Wörter innerhalb der Gruppe von GefährtenInnen, welche diese Zellen ausmachen ist für den Schutz dieser GefährtenInnen und der Kontinuität der subversiven Aktionen notwendig. Die Menge ist nicht wichtig, sondern die menschliche Qualität die sie erweckt.

Denn das wichtigste im sozialen Krieg ist die Erzeugung von Bewusstsein, den Verstand zu erwecken, das Blut zum Kochen zu bringen und sich über die Konsequenzen von Misserfolg extremer Aktionen im Klaren zu sein. Die Revolution ist kein Spiel. Die Revolution beginnt beim eigenen Leben, im eigenen Bewusstsein um dieses nachher anzustecken, bzw. zu verbreiten. Ich beteilige mich am Hungerstreik, Ende Dezember bis Anfang Januar, in internationaler Solidarität mit den GefährtenInnen, die gegen diesen Müll von Leben leben, welchem wir unterworfen sind. Ein weltweites System von Tod und Repression.

Ein Gruß an die GefährtenInnen Gabriel, Claudio, Marco, Freddy, Marcelo, Karina, Leandro... und in der Forderung aller im Kampf in radikalen Taten gefallenen GefährtenInnen, an sie alle... Auf unser Wohl!!!

Auf die Freiheit hoffend um wieder mit Vergnügen gegen die Feinde zuschlagen zu können mit einem Lächeln, eine feste Umarmung.

Diego

Freiheit für Tobias

In den Morgenstunden des 16. November wurde Tobias in Berlin-Friedrichshain unter dem Vorwurf zwei Luxuskarren angezündet zu haben inhaftiert. Wenige Stunden später wurden die Hausprojekte Liebigstrasse 14 und 34, in welchen Tobias laut Erkenntnissen der Bullen gewohnt oder gemeldet sein soll, durchsucht, was aber keine Beweise für einen Tatbeweis erbrachte. Der Haftrichter entschied trotzdem Tobias in Untersuchungshaft zu stecken. Nachdem die Verfahren gegen Alex und Christoph mit Freisprüchen oder erstmal ausgesetzt wurden aufgrund mangelnder Beweise, ist dies nun der nächste Versuch der Bullen und der Staatsanwaltschaft jemanden für das anhaltende Abfackeln von Luxuskarren und anderer in Berlin hinter Gitter stecken zu können. Wieder mal ein Konstrukt, welches vor Gericht nicht standhalten wird, und auch die anhaltenden Angriffe auf den Staat nicht verhindern wird.

Schreibt Tobias, seid solidarisch, macht Aktionen, lasst eure Wut sprechen.

*Tobias Poge
Buchungsnummer 3054/09/1
JVA Moabit
Alt Moabit 12A
10559 Berlin*

Aktuelle Infos auf dem Blog der UnterstützerInnengruppe:
freiheitfuertobias.blogspot.de

Axel, Oliver und Florian verurteilt

Am 16. Oktober wurden Axel und Oliver zu Haftstrafen von drei Jahren und sechs Monaten und Florian zu drei Jahren verurteilt.

Das Kammergericht schloss sich der Begründung und empfohlenen Strafhöhe der Bundesanwaltschaft (BAW) an. Von Seiten der Angeklagten wird in Revision gegangen, bis dahin bleiben die drei unter Auflagen auf freiem Fuß. Wie es auch in der Erklärung des Solibündnisses heißt, weder der Prozess noch die Urteile konnten den wiedererstarkenden antimilitaristischen Kampf aufhalten, denn die vielfältigen Aktionen gehen entschlossen weiter.

Hier veröffentlichen wir die Erklärung:

„Antimilitarismus lässt sich nicht verurteilen“

Vor über einem Jahr begann der Prozess gegen Axel, Florian und Oliver als vermeintliche Mitglieder der „militanten Gruppe“. Alle drei waren gemeinsam mit Andrej im Sommer 2007 festgenommen worden. Die Ermittlungen gegen Andrej laufen weiter.

Heute wurden Axel, Oliver und Florian für eine versuchte Brandstiftung als vermeintliche Mitglieder der militanten Gruppe zu 3,5 bzw. 3 Jahre Haft verurteilt. Sie verlassen den Gerichtssaal nach über 60 Verhandlungstagen ohne jegliche Einlassungen und sollen für ihren entschlossenen Widerstand gegen die deutsche Kriegspolitik bestraft werden.

Das Bündnis zur Einstellung der 129 (a)-Verfahren hat seit den Verhaftungen 2007 die Entwicklungen und den Prozess politisch begleitet. Dabei stand für uns neben der Thematisierung von Überwachung und Verfolgung von politischen AktivistInnen seit Prozessbeginn vor allem das Thema Antimilitarismus im Vordergrund.

Wir wollen an dieser Stelle deshalb auch nicht auf die diesem Urteil zugrunde liegenden abenteuerlichen Indizienketten von BAW und Gericht eingehen. Auch nicht auf die Schikanen gegenüber den Besucher_innen. Nur soviel: aus unserer Sicht der Schritt der Anwälte, auf die Schlussplädoyers zu verzichten, folgerichtig und konsequent.

Trotz der aufgebauten Drohkulisse eines Sondergerichtes hat antimilitaristischer Widerstand in Deutschland während dieses Prozesses mehr Präsenz bekommen. In den vergangenen Jahren hat der Widerstand gegen Militäreinsätze und die zivil-militärische Zusammenarbeit zugenommen. Der Protest gegen den Krieg wird wieder deutlich entschlossener und geschlossener geführt, ohne dass friedliche Proteste und militanter Widerstand gegeneinander ausgespielt werden konnten. Das haben wir auch an der Solidarität gemerkt, die aus ganz unterschiedlichen politischen Spektren kam.

Dennoch ist es innerhalb des Prozesses nicht gelungen, die

Frage nach legitimem Widerstand gegen Militäreinsätze zu stellen. Nur wenige Medien haben die politischen Beweisangebote thematisiert und in Verbindung gestellt mit dem, was tagtäglich in diesem Land und international passiert. Weder die Kriegseinsätze der Bundeswehr noch ihre Präsenz in Schulen, an Universitäten und auf den Straßen wie 2007 in Heiligendamm scheinen in den Zusammenhang zu den zunehmenden Protesten gestellt zu werden. In anderen Ländern wie zum Beispiel Irland gab es Freisprüche nach Sabotageakten gegen Kriegsgerät, explizit mit der Begründung, dass sie dazu beigetragen haben, Schlimmeres zu verhindern. Diese Debatte steht weiterhin aus. Wir freuen uns jedoch schon jetzt, dass die antimilitaristischen Kämpfe weitergehen werden.

Für den Tag der Urteilsverkündung wurde zu einem Aktionstag aufgerufen, „Tag X“, der in verschiedenen Städten wahrgenommen wurde. Hier dokumentieren wir einige Soliaktionen stattfanden.

Im Bremen, Hamburg, Stuttgart, Düsseldorf, Marburg und Berlin fanden Demonstrationen statt, mit Berlin als Höhepunkt mit 800 Personen unter dem Motto „Feuer und Flamme der Repression – Solidarität mit Axel, Oliver und Florian“. Am Morgen gab es bereits auch eine Kundgebung mit über 100 Personen vor dem Gericht.

In Leipzig fand eine Demonstration statt, bei welcher Barrikaden gebaut, die Polizei angegriffen und Geschäfte beschädigt wurden. In Bremen malten solidarische Menschen Filialen der Post in Olivgrün an. In Hannover wurden Flyer verteilt, Transparente an verschiedenen Punkten der Stadt aufgehängt und Wandzeitungen plakatiert. In Erfurt wurden vier Fahrzeuge der Post angezündet, sowie zwei Paketstationen der DHL beschädigt. Die Post und und deren Tochterunternehmen DHL sind seit längerem Ziel des antimilitaristischen Widerstands aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Bei zwei der Aktionen wurden Flugblätter hinterlassen, welche die Aktion in den solidarischen Kontext mit Axel, Oliver und Florian stellen. Eine Demo und ein Farbensschlag auf das Polizeirevier fanden in Burg statt. In Berlin brannten am 16.10. sowie eine Woche später drei Transporter der Firma Imtech, eine Rüstungsfirma, die unter anderem auch mit der Bundeswehr zusammenarbeitet.

Alfredo Bonanno und Christos Stratigopoulos in Griechenland verhaftet

Innerhalb weniger Tagen müssen wir wieder den Verlust zweier Genossen durch die repressive Keule des Staates melden. Der Anarchist Alfredo Bonanno aus Italien wurde am 1. Oktober in Griechenland aufgrund seiner angeblichen Partizipation an einem Banküberfall verhaftet. Alfredo, der mittlerweile 72 Jahre alt ist, soll zusammen mit dem 46-jährigen Christos Stratigopoulos aus Griechenland in Trikala, einer Stadt in Zentralgriechenland, einen bewaffneten Banküberfall begangen und dabei 46.900 Euro erbeutet haben – Christos sollte mit Bart, falschen Haaren und mit einer Brille verkleidet gewesen sein, bewaffnet mit einer Pistole und das ganze geschah um 10.35 Uhr am Morgen. Nach dem Verlassen der Bank soll er das Geld an Bonanno übergeben haben, dieser wurde kurze Zeit später festgenommen, und mit einem gemieteten Fahrzeug davon gefahren sein, 20 Minuten später wurde er an einer Strassensperre der Bullen festgenommen. Die beiden Verhafteten werden dem Haftrichter vorgeführt werden.

Alfredo M. Bonanno ist ein langjährige aktiver Genosse. Er hat eine Vielzahl von Schriften über die Theorie und Praxis des aufständischen Anarchismus verfasst, sich an unzähligen Momenten des anarchistischen Kampfes beteiligt und war einer der Hunderten von Verhafteten am 19. Juni 1997 in Italien, als die Bullen eine große Repressionswelle über die AnarchistInnen abzogen. Im Jahr 2003 wurde er im Rahmen des „Marini Trial“ zu sechs Jahren Haft und 2.000 Euro Strafe verurteilt, als ideologischer Kopf einer bewaffneten Gruppe, die seitens des Staates erfunden wurde, um viele GenossInnen einzusperren und den anarchistischen Kampf temporär zu erschweren und einzuschüchtern.

Alfredo saß einen Teil seiner letzten Strafe im Knast ab und wurde dann unter Hausarrest gestellt. Unermüdlich veröffentlicht er immer noch viele anarchistische Texte im Verlag „Edizioni Anarchismo“. Aufgrund seines Texte „die bewaffnete Freude“ saß er bereits Ende der 70er Jahre für 18 Monate im Knast.

Christos, griechischer Anarchist, saß schon mehrere Jahre im Knast in Italien aufgrund eines Banküberfalls in Norditalien. Er wurde auch damals in dem Marini-Konstrukt verwickelt.

Nach den letzten Verhaftungen der vier GenossInnen, die beschuldigt werden Mitglieder der „Verschwörung der feurigen Zellen“ zu sein (wofür sechs GenossInnen immer noch gesucht werden), reihen sich diese zwei Verhaftungen in die Wahlkampagne, die gerade in Griechenland stattfindet, ein.

Wir wissen nicht viel über den Fall und die Umstände, die zu Alfredos und Christos Verhaftung geführt haben, außer was in den bürgerlichen Medien zu lesen ist. Durch den Anruf an seine Lebensgefährtin gab Alfredo bekannt, dass es ihm gut geht. Unnötig scheint uns die Tatsache zu wiederholen, dass wir die vom Staat diktierten Begriffe der Schuld und Unschuld nicht wahrnehmen.

Das beste Zitat im Bezug auf Banküberfälle, die wir sowieso lieber als Enteignungsaktionen beschreiben würden, bleibt das von Bertold Brecht: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ – Uns scheint die Antwort dafür ziemlich klar zu sein.

Unsere Gedanken und aktive Solidarität gehen an Alfredo und Christos, sowie alle anderen GenossInnen, die gerade unter der staatlichen Repression zu leiden haben.

Schreibt den beiden Inhaftierten an folgende Adresse:

Tzamala 27
33100 Amfissa
Greece



Wir sind keine Sklaven, wir sind Dynamit.

Es sind alte Themen, aus einem anderen Jahrhundert. Das Elend, dass der Fortschritt scheinbar aus dem Westen verbannt wurde, kommt zurück um die Zähne zu fletschen. Noch springen die Bankiers nicht aus den Fenstern, aber die Straßen sind schon vollgefüllt mit Armen. Fabriken und Geschäfte schliessen schon ihre Pforten. Millionen von Menschen finden sich ohne die Mittel wieder, um der Zukunft ins Auge zu blicken. Ihnen wurde versprochen, dass ein Leben, das sie auf den Knien verbrachten, zwischen einer Arbeit, die einem Chef Profit einbrachte und dem Gehorsam gegenüber dem Willen der Regierung, ihnen zumindest ein ruhiges Überleben garantieren würde. Nun ist es allen klar, dass es sich dabei um eine Lüge handelte.

Es sind alte Themen, aus einem anderen Jahrhundert. Die Schlangen vor den Armenküchen schwellen an. Die Anzahl der Ladendiebstähle in den Supermärkten ebenso. Die Pfändungsprozesse stapeln sich. Und während die unten versuchen, nicht vor Hunger zu sterben, bereiten sich die oben auf das Schlimmste vor, auf die gefürchtete soziale Explosion. Einem jeden der das Gesetz bricht wird „Null Toleranz“ garantiert; Für Einheimische und Migranten werden neue Haftstrukturen vorbereitet, Soldaten und „Freiwillige“ patrouillieren die videüberwachten Nachbarschaften. Die alten und neuen Armen müssen wissen: von Entbehrungen oder durch Selbstmord zu sterben - nur das wird die ihnen gestattete Auswahl sein.

Es sind alte Themen, aus einem anderen Jahrhundert. Heute strecken immer mehr Menschen ihre Arme aus, um den Reichtum von den Orten zu nehmen wo dieser im Überfluss existiert. Manche haben auch einen Traum in ihrem Herzen, wie die beiden Anarchisten, Christos und Alfredo, die am

1. Oktober in Griechenland für einen Bankraub verhaftet wurden. Der erste raubte eine Bank mit der Waffe in der Hand aus. Sie behaupten, dass Alfredo ihm half, indem er das Geld zur Aufbewahrung übernahm. Jetzt befinden sich die beiden Anarchisten, einer Grieche, der andere Italiener, hinter Gittern. Gefängnis ist das Schicksal, das einem jeden versprochen wird, der sich nicht damit abgefunden hat im Elend zu verrecken, das versprochene Schicksal für die Feinde jeglicher Autorität und jeglicher Aubeutung.

Es sind alte Themen, aus einem anderen Jahrhundert. Eine auseinanderfallende Wirtschaft, eine in die Höhe schnellende Arbeitslosigkeit, verderbende Lebensbedingungen, ein Krieg unter den Armen, geschürt von den Handlangern der Mächtigen, ein Rassismus der vom Kriechgang auf dem Weg zum Galopp ist, ein Planet der von der technologischen Entwicklung bedroht wird, die Staaten, die die Karotte der Demokratie mit dem Knüppel des Totalitarismus austauschen...

In dieser unerwarteten Rückkehr in die Vergangenheit gibt es aber noch etwas das fehlt. Dass die verletzte Würde die Verzweiflung vertreibt und in Aktion verwandelt. Dass die Freiheit aufhört das Recht zu sein, der Autorität zu gehorchen und zurückkehrt dazu, die Herausforderung für jede Form der Macht zu sein. Dass die Begierde zu Leben nicht mit dem befriedigt wird, was schon existiert und zum Angriff übergeht um das zu entreissen was noch nicht da war.

ES IST EIN ALTES THEMA, AUS EINEM ANDEREN JAHRHUNDERT: AUFSTAND

Anarchisten.

Zu den beiden Entflohenen aus der JVA Aachen

In den Abendstunden des 26. November gelang es zwei Inhaftierten aus der JVA Aachen zu fliehen. Sie überwältigten zwei Bedienstete und erbeuteten dabei ihre Waffen. Mittels eines in ihre Kontrolle gebrachten Taxis fuhren sie nach Kerpen, wo sie in ein anderes Taxi umstiegen, welches sie nach Köln fuhr. Eine Sofortfahndung, unter anderem mit Hilfe eines Hub-schraubers, wurde von den Bullen eingeleitet, blieb aber vorerst erfolglos. Die Bullen behaupten in ihrer ersten Pressemitteilung, dass die beiden Entflohenen ach so gefährlich seien, ohne dabei aber die strukturelle Gewalt zu erwähnen, welche durch den Knast ausgelöst wird. Die Presseorgane übernahmen selbstverständlich unhinterfragt diese Worte und trugen sie weiter und schürten damit ein Klima der Angst, was den Bullen natürlich wieder eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten eröffnete, die ansonsten schwerer zu rechtfertigen gewesen wären.

Nach drei Tagen auf der Flucht wurde am 29.11. einer der Entflohenen von der Polizei in Mühlheim festgenommen. In den Morgenstunden des 1.12. wurde der zweite Entflohene von den Bullen wieder inhaftiert. Auf einem Fahrrad fahrend wurde er von einem Fahrzeug des Sondereinsatzkommandos angefahren, Verletzungen wenn nicht gar sein Tod wurden billigend in Kauf genommen. Die Koalition der hetzerischen Medien und der Bullen, die pausenlos davon sprachen, dass die beiden Ausgebrochenen rücksichtslos von ihren Schusswaffen Gebrauch machen und eine Gefahr für die BürgerInnen darstellen würden. Die BürgerInnen, die mal wieder diese hinterlistige Propaganda unhinterfragt schluckten, wurden zu DenunziantInnen und HelferInnen der Mächtigen und nur durch ihre Hilfe war es überhaupt möglich die Beiden wieder

hinter die grauen Mauern zu bringen. Einer der beiden schilderte in einem Zeitungsinterview, dass sie explizit vorher abgemacht hatten niemanden zu verletzen oder zu töten. Sofort wurde am Donnerstag Abend schon in den ersten Meldungen von einer sehr hohen Gewaltbereitschaft und sehr niedrigen Hemmschwelle der Beiden gesprochen, was sich nun als unwahr herausgestellt hat, aber von den Bullen und den Medien auch nur dazu genutzt wurde, um die Sympathien in der Bevölkerung auf ein Minimum sinken zu lassen. Mal wieder ein gutes Beispiel für die Verlogenheit der Mächtigen und ihrer willigen Schergen.

Der Ausbruch war der Erste aus der vor 14 Jahren eröffneten Anstalt, in welcher ein hoher Sicherheitsstandart vorherrscht, da hauptsächlich Langstrafler und als gefährlich eingestufte Gefangene inhaftiert sind.

Wir begrüßen es, wenn Gefangene den Mut und die Entschlossenheit besitzen und sich ihrem zwangsweisen Aufenthalt hinter den grauen Mauern entziehen, indem sie die Möglichkeit zur Flucht ergreifen. Knäste, und alle anderen Zwangsanstalten, stellen keine Lösung für die Probleme dar, die aus der gegenwärtigen Organisation der Gesellschaft entstehen und Menschen dazu zwingen eingesperrt zu sein, und gehören deshalb abgeschafft. Knast bedeutet immer Leid, Trauer, Freiheitsentzug, Entfernung von Angehörigen und FreundInnen und bekämpft nur die Symptome und nicht die Ursachen, die diese Gesellschaft produziert. Die Abschaffung der Knäste kann nur im Prozess des Umstürzens dieser Gesellschaft und auf dem Weg zu einer befreiten Gesellschaft geschehen.



Zu den Verhaftungen in Griechenland unter dem Vorwurf der terroristischen Vereinigung

In den Abendstunden des 23. September wurden in Athen fünf junge Menschen im Alter von 20 und 21 Jahren unter dem Antiterrorgesetz verhaftet. Die Antiterrorereinheit der griechischen Polizei stürmte ein Haus in Halandri, einer Mittelklassewohngegend im Norden von Athen, im Zusammenhang mit Ermittlungen aufgrund von anarchistischen, militanten Angriffen auf Staat und Kapital. Das Haus wurde seit längerer Zeit beobachtet, da es Verbindungen zu „antiautoritären und anarchistischen Angriffen“ geben soll und das Haus als geheimer Unterschlupf dienen sollte, es wurden angeblich Materialien gefunden, mit welchen sich Zünder und Sprengvorrichtungen bauen lassen. Von sechs weiteren Personen wurden Fingerabdrücke im Haus gefunden, die Beschuldigten konnten sich aber der Verhaftung entziehen und sind untergetaucht. Einer der fünf Festgenommenen wurde später wieder entlassen, die anderen wurden angeklagt unter der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Beschaffung und Besitz von explosiven Materialien, Herbeiführen von Explosionen und Gefährdung von Menschenleben, schwerer Diebstahl, sowie kleinerer Vergehen wie Verstöße wegen Sylvesterknallern und anderem. Sie befinden sich im Knast und haben jede Kooperation mit den Repressionbehörden abgelehnt und die Vorwürfe zurückgewiesen. Sie sollen Teil der „Conspiracy of the Cells of Fire“ sein. In den Medien wurden die Fotos und Namen der vier veröffentlicht, sowie Steckbriefe der Untergetauchten. Bei einem der Verdächtigen soll es sich um einen 25-Jährigen handeln, der bereits in der Vergangenheit als mutmaßliches Mitglied der Terrorgruppe „Sekte der Revolutionäre“ unter Polizeiverdacht stand.

Die Anklage wegen des Herbeiführens von Explosionen resultiert aus den Angriffen auf das Haus des ehemaligen Staatssekretärs im Innenministerium Panayiotis Hinofotis am 12. Juli, auf das Gebäude des Ministeriums für Makedonien und Thrakien am 2. September in Thessaloniki und die Explosion im Eingangsbereich des Apartments des ehemaligen Ministers der oppositionellen PASOK Gerassimos Arsenis und seiner Frau, der Verantwortlichen für Wirtschaftsangelegenheiten der PASOK Louka Katseli, in Kolonaki, einem Stadtteil von Athen, am Mittwoch den 23. September.

Am Freitag Abend nach der Verhaftung gab es eine erste Reaktion auf die Verhaftungen. Die Polizeisperren um den Athener Stadtteil Exarchia wurden durchbrochen und die Hauptzentrale von PASOK, der sozialdemokratischen Partei, eines der momentan am bestbewachten Gebäude des Landes, mit Molotovcocktails und Steinen angegriffen. Während des Angriffes fing auch ein Fahrzeug des Fernsehen Feuer und brannte aus. Daraufhin wurde das Gebäude evakuiert, es

gab keine Verhaftungen, die Leute zogen sich hinter brennende Barrikaden zurück.

Am 4. Oktober fanden in Griechenland vorgezogenen Parlamentswahlen statt, der ehemalige Ministerpräsident Kostas Karamanlis sah sich zu diesem Schritt gezwungen, nachdem im Zuge der wirtschaftlichen Krise die Popularität immer weiter sank und sich unter den Bevölkerung Misstimmung breit machte. Mit den Verhaftungen nur wenige Tage vor der Wahl versuchte die Regierung ihre Stärke und Entschlossenheit im Kampf gegen alle, die sich gegen die herrschende Ordnung aus Staat und Kapital stellen, zu beweisen.

Bei den Haftprüfungen wurde entschieden, dass drei der vier Inhaftierten in Untersuchungshaft gehen und die weibliche Gefangene auf Kautions und unter Auflagen entlassen wird. Sie darf das Land nicht verlassen, trotz der Tatsache, dass sie in London studiert, und muss sich zweimal im Monat auf der lokalen Bullenwache melden. Die anderen sitzen jetzt in Untersuchungshaft, die in Griechenland bis zu 18 Monate dauern kann, einer davon ist ihr Freund, mit der exakt gleichen Anklage. Für die sechs weiteren Beschuldigten wurden Haftbefehle ausgestellt und das alles, obwohl noch keine Beweise von Seiten der Bullen vorgelegt wurden. Das Ganze wird mit dem Antiterrorgesetz gerechtfertigt, welches Inhaftierungen, trotz fehlender Beweise erlaubt. Die Anklagen lauten auf Mitgliedschaft in einer Stadtguerilla-Gruppe und Beteiligung an den drei Anschlägen am 12. Juli, 2. und 23. September.

150 bis 200 Personen versammelten den Tag über sich in Solidarität vor dem Büro des ermittelnden Richters. Die ganze Geschichte ist sehr stark in den Medien, wie nicht anders zu erwarten war in einer sehr voreingenommenen Sichtweise. Die vier werden als Gruppe von TerroristInnen gezeichnet, und dass obwohl es bis jetzt keine Beweise gibt, für die Strafverfolgung der vier Beschuldigten und der sechs Gesuchten.

Auf der Website der Kandidatin für die in wenigen Tagen stattfindenden Parlamentswahlen, Louka Katseli, vor ihrer Wohnung war am 23. September ein Brandsatz gezündet worden, woraufhin die Festnahmen vorgenommen wurden, erschien Anfang der Woche ein Statement, dass die Verhaftungen ein Wahlkampftrick der Regierung sei. Nach großer medialer Empörung, fanden die Bullen heraus, dass die Seite von Hackern über einen Server aus den USA manipuliert wurde.

Die drei Inhaftierten und die weiteren Beschuldigten brauchen unsere Solidarität. Lasst sie nicht allein in den widerwärtigen Krallen des Staates und verhaltet euch dementsprechend.

Ein Brief des in Griechenland inhaftierten Anarchisten Panagiotis Masouras

Dieser Brief wurde vor ein paar Wochen von Panagiotis Masouras geschrieben. Ein Anarchist der Ende September verhaftet worden ist und unter anderem angeklagt wurde Mitglied der terroristischen Organisation "Verschwörung der feuerigen Zellen" zu sein. Mit der selben Anklage befinden sich auch Manolis Giospas und Haris Hatzimihelakis in Haft.

Am 14. November um 5.30 Uhr in der Frühe wurde auch ein 22-jähriges Mädchen von der Polizei mitten in Athen entführt. Sie wurde allerdings am 18. November Mittags wieder freigelassen. Es gibt weitere Personen (die Infos der Polizei variiert zwischen sechs und acht), die mit diesem Fall in Verbindung gebracht werden, diese sind gerade untergetaucht. Währenddessen hat sich die "Verschwörung der feurigen Zellen" für den Angriff mit einer Bombe auf das Haus des Abgeordneten der PASOK Mimis Androulaki, vorher war er in der Kommunistischen Partei, am 13. November in Athen verantwortlich erklärt.

ABC Berlin

Am Mittwoch, den 23. September um 08.15 Uhr als ich aus meiner Wohnung in Galatsi kam, mit einem Rucksack auf dem Weg zum Fitnesscenter war, fand meine Verhaftung durch 25 Mitglieder der Antiterrorereinheit der Polizei statt.

Innerhalb weniger Sekunden befand ich mich auf dem Bürgersteig, die Hände mit Handschellen auf den Rücken gebunden, während sie (die Polizisten) ihre Offiziere informierten "dass, alles gut lief" und dass sie mich "abführten". Sie führten mich zur zwölften Etage der Polizeizentrale. Später wurde ich informiert, dass weitere zwei Personen, welche meine Freunde sind, verhaftet wurden.

Währenddessen hatte dieses ganze Theater erst angefangen. 48 Stunden ohne Schlaf und körperlich komplett erschöpft standen wir mit dem Gesicht zur Wand und sahen uns einer langen Liste von Fragen ausgesetzt, gleichzeitig lief irgendein Offizier in den Büros auf und ab und schrie im Delirium voller Lust "was hier gerade geschieht wird Krieg genannt".

Dann begannen sie sich für meinen Lebensweg, mein Gepolde mit meinen FreundInnen, für meinen Charakter zu interessieren. Es gab eine menschliche Annäherung an eine verirrte Jugend, welche den falschen Lauf nahm. Sie nahmen die Rolle ein mich wieder auf den richtigen Weg zu bringen, mich zur Vernunft zu bringen. Nicht für sie selbst, sondern für mich, sie sagten ich hätte die Pflicht mir selbst zu helfen,

in dem ich über andere Menschen, die ich nicht kenne, sowie Geschehnisse erzähle. Später sagte mir ein Offizier, ich sei ein Schwachkopf, die anderen hätten mich "verraten", sie hätten sich von mir distanziert. Falls ich nicht reden wolle, würde ich für die Straftaten anderer ins Gefängnis gehen. Dies sagten sie mir jedes Mal, wenn ich irgendwelche Fragen über Sachen, die ich nicht kenne, nicht beantwortete.

Die Wachwechsel fingen an: die "guten" Polizisten, voller Sensibilität, mit ihren aufgrund der Kindheit verletzten Gefühlen, wie sie selber sagten, erkannten die Ungerechtigkeit und wollten mir helfen. Auf der anderen Seite waren die "Harten" aus dem Kommando der Antiterrorereinheit mit ihren Sturmhauben. Die "harten" Ausübenden der Gesetze, Vertreter der Moral, arbeiteten mit Entschlossenheit, körperlicher und seelischer Erschöpfung, als eine Art von Rache als ich, wie sie selber sagten, "meinen Mund hielt".

Die Tatsache, dass ich die Anschuldigungen leugne, bedeutet nicht, dass ich einen Moment lang meine "Identität" und politische "Herkunft" abstreite. Ich könnte dies niemals unter den Teppichboden meiner Würde kehren und einsperren, sowie ein Auge zur Tat zudrücken, da ich eine politische Identität bin, welche Stellung gegen die Werte und die Institutionen dieser Gesellschaft durch das kritische revolutionäre Denken und durch die Tat bezogen hat. Ich bin Anarchist und Anhänger der Seite der Revolution und zur selben Zeit zu meiner eigenen Seite.

Der Grund weshalb meine beiden Freunde und ich sich in Untersuchungshaft befinden ist leicht zum verstehen. Sogar der naivste Verstand könnte verstehen, dass all das hier mit den Tatsachen zu tun hat, die im Rahmen der Wahlen stattfinden und dass sie politische und mediale Ziele anstreben.

Der Aufschwung der Situation, die bis an die Zähne bewaffnete EKAM (Anti-Terrorereinheit der Polizei) und die Rolle welche die Petzen der Medien spielte, das alles verbunden mit der politischen Situation der letzten Tage, damit der Normalgriechen ein Gefühl der Sicherheit und Ordnung im Angesicht der Wahlen empfindet. Ein Normalgriechen, der in seiner Rolle als aktiver Bürger wie ein Schlafwandler sich wieder Richtung Wahlurne bewegte, um den Anteil seiner existentiellen Verantwortung in die Hände anderer abzugeben. Es ist schon bekannt, dass die öffentliche Meinung keine Meinung hat, denn deswegen kann sie ja von irgendwem geformt werden. Die Stimmung dieser Tage ist hauptsächlich den Würmern der Kommunikationsmedien zu verdanken. Ihr verschlingender Durst auf "die Bestien von Galatsi" und "den Monstern von Halandri", dargestellt als ein Haufen von Bombenwer-

fern, welche Verbindungen mit den "sehr berühmten" revolutionären Organisationen haben, von welchen sie die Befehle bekommen und Missionen ausführen.

Was die Waffen und die Munition angeht, die sie bei mir zu Hause gefunden haben, sowie das Geld welches "aus Banküberfällen" stammt, nur weil alles vorsichtig versteckt war, werde ich es in Zukunft vor der Tür meiner Wohnung hinterlassen.

Die Gesellschaft ist nicht in Klassen geteilt, sondern nach den Entscheidungen und dem Bewusstsein. Denn wir lernten vom Schmerz und der Freude, vom Blut und von der Straße. Wird sind geboren worden, um unversehr innerhalb unserer unverständlichen Einzigartigkeit zu existieren. Unverständlich, weil wir den Schmerz aushalten, weil wir systematisch lernen Stahl auf unsere Haut zu legen und der Beton mit revolutionärem Blut bemalt wird.

Die Moral vollstrecken, wir predigen die Zerstörung, leider wispeln wir mit Wut beißend auf die Wörter: KRIEGSANGRIFF, weil dass einzige was existiert die Schönheit und die Kraft ist. Die Feiglinge haben die Gerechtigkeit erfunden um sich auszugleichen.

Dort wo es Stacheldraht gibt, wird es blutige Hände geben, die es zerreißen; dort wo es Zement gibt, wird es zornige Schreie geben, die ihn zum Einstürzen bringen; dort wo es Gitter gibt, werden korrosive Seelen sein, welche sie zerstören werden; dort wo wir lebendig begraben sind, werden wir die Moral begraben.

Für uns selbst haben wir die Pflicht unsere Fesseln zu durchbeißen, auch wenn wir beißend sterben. Denn wir sind nichts weiteres als unsere eigenen Entscheidungen.

Für die Ehre, für die Würde, für die Revolution.

Freiheit für die Gefährten: V. Pallis, G. Dimitrakis, G. Voutsis-Vogiatis, P. Georgiadis, I. Nikolau

Sofortige Freilassung für die Angeklagten H. Hatzimihelakis, M. Giospa und mich selbst.

Panagiotis Masouras aus dem Gefängnis von Avlona



Brief von Konstantina Karakatsani, gesuchte Anarchistin wegen den Ermittlungen gegen die „Verschwörung der feurigen Zellen“

Innerhalb der letzten Wochen hat sich der griechische Staat im Rahmen des Aufstandsbekämpfungsplanes auf das Ausstellen von Haftbefehlen gegen Leute konzentriert, die laut des Ministers für die öffentliche Ordnung als MitgliederInnen der Stadtguerillagruppe „Verschwörung der feurigen Zellen“ betrachtet werden.

ABC Berlin

Nach den jüngsten Ereignissen habe ich mich dazu entschlossen meine Position in Anbetracht der Ermittlungen, die gegen mich laufen, öffentlich zu machen und um vor allem und immer meine politische Identität zu verteidigen.

Aber lasst uns an die Sache von Anfang an herangehen. An dem Tag, an dem die Polizei den angeblich geheimen Unterschlupf in Chalandri stürmte, nahm sie vier Personen fest. Drei von ihnen sind gerade in verschiedenen Knästen eingesperrt, während eine freigelassen wurde. In den Nachrichten regiert ein Klima der Terrorhysterie, während die JournalistInnen, die auf dem Weg zu einem Herzinfarkt sind, schreien wie verrückt und dabei mal wieder wahnhaftige Horrorgeschichten produzieren. Sie verbreiteten eine Orgie von Lügen, feuchte Träume wofür es gar keine Beweise gibt, nicht einmal Anzeichen dafür. Sofort wurden Haftbefehle für sechs weitere GenossInnen erlassen, aufgrund einiger in dem Haus und auf Gegenständen gefundenen Fingerabdrücke (wie an Türen, Fenstern, Zeitungen, Plastiktüten, Gitarren), und dies obwohl es keinen Bezug zu den Ermittlungen gibt, oder aufgrund von Fahrzeugen von GenossInnen, die mal vor den Haus geparkt haben.

Es scheint klar genug zu sein, dass die Polizei auf diese Art und Weise agiert hat, um das Verlangen der ehemaligen Regierung zu befriedigen noch positive Ergebnisse zu hinterlassen, selbst im letzten Moment der Wahlkampagne. Es wäre katastrophal für jegliche Regierung von der Bühne zu springen und eine Geschichte die voll mit Skandalen und Korruption ist zu hinterlassen, ohne dabei nicht mal den geringsten Erfolg oder mindestens ein Bild dessen vorzeigen zu können. Das ist der Grund warum sie sich entschlossen haben, sich das Haus als „geheimen Unterschlupf“ vorstellen müssen, die Gruppe von FreundInnen als eine „Organisation“ und die BesucherInnen des Hauses als rücksichtslose BombenlegerInnen zu beschreiben und sie in den Knast zu schicken, damit vielleicht jemand davon überzeugt sein wird, dass sie doch Ergebnisse produziert. Nach einigen Tagen hat sich die neue Regierung etabliert. Herr Chrisochoidis, der Minister mit dem

höchst „respektiertesten Profil“ in den Augen der öffentlichen Meinung, der auch den „großen Erfolg gegen die Gruppe 17. November“ verbuchen konnte, konnte keine Fehler bei der schwierigsten Wende seiner Karriere machen. Und der Wahn fing wieder an...

Es wird geglaubt, dass die Neue Demokratie (die ehemalige rechte Regierung) vielleicht das Rückgrat der Verschwörung der feurigen Zellen gebrochen hätte, aber PASOK (die gegenwärtige „sozialistische“ Regierung) seit dem Moment, an dem sie die Macht erreicht hat, durch diese Organisation das Ende des Fadens eines gesamten Terrorismuskomplexes gefunden hätte. Und das Fieber begann wieder anzusteigen... Mit einer gemeinsamen Stimme (wie immer) deklarieren die Bullen und die Medien mit aller Gewissheit, dass wir (die sechs Untergetauchten) die letzten Anschläge verübt hätten, dass wir Beziehungen zu anderen Gruppen hätten, dass wir Leute kennen...

Während sie sagen, dass es eine Möglichkeit gäbe, dass wir uns zusammen mit den anderen drei gesuchten GenossInnen verstecken würden (die drei AnarchistInnen auf deren Köpfe der Minister 600.000€ ausgesetzt hat und die als Komplizen von Giannis Dimitrakis angesehen wurden, siehe den Artikel in dieser Entfesselt dazu) und zusammen Banken ausrauben und neue Anschläge planen würden. Wie hat mensch das Ganze entschlüsselt? Wahrscheinlich schauen die Bullen „CSI MIAMI“ und füllen damit ihre polizeilichen Berichte. Werdet ein bisschen seriöser bitte, das ist der Weg wie mensch arbeitet...

Gleichzeitig hat eine entscheidende Rolle in der Ausstellung meines Haftbefehls die Tatsache gespielt, dass die Polizei über meine Beziehung zur anarchistischen Szene Bescheid wusste, aufgrund meiner Verhaftung im Januar während einer Operation gegen verschiedene Häuser in Exarchia nach dem Angriff von Revolutionärer Kampf (eine bewaffnete Gruppe) auf das Kultusministerium (am 5.1. wurden dort PolizistInnen mit Schusswaffen angeschossen). Damals sagten sie, um die Häuser stürmen zu dürfen, dass wir alle Verdächtige wären (aufgrund des Standorts des Hauses) und nachdem sie nichts fanden verhafteten sie mich (zusammen mit zwei anderen) aufgrund anderer niedrigerer Beschuldigungen, die mit der Tat nichts zu tun hatten, bloß um nicht mit leeren Händen zurückkehren zu müssen. Selbst als das Gericht mich als unschuldig anerkannte, wurde meine Verhaftung zu einem großen Nutzen in den Händen der Polizei, um mich wieder beschuldigen zu können, weil ich jetzt eine „Person mit einer kriminellen Vergangenheit“ bin.

Denn all diese kranken Leute ziehen die falschen Schlüsse, die einfach auf der Verlinkung von irrelevanten Dingen beruhen. Was ich ihnen zu sagen habe ist, dass sie ihre Mäuler halten sollen, weil ich sonst jedes Mal wo ich sie sagen höre, dass wir aufgeben, weil wir schuldig sind, nicht aufhören kann zu lachen. Ich gebe nicht auf, weil ich keine Lust habe für das Beten nach Ehrenabzeichen für polizeiliche Bestrebungen herzuhalten, und nicht weil ich Anschläge planen würde. Ich habe nicht gewählt in dieser Situation zu sein, andere trafen diese Wahl für mich. Andere versuchen gerade zu verbreiten, dass ich untergetaucht sei, um mich aus dem alltäglichen Leben, meinen alltäglichen Aktivitäten und generell aus meinem Leben auszuschließen. Ich werde nicht in den Knast gehen für diese anderen, die entschieden haben, dass die Zellen ihrer Demokratie zu viel Platz haben und voll werden müssen. Dies ist der Grund warum ich nicht „freiwillig“ aufgabe, falls ihr dies verstehen könnt... Und wieso das ganze dann? Wegen eines einzigen Fingerabdrucks auf einer Plastiktüte im Haus eines Freundes? Mit einem einzigen Fingerabdruck auf einer Plastiktüte sind wir die Koordinatoren des gesamten Neo-Terrorismus in Griechenland? Die einzige Sache, die sie uns gerade nicht vorwerfen ist bei Al Qaeda mitzumachen... Falls sie noch weiter suchen, werden sie meine Fingerabdrücke im ganzen Haus finden, und?

Es gab weder verstreutes Sprengstoffpulver, noch eine Bombe, so dass sie einfach alle Menschen, die einfach das Haus betreten, beschuldigen können. Die Antiterrorpolizei kam herein und machte ein Kosovo aus dem Haus. Sie platzierten Kisten mit Farben und Sprühdosen auf dem Tisch und sagten: „dies sind die Instrumente der Terroristen“, als ob Farben Sprengstoff wären. Wie ist es dazu gekommen, dass sie uns nicht erzählten, dass die Fernbedienung für den Fernseher keine Handgranate war...

Da der Minister für die öffentliche Ordnung die sechs Gesuchten fragte aufzugeben, muss ich ihm persönlich sagen, dass es nicht meine Gewohnheit ist mich zu entschuldigen, vor allem vor eurer Polizei und noch mehr wenn gar keine Beweise gegen mich vorliegen. Zur Justiz gehen, um etwas zu beweisen? Dass meine GefährtInnen in eine Organisation umgewandelt wurden und das Haus in einen „geheimen Unterschlupf“, damit sie die Möglichkeit haben jeden den sie möchten zu beschuldigen? Dass sie uns mit dem ganzen Strafbuch bewerkeln und jeden verhaften den sie treffen, damit sie von Verhaftungen sprechen können? Oder sollte ich letztendlich dorthin gehen, um zu beweisen, dass ich kein Elefant bin? Gehen und was genau verhandeln? Ich bin eine Anarchistin, keine Bettlerin, die in Verhandlungen und Basare geht.

Das ist der Grund, warum ich bedingungslos sein werde in dem was ich zu sagen habe. Für die Verachtung des Faktes, dass ich die Institution eures Gerichtes nicht anerkenne, werde ich als schuldig anerkannt. Diese triviale Geschichte muss irgendwann zu einem Ende kommen und ich werde vor eurer Justiz stehen müssen, wenn der Prozess kommt.

Noch mehr, Herr Chrisochoidi, mach dir einen Kopf und schaff dir eine feste Idee: auf der einen Seite sprichst du über „kleine Jugendliche, die weit weg von ihren Familien leben und die Demokratie muss etwas Verständnis zeigen“; auf der anderen Seite ist der ganze Fall in höherer Instanz gelandet und geht in die Hände eines bevollmächtigten Untersuchungsbeamten. Ich jammere nicht. Ich möchte bloß auf die trivialen Spielchen des politischen Intrigenspiels hinweisen.

Ich weiß, dass ich wegen den Wahrheiten die ich ausspreche beschuldigt werden kann, dies ist aber die Arbeit aller voyeuristischen RepräsentantInnen des Gesetzes: Konstrukte aufbauen, um Menschen durch Befragungen müde zu machen, um freundschaftliche Beziehungen zu bestrafen, dem Bewusstsein den Prozess zu machen und zu versuchen ihre Kerker mit revolutionären Seelen zu füllen. Und sicherlich fördern sie Spitzeln durch das Kopfgeld, das sie auf ihre gesuchten Genossen ausgestellt haben. Da sie schon wissen, dass bestimmten Leute der Speichel über das Gesicht laufen wird, wenn sie von der Höhe der Kopfgeldsumme zuhören bekommen und dass sie untereinander kämpfen werden, um zu entscheiden wer der Erste sein wird, der die Leute übergibt.

Herr Chrisochoidis hat sogar den Mut das Kopfgeld auf drei Leute auszustellen, während niemand ein einziges Bild von den Bullen, die in den Knästen und Abschiebeknästen vergewaltigen und morden, die mit Netzwerken von Kinderpornographie zu tun haben und mit Drogen handeln, Leute schlagen, ermorden, ihre Köpfe brechen und ihre Knarre ziehen und zielen, veröffentlicht hat. Aus dem einfachen Grund, dass die gegenwärtigen BeschützerInnen der Bürger ungreifbar sind – sie dürfen nicht vor Gericht gestellt werden. Die Gesellschaft hilft denen mit ihrem schuldigen Schweigen.

Ich rede gerade in der Öffentlichkeit, nicht weil ich meine Unschuld beweisen möchte, denn die Bipolarität von Schuld und Unschuld paßt nicht in meine Logik, sondern weil es außer den schleimigen allwissenden Federn der Macht noch eine andere Wahrheit gibt.

Die einzigen, die auf dieser Welt frei laufen sind diejenigen, die sich dagegen stellen.

Konstantina Karakatsani

„Eine Enteignungsaktion bei einer Bank ist genauso getrennt von einem Bankraub, wie die PolitikerInnen vom wirklichen Leben“

ein Interview mit dem inhaftierten Anarchist Yiannis Dimitrakis

Während eines Banküberfalls am 17.01.06, bei dem du verhaftet wurdest, sind drei weitere Personen (Simos und Marios Seisidis und Gregoris Tsironis) geflohen – und vor einigen Tagen hat der Minister für den Schutz der Bürger, Herr Chrysohoidis, 600.000 Euro auf ihre Köpfe ausgesetzt.

Denkst du, dass irgendjemand Informationen über sie liefern wird?

Tatsächlich haben die Polizeikräfte, einige armselige Schreiberlinge und ein paar Dauergäste von Fernsehshows zusammen mit dem Minister für die öffentliche Ordnung (und nicht zum „Schutz der Bürger“, der bevorzugte neue Name der Regierung dafür) ein optimales Szenario für Mochtegern-Kopfgeldjäger organisiert. Auch ist es eine Tatsache, dass die AdministratorInnen der politischen Autorität immer versuchen werden, innerhalb einer Gesellschaft eine Mentalität zu schaffen, die Leute zu InformantInnen oder Spitzeln macht – manchmal mit Drohungen, ein anderes Mal mit allen Möglichkeiten der Belohnung.

Zum Glück hat die Bewusstsein habende griechische Gesellschaft (damit ist diejenige gemeint, die den Grund für all seine Probleme in den Terroristen der Regierung und den wirtschaftlichen Eliten erkennt, anstatt in drei gesuchten AnarchistInnen) geschichtlich immer gegen solche Praxen Widerstand geleistet und ich glaube, dass es auch dieses Mal der Fall sein wird.

Allerdings, weil es immer einen aufstrebenden Inspektor Clouseau und eine geniale Agatha Christie gab und geben wird, würde ich ihnen gerne sagen, dass viele sich ins Spitzeln verliebt haben, aber niemand je den Spitzel geliebt hat.

Denkst du, dass ihre Verhaftung bevorsteht?

Das weiß ich nicht und ich wünsche, dass es nie passieren wird. Aber was ich weiß ist, dass falls sie verhaftet werden die Arbeitslosen immer noch keine Arbeit finden werden, dass die Löhne nicht steigen werden und all diejenigen, die vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung kämpfen (indem sie wie Sklaven zwischen einem, zwei oder drei Arbeitsplätzen rumrennen) werden doch keinen Wechsel in ihren Leben sehen.

Glaubst du, dass sie kampfflos aufgeben werden?

Ich definiere „Kampf“ als sehr eng und damit meine ich, dass

ein einfaches Hin und Her von Kugeln nicht stattfinden wird. Weil sie nie verhaftet werden. Ich weiß und bin davon überzeugt, dass sie täglich kämpfen um in Freiheit zu bleiben. Weil, verstehst du, Menschen die Freiheit lieben.

Was würdest du machen, wenn du dich in ihrer Position befinden würdest?

Ich würde genau das Gleiche tun. Ich würde auch meiner Verhaftung entgehen, denn unter den Umständen und den Folgen der Ereignisse vom 16. Januar 2006, als der Banküberfall bei der Nationalbank in Athen stattfand, bedeutet dies, dass ich auf jeden Fall mein sicheres Urteil bekommen werde.

Was für eine Nachricht würdest du ihnen aus dem Knast schicken?

Sie wissen schon Bescheid, dass sie meine Freundschaft sowie meine Liebe haben. Daher würde ich ihnen sagen, was einst Nikos Kazantzakis sagte: „Ich fühle mich, wie als wenn wir unsere Köpfe gegen Gitter aus Stahl schlagen würden. Viele Köpfe werden dabei kaputtgeschlagen, aber eines Tages werden auch die Gitter aus Stahl kaputtgehen.“

Wieso, denkst du, wurde ein Kopfgeld auf sie ausgestellt?

Ich glaube, dass diese Entscheidung Teil der Planung des Ministeriums für die öffentliche Ordnung im Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit ist, um das Bild, das von der Regierung präsentiert wird, zu vervollständigen. Unglücklicherweise sieht eine solche Planung die Militarisierung vor, mit vielen Polizeieinheiten in Exarchia und auch mit dem Aufwühlen von älteren Fällen des bewaffneten Kampfes, wie auch der Minister schon selber gesagt hat – was dann zum Kopfgeld für die drei Genossen führt.

Du darfst nicht vergessen, dass die Beweise, die sie im Bezug auf ihre Involvierung in Gruppen der Stadtguerilla vorgelegt haben, nichts weiter als Medienartikel sind, die als solche aus den Polizeihauptquartieren an bestimmte Zeitungen innerhalb der vergangenen sechs Monate durchgesickert sind. Für mich ist dies alles ein Kommunikationstrick und vielleicht auch die Schaffung einer Entschuldigung für die operative Unfähigkeit der Polizei, um Menschen, die an dynamischen Aktionen beteiligt sind, ausfindig zu machen. Vergiss nicht: in Zukunft werden wir uns wahrscheinlich sogar Entschuldigungen anhören müssen, etwa wie „falls wir nicht mal die Untergetauchten finden können, die definitiv Terroristen sind, wie können wir dann die Verwirrung des bewaffneten Kampfes auflösen?“

Also du möchtest sagen, dass die Regierung Terroristen erschafft...

Dies ist die einzige Sache, die gewiss ist. Sie machen dies schon seit vielen Jahren. Das ist die Standardtaktik der Regierung, mit dem einzigsten zu prüfenden Ziel, dass sie funktioniert.

Denkst du, dass der jüngsten Angriff auf die Polizeiwache von Ayia Paraskeui als eine Antwort auf das Kopfgeld für die drei gesuchten AnarchistInnen zu verstehen ist?

Diejenigen, die dies gemacht haben, sind am besten dazu in der Lage dir eine Antwort durch eine Erklärung zu geben. Meine eigene Ansicht ist gegenstandslos. Du bist besser daran lieber einige deiner Journalistenkollegen zu fragen, die scheinen nicht nur alles zu wissen, sondern sie wissen auch ganz gut wie mensch urteilt und verurteilt. Sie sind zu Richtern, Staatsanwälten und Justizminister auf einmal geworden.

Es gibt einige aus der Polizei durchgesickerte Informationen, dass du und deine Mittäter nicht bloß einfache Räuber wärt, sondern auch bei terroristischen Gruppen mitmachen würdet. Was hast du dazu zu sagen?

Guck mal: die einzigen Sachen, deren wir durch solche durchgesickerten Informationen nicht beschuldigt wurden, sind Drogenhandel, illegaler Handel, Vergewaltigung von minderjährigen Mädchen und Teufelsanbetung. Ich weiß, dass viele kreative Köpfe innerhalb der Hauptquartiere der Polizei durch die Kombination von all diesen erregt sind und ich würde mich ungelogen entschuldigen, weil ich sie enttäuschen muss, indem ich ihnen sage, dass solche Sachen bloß in Hollywoodfilmen, die sie angucken, stattfinden, oder in Büchern, die sie lesen.

Die Polizei sagt, dass du der Gang „Räuber in schwarz“ angehörst. Was sagst du dazu?



Die „Räuber in schwarz“ sind eine unglückliche und einfallsreiche journalistische oder polizeiliche Beschreibung, die keine Basis hat und seitens der Medien weiter benutzt wird, obwohl diese während des Prozesses zusammengebrochen ist. Dies passiert in der selben Weise, wie sie mich jetzt auch beschuldigen sieben Raubüberfälle begangen zu haben, auch wenn sie wissen, dass ich für sechs nicht verantwortlich bin. Sie sprechen auch immer noch von unglaublichen Summen, die ich angeblich besitzen würde, auch wenn das Gericht anerkannt hat, dass das Geld der anarchistischen Szene gehört.

All dies, schlussendlich, in einer Zeit wo sie wissen, dass die von ihnen beschriebene spektakuläre Rauferei nie stattgefunden hat und vor allem mit Blick auf die drei Freunde und Genossen für die sie diese Haftbefehle erlassen haben, mit Beweisen, die in meinen Augen als lächerlich erscheinen.

Und in meinem Fall sollten wir etwas anderes sagen, dass aus dem gesunden Menschenverstand abgeleitet wird: Überwachungskameras in Banken sind normalerweise mit alter Technologie ausgerüstet und nehmen bloß zwei Farben, schwarz und weiß, auf. Räuber, wie ihr vielleicht wisst, gehen normalerweise mit schwarzer Kleidung in Banken, vor allem im Winter – sie versuchen zum Beispiel nicht wie ein Folksänger in einem Club auszusehen.

Du hast deine Beteiligung an dem Raubüberfall, bei dem du verhaftet wurdest gerechtfertigt, indem du gesagt hast, dass es ein „Enteignungsakt“ gewesen war: was ist der Unterschied zwischen einer Enteignung und einem normalen Bankraub?

Der Unterschied wird im Gegenstand der Aktion gemacht, beide Beschreibungen sind so voneinander getrennt, wie die PolitikerInnen vom wirklichen Leben. Damit ein Mensch seinen Akt als „Enteignung“ beschreiben kann, benötigt er nichts mehr als von seiner natürlichen Reaktion gegen die Bedingungen, die ihm gegenüberstehen, überzugehen, hinaus zu einer bewussten revolutionären Position: die nichts anderes ist als der Kampf gegen die Mächtigen dieser Welt. Der Unterschied entsteht aus dem Gegenstand der Aktion.

Die Bank, die du ausgeraubt hast, wurde später mit vielen Brandanschlägen angegriffen und wurde damit gezwungen zu schließen. Waren dies Racheakte, die einige in deinem Namen unternommen haben?

Als erstes, ich weiß nicht ob diese spezielle Bank zugemacht hat. So oder so, die Angriffe, die damals nach meiner Verhaftung stattfanden, waren selbstverständlich Akte der Solidarität. Für den Großteil der Gesellschaft besteht die Bank aus einem skrupellosen wirtschaftlichen Mechanismus, der Tag für Tag tausende Familien auspresst. Und alle wissen, dass die großen Banken die Verantwortung für die gegenwärtige Krise tragen, wofür nun die Leute zu bezahlen haben.

Du bezeichnest dich als Anarchist. Befürwortest du bewaffnete Gewalt?

Durch den Prozess des sozialen Umbruchs hat eine Vielzahl verschiedener Formen des Kampfes Gestalt angenommen. Jede Person wählt die Form der Aktion aus, die sie als die am geeignetste für die politischen Notwendigkeiten der Zeiten, in denen sie lebt, ansieht. Ich persönlich glaube, dass es momentan keine geschichtliche oder objektive Bedingung gibt, die uns dazu bringen sollte irgendwelche Formen des Kampfes in den Abstellraum der Geschichte zu werfen. Im Gegenteil, wir leben in sehr gewalttätigen Zeiten, in denen Staaten auf einer internationalen Ebene Terrorismus gegen alle ausüben.

Vor einigen Tagen gab es den bewaffneten Angriff auf die Polizeiwache in Ayia Paraskeui in Athen. Bist du mit solcher Art von Angriffen einverstanden?

Was wirklich zählt ist, wie solche Angriffe in den Augen der Gesellschaft dargestellt werden, ohne die alles verdrehenden Goebbels-ähnlichen Brillengläser der Medien. Ich bin weder ein Kritiker noch ein Gutachter des bewaffneten Kampfes. Ich habe nie einen solchen Titel beansprucht, noch könnte ich es.

Einige Anti-Autoritäre sagen, dass indem in das Gesicht der Polizei geschossen wird, die Gewalt der Polizei bestraft wird. Bist du damit einverstanden?

Ob wir es mögen oder nicht, die bewaffneten Bevollmächt-



tigten der Ordnung und Sicherheit, wie sie genannt werden, haben ihre operative Existenz mit Gewalt und Repression verbunden: mit „zufälligem“ Entladen von Knarren, durch das Vergewaltigen von Frauen und die Ermordung von MigrantInnen in den Polizeiwachen, durch Prügel, Folter, Willkür, Erniedrigung und so viel andere Sachen, die entweder hinter den Mauern der Polizeiwache stattfinden oder draußen auf den Straßen. Jeder von uns sollte dies mit beachten und seine eigenen Schlüsse ziehen.

Aber ist dies nicht die Logik des „kollektiven Bestrafens“, die am faschistischsten ist?

Solche Logik sollte eher bei den Gewinnern der sozialpolitischen Zusammenstöße gesucht werden, welche diejenigen sind, die dies in eine reguläre Taktik umgewandelt haben. Die Tatsache, dass einige Leute auswählen zurückzugeben, was sie jahrelang erlebt haben, mag vielen als seltsam erscheinen, aber was können wir machen? Du wirst ernten was du säst.

Glaubst du, dass wir eine neue Phase der Gewalt ohne Regeln betreten? Zum Beispiel, bis zu diesem Tag wurde noch nie eine Frau attackiert (Anm. d. Ü.: eine der angeschossenen PolizistInnen). Was hast du im Bezug auf „blinde Angriffe“, wie diesen zu sagen?

Ich weiß aber nicht ob dies tatsächlich „blinde Angriffe“ sind. Diejenigen, die innerhalb der letzten Jahre unternommen wurden, umfassten Ziele die geschichtlich zum autoritären System der Repression und zur Ausbeutung der Menschheit gehören. Ich hab nie gesehen, dass ein Bürger angegriffen wurde.

Was für Gefühle erweckt es in dir bei dem versuchten Mord an einer 23 Jahre alten Frau?

Du solltest lieber diejenigen fragen, die durch die Kugeln der Polizei den Tod gefunden haben.

Sollte ein 19-jähriges Kind Teil der Ziele von Terroristen sein?

Die PolizistInnen, die angeschossen wurden, wurden nicht angeschossen, weil sie Jugendliche waren. Sie wurden aus anderen Gründen angeschossen, die augenscheinlich nichts mit dem Alter zu tun haben. Diese Gründe werden uns sicherlich bald von denjenigen, die die Aktion unternommen haben, geschildert werden.

Vor kurzem wurden einige junge Menschen in Chalandri, Athen, unter dem Vorwurf Mitglieder in der Gruppe „die Verschwörung der feurigen Zellen“ zu sein verhaftet. Was ist mit denen, sind sie TerroristInnen?

Die Terroristen sind die, die uns täglich zu einem langsamen Tod verurteilen. Zu einem Leben ohne leben. Die 19-jährigen, die ohne jegliche Beweise in ein Konstrukt eingewickelt wur-

den, um die Dynamik ihrer kommenden Wahl zu beeinflussen (Anm. d. Ü.: er bezieht sich hier auf die konservative Regierung, die am 4.10. abgetreten ist).

Wie sieht dein Leben im Knast aus?

Genauso schwierig wie es für die anderen Gefangenen ist. Die Probleme der griechischen Höllenknäste sind uns allen bekannt und JournalistInnen im speziellen. Ihr solltet aber auch wissen, dass wir es hier drin nicht zulassen ohne unsere Würde und unser Recht auf die Freiheit innerhalb der Knastzellen zu verrotten.

Du lebst umgeben von Strafgefangenen (Anm. d. Ü.: im Gegensatz zu politischen Gefangenen). Wie behandeln sie dich?

Zuallererst, ich bin mit der Definition „nicht-politisch“ nicht einverstanden. Ich bin mit Unterscheidungen zwischen Gefangenen nicht einverstanden. Der Weg, wie uns Leute behandeln, ist davon abhängig, wie wir sie behandeln. Alles hat eine Wirkung. Und zweitens, nichts ist wirklich so wie wir es glauben.

Falls du fliehen könntest, würdest du es tun?

Ich werde mit einer Parole antworten: „die Leidenschaft für die Freiheit ist stärker als jeder Knast.“

Herr Chrysohoidis (der Minister für den „Schutz der Bürger“) hat ausgesagt, dass er die persönlichen Bodyguards für PolitikerInnen und Geschäftsführer zurückziehen wird. Würdest du ihm empfehlen sie abzuziehen oder sie dort zu lassen?

Diejenigen, die du gerade erwähnt hast, werden ihn definitiv viel klüger beraten, was er tun soll!

Was würdest Du auf seine Aussage von neulich, „wir sind im Krieg“, antworten?

Beim ersten Lesen, könnte jemand denken, dass Herr Chrysohoidis's Aussage sich exklusiv an die Leute, die sich an bewaffneten Angriffen gegen den Staat oder andere Einrichtungen beteiligen, adressiert wäre. Allerdings würde eine

tieferer Analyse der Aktionen von Seiten der letzten Regierungen zeigen, dass dieser Krieg die ganze Zeit gegen die ungeschützten sozialen Klassen lanciert wird. Wir sind seit mehreren Jahren im Krieg. Sie werden dies bloß nicht zugeben. Ich bin mir nicht sicher was hinter diesem Kriegsgeschrei steckt bzw. welcher Zweck damit verfolgt wird, außer die Sicherheit der Ministerien und die Anzahl des Sicherheitspersonals zu erhöhen.

Wer sollte ab jetzt nicht in Ruhe in Griechenland schlafen können?

Genau die gleichen Leute, die auch davor nicht in Ruhe schlafen sollten.

Deine Revisionsverhandlung ist am 9. Dezember. Wie sieht du die Situation, in Anbetracht solch eines angespannten Klimas?

Wenn ich mir das Ergebnis des ersten Prozesses angucke und die Stellung der Gerechtigkeit gegenüber allen Gefangenen, kann ich nicht wirklich sagen, dass ich allzu viel erwarte. Das bedeutet, ich werde versuchen meinen Kampf mit Hilfe meiner AnwältInnen zu kämpfen.

Gibt es irgendwas, dass du bedauerst?

Jede Entscheidung und Wahl, die ich treffe, mache ich nachdem ich viel darüber nachgedacht habe und aufgrund der Prinzipien und Werte, die ich besitze. Ich bin bereit, sie zu verteidigen mit meinem eigenen Leben. Bis zum Ende.

Wie siehst du dein Leben danach?

Durch die philosophische Haltung „Carpe diem“. Oder anders gesagt, nutze den Tag...

Texte von Thomas Meyer-Falk

Über 20 Jahre in Sicherungsverwahrung

Sexualtaten sind in besonderem Maße geeignet, Emotionen zu schüren, denn sie berühren Urängste des Menschen und dessen intimste Sphäre. Wie geht eine Gesellschaft mit Sexualtättern um, lautet eine der zentralen Fragen. An folgendem Einzelfall möchte ich dies näher beleuchten.

Zur Vorgeschichte

Nennen wir ihn Frank S. (Name verändert), geboren Anfang der 60'er Jahre, wurde erst 1976 wegen versuchter Vergewaltigung zu Jugendstrafe von acht Monaten auf Bewährung und 1979 zur Unterbringung in der forensischen Psychiatrie wegen einer Vergewaltigung verurteilt. Am 06. März 1985 schließlich erfolgte die letzte Verurteilung; S. hatte jeweils Anhalterinnen mitgenommen und sie vergewaltigt, bzw. er versuchte es zumindest. Hierfür bekam er fünf Jahre Freiheitsstrafe, die anschließende Unterbringung in der Sicherungsverwahrung wurde abgeordnet.

Zur Sicherungsverwahrung

Die Sicherungsverwahrung (SV), geregelt in den §§ 66 ff Strafgesetzbuch geht zurück auf das „Gewohnheitsverbrechergesetz“ von 1933. Wegen dieses Zusammenhangs mit der Diktatur des Nationalsozialismus kam 1952 das Oberste Gericht der DDR zum Schluss, die SV sei – Zitat – als „inhaltlich faschistisch“ anzusehen und hob sie auf. Ähnliche Bedenken hegten westdeutsche Richter bislang nicht. Vielmehr wurden die Regelungen zur SV (auch unter tatkräftiger Mithilfe der GRÜNEN und der SPD) immer mehr ausgeweitet, so dass heute auch schon Jugendliche davon betroffen sein können. Die SV gestattet es dem Staat, Menschen bis zu ihrem Tode zu verwahren, wenn von ihnen eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht. Der oder die Betroffene verbüßt erst die Freiheitsstrafe und im Anschluss die SV. Saß er/sie zuvor zur „Sühne“ für begangene Straftaten, wird anschließend aus präventiven Gründen die Freiheit entzogen – für das, was jemand tun könnte. Der Vollzug der SV unterscheidet sich nur marginal von dem der Strafhaft, die angeblichen „Privilegien“, die man in der SV gewährt bekommt, sind der Rede nicht wert und ändern nichts an dem Freiheitsentzug. Auch wenn in der Literatur die SV immer wieder Angriffen ausgesetzt ist (vgl. zuletzt die Dissertation von Tobias Muschhoff, „Strafe-Maßregel-Sicherungsverwahrung“, erschienen 2008 im Peter Lang Verlag, Preis 105 Euro), sind Ausweitun-

gen zu erwarten und die CDU/FDP-Koalition im Bund strebt eine Vereinheitlichung der eher unübersichtlichen Regelungen an.

Zurück zu Frank S.

Nachdem S. seine Freiheitsstrafe 1989 verbüßt hatte, wechselte er in die SV – wo er noch heute sitzt. Ohne je einen Tag, oder nur eine Stunde in Freiheit gewesen zu sein. Mittlerweile ist er über 50 und ein echter Schimmer am Horizont ist nicht wirklich erkennbar.

Nun fordert die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ab dem 10. Jahr in der Sicherungsverwahrung eine Umkehr der Gefahrenprognose. Für die ersten zehn Jahre SV reicht es aus, jemanden in Haft zu halten, wenn nicht eindeutig eine positive Sozialprognose gestellt werden kann, also sichergestellt ist, dass keine Straftaten mehr begangen werden. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit, so das höchste deutsche Gericht, müsse ab dem 10. Jahr in SV jedoch dem/der Verwahrten positiv nachgewiesen werden, weiterhin akut „gefährlich“ zu sein. Dieser Nachweis erfordere dann auch sorgfältige Begutachtung durch psychiatrische Sachverständige. So die Theorie.

Skandalöses Verhalten des Landgerichts Freiburg

Vor dem Hintergrund der nun wirklich lang dauernden Unterbringung in der SV sollte man erwarten, dass die drei Richter des LG Freiburg sich besondere Mühe mit der Prüfung der Fortdauerentscheidung im Fall Frank S. machten. Mit Beschluss vom 31.07.2009, der knapp mehr als drei Seiten umfasste, lehnte das Gericht eine Freilassung ab und stützte sich dabei auf ein „Gutachten“ eines Sachverständigen, der Frank S. weder gesehen, noch gesprochen hatte. Dafür zeichneten Landgericht und Staatsanwaltschaft sich für zahlreiche Verzögerungen verantwortlich, denn eigentlich hätte aus rechtlichen Gründen die Entscheidung schon bis zum 11.07.2008 (also ein Jahr zuvor) fallen müssen. Die zwangsweise beigeordnete Verteidigerin machte ihre Arbeit auch nicht sonderlich gut, riet dann – nach Mitteilung von Frank S. – sogar ausdrücklich davon ab, gegen den die Freilassung ablehnenden Beschluss Beschwerde einzulegen. Bei soviel „Engagement“ der Anwältin nahm S. die Sache selbst in die Hand und erhob am 17.08.2009 sofortige Beschwerde.

Das Oberlandesgericht greift ein

Wie gravierend das OLG Karlsruhe (Az. 2 Ws 309/09) die Fehler einschätzte, beweist der Umstand, dass schon 14 Tage später, nämlich am 31.08.2009 mit einem 18 Seiten umfassenden Beschluss die Entscheidung der Vorinstanz aufgehoben wurde. In aller Breite befasste sich das OLG mit den Fehlern der Vollzugsanstalt, die den Betroffenen lediglich verwahre, der Staatsanwaltschaft, die nicht mal in der Lage war, die Akten pünktlich vorzulegen und vor allem den gravierenden Fehlgriffen des Landgerichts, das Fehler bei der Beauftragung des Gutachters, der Bewertung des Gutachtens, der Durchführung der Anhörung des Gutachters, der Begründung der die Entlassung ablehnenden Entscheidung und der Beschleunigung des Verfahrens zu verantworten hatte.

Erst nach den deutlichen Worten und Vorgaben des OLG bequeme sich das Landgericht Freiburg, den renommierten Münchner Sachverständigen Professor Dr. Nedopil mit der Exploration und Begutachtung zu beauftragen, sowie dem Sicherungsverwahrten die von ihm gewünschte Vertrauensanwältin beizuordnen.

Frank S. – ein Opfer der Justiz?

In ihm ein Opfer zu sehen, wäre wohl verfehlt, denn er war es, der, wenn auch vor über 25 Jahren (!) den Anlass setzte für die Verurteilung. Aber was ihm seitdem widerfahren ist, lässt deutlich die Diskrepanz erkennen zwischen harter Realität und der gesetzlichen Fiktion, was die Behandlungspflicht seitens der Justizvollzugsanstalt angeht und den minimalsten Verfahrensvorschriften, an die sich eigentlich LG und Staats-

Haftbedingungen im europäischen Vergleich

Wer sich mit den Haftbedingungen in den Knästen beschäftigt, der oder die ist vielleicht auch daran interessiert etwas über die Situation in anderen Staaten zu erfahren. Selbst auf europäischer Ebene wird sich mit dieser Frage beschäftigt, wobei die Gründe hierfür einmal dahin gestellt bleiben sollen.

In einer Studie, welche im Auftrag des europäischen Parlaments die University of London (dort das „International Center for Prison Studies“) erstellte, wurden die Haftbedingungen in 27 Staaten Europas näher beleuchtet. Erkenntnisquellen waren primär die entsprechenden Ländergesetze zum Strafvollzug, aber genauso Berichte von amnesty international oder des Komitees des Europarates zur Verhütung von Folter.

Zwar datiert die Studie (Az. Des Europäischen Parlaments: PE 358.897) von Professor Andrew Coyle von März 2004, dessen ungeachtet ist die auch noch fünf Jahre später lesenswert und informativ. Auf den ersten 39 Seiten der insgesamt 138 Seiten umfassenden

anwaltschaft zu halten hätten.

Förderlich für Frank S. war sicherlich auch nicht, dass er 1993 von einem Mitverwahrten fälschlich der Planung einer Geiselnahme beschuldigt wurde und in Folge dieser Anschuldigung in Isolationshaft landete (1994 erfolgte der Freispruch). Zum Erschrecken nicht nur für Frank S. schaffte die GRÜNE/SPD-Koalition 1998 zudem die 10-Jahres-Grenze für erstmalig in SV Untergebrachte ab: Bis 1998 musste man nach 10 Jahren SV frei gelassen werden. Ohne jeden konkreten Anlass, wie etwa schwere Straftaten durch aus SV Entlassene, wurde diese Bestimmung gestrichen, so dass alle Verwahrten von heute auf morgen mit „lebenslänglich“ da saßen.

Wie um die Sicherungsverwahrten auch im wörtlichen Sinne „einzusargen“ werden nun, wie Frank S. berichtete, alle Zellen in der JVA Freiburg mit neuen Fenstern ausgestattet: Ein Fensterflügel mit Panzerglas fest montiert und vor jenen Flügel, der sich in der Zelle noch öffnen lässt, kommt zusätzlich ein Lochgitter, was Lichteinfall und Luftaustausch erschwert.

Ausblick – wo bleibt Hoffnung?

Trotz der langen Haftzeit hat sich Frank S. nicht unterkriegen lassen, hat nicht resigniert; auch wenn typische Folgen, als Hospitalismus bezeichnet, nicht ausgeblieben sind. Nun setzt er seine Hoffnung in die 2010 erfolgende Begutachtung durch den oben erwähnten Professor Nedopil, die ihm dann entweder eine Perspektive für eine schrittweise erfolgende Entlassung eröffnet, oder aber auf eine weitere, dauerhafte Verwahrung hinaus läuft. 25 Jahre sind eine lange Zeit

den Studie stellt der Autor seine Erkenntnisse zusammenfassend dar. Er beklagt nachdrücklich die in vielen Staaten der Europäischen Union (EU) zu beobachtende Praxis der Überfüllung der Haftanstalten, die zunehmende Zahl der Gefangenen, obwohl die Zahl der Straftaten rückläufig ist. Sodann behandelt er die besonderen Aspekte jeder Freiheitsentziehung: Isolationshaft, Rassismus, Gesundheit, Kontakt mit der Aussenwelt, Arbeit, weibliche Gefangene und jugendliche Inhaftierte.

Die restlichen knapp 100 Seiten beinhalten jeweils detaillierte Analysen der eingangs erwähnten 27 EU-Staaten. Angefangen bei Österreich, über Osteuropäische Länder, aber auch Deutschland bis in den Süden, nach Italien, Spanien, Griechenland. Aus der Fülle der Informationen möchte ich folgende herausgreifen:

Zu Spanien erwähnte Professor Coyle kritisch ausdrücklich das FIES-System (anschaulich bei Xose Tarrío in seinem Buch „Hau ab Mensch“ beschrieben), welches die Isolierung von Gefangenen erlaubt.

Die Zahl der inhaftierten in Spanien sei von 1992 von 35.246 Gefangenen auf 56.244 im Jahre 2004 gestiegen. 40 % seien mit Hepatitis infiziert, mindestens 15 % mit HIV/AIDS.

Lettland sperrt, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl am meisten Menschen weg, nämlich 351 von 100.000 Bürgerinnen und Bürgern, Estland immerhin 330 von 100.000. Die niedrigste Rate weisen Zypern mit 50 von 100.000 BürgerInnen auf und Slowenien mit 55 von 100.000. Die Überfüllung von Gefängnissen ist vielerorts ein drängendes Problem. Für Griechenland wird eine Belegungsrate von 158 % angegeben: d.h. 8.841 Gefangene (Stand: Dez. 2003) standen nur 5.584 Haftplätze gegenüber. Frankreich das öfters von sich Reden macht, wies für 2003 ebenfalls nur 48.603 Haftplätze für 60.963 Gefangene aus.

Insgesamt krankt die Studie daran, dass sie in weiten Teilen nur die Gesetzeslage in den einzelnen Ländern referiert; aber wir wissen alle, dass es einen großen Unterschied zwischen Theorie und Praxis gibt. Da der Gutachter jedoch auch –wie oben erwähnt- Berichte von amnesty international, Urteile des Menschenrechtsgerichtshofes einarbeitet, kann man nicht davon sprechen, dass er die Situation allzu rosig darstellt. Der Berichtsteil über die Lage in Deutschland umfasst knapp vier Seiten (S. 70-74). Hervorgehoben wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Juli 1998 zu Gefangenentlohnung, ferner, dass das Essen im Gefängnis dem in Freiheit vergleichbar wäre. Arbeit sei für 50 % der Gefangenen vorhanden.

Wer sich mit dieser Studie beschäftigt, der sollte jedoch auch die von mir schon früher besprochenen Studie des Europäischen Parlaments von Mai 2000 (Az.: PE 168.394/Fin.St.) mit dem Titel „Crowd Control Technologies“ (Techniken/Tech-

nologien zur Bekämpfung von Aufständen) lesen. Dort wird ausführlich dargestellt mit welchen technischen Möglichkeiten Aufstände, ob nun in Freiheit oder aber in Gefängnissen niedergekämpft oder aber z.B. „gefährliche Gefangene“ unter Kontrolle gehalten werden können. Sehr anschaulich ist das Beispiel des „elektrischen Gürtels“. Ein Gürtel mit eingebautem Elektroschocker, der von Wärtern per Fernbedienung ausgelöst werden kann. Vor dem Ersteinsatz an Gefangenen testete man ihn an Schweinen! Es gibt Gefängnisse in den USA, dort müssen als „gefährlich“ eingestufte und HIV-positive Gefangene solch einen Gürtel während ihrer gesamten Haftzeit tragen.

Auf 93 Seiten breiten die Sachverständigen die entsprechenden Technologien –zum Teil bebildert- aus.

Beide Studien sind kostenlos über die Webseite des Europäischen Parlaments abrufbar (<http://europarl.de>; bei Problemen die Studien zu finden, kann man sich per Mail an das Archivzentrum des Parlaments wenden unter arch-info@europarl.europa.eu).

Inhaftierte Interessierte können die Studien ebenfalls unter Angabe der erwähnten Aktenzeichen bestellen. Hierzu schreiben man an
ernn Isaac Gonzales Garcia,
c/o Parlement Europeen –Comite Editorial-
ATR 01L026, Rue Wiertz/Wiertzstraat 60,
B-1047 Brüssel, Belgien.

Jedoch sind beide Studien nur in ENGLISCHER Sprache zu beziehen.

Gefangene sind Lumpen !?

Heute (14. September 09) soll über die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Hamburg berichtet werden, wonach die Bezeichnung von Gefangenen als „Lumpen“ eine straflose Meinungsäußerung darstelle (Ziff. 1), sowie über den Ausgang eines über 6 1/2-jährigen Rechtstreits eines Gefangenen der JVA Bruchsal (Ziff. 2).

1.) Gefangene sind Lumpen- so ein Wärter

Auch Strafvollzugsbedienstete sind gewerkschaftlich organisiert und zwar im Bund der Strafvollzugsbediensteten (www.bsbd.de). Dessen Zeitschrift „Der Vollzugsdienst“ druckte 2008 einen Bericht des hamburgischen Vollzugsbeamten Schuster, der mit einem Kollegen eine Dienstreise in die bayrische JVA Kaisheim unternommen hatte ab. In seinem Bericht beschrieb Schuster eine Führung durch die Anstalt in Kaisheim und fand es offenkundig amüsant, daß dort das Personal die Inhaftierten Umgangssprachlich als „Lumpen“ bezeichnet. Diesen Begriff machte er sich sodann zu eigen, z.B. als er beschrieb, daß den „Lumpen“ in Kaisheim -im Gegensatz zu den Haftraumausstattungen in Hamburg- keine CD-Spieler zur Verfügung stünden.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen den Beamten Schuster wegen des Verdachts der Beleidigung (Az.: 7301 Js 62/09, Staatsanwaltschaft Hamburg) stellte Staatsanwältin Dr. Graue das Verfahren ein, weil der Begriff „Lump“ nach ihrer Auffassung „in Bayern offensichtlich eine übliche Bezeichnung ist“. Ferner fehle es dem Beamten an einem Vorsatz Gefangene beleidigen zu wollen, da er sich in seinem Bericht „lediglich des dortigen Jargons bedient und keine Herabsetzung (...) Gefangener beabsichtigt“ habe.

Die angerufene Generalstaatsanwaltschaft Hamburg (Az.: 2 Zs 715/09) machte zudem geltend, daß angesichts der kurzen Verjährungsfrist im Presserecht (6 Monate) auch schon Verjährung eingetreten sei, so Staatsanwältin Menke.

Zur Zeit beschäftigen sich noch die Petitionsausschüsse in Hamburg und München mit der Frage welches Menschenbild wohl hinter der Verwendung des Begriffs „Lumpen“ für Gefangene stehen mag.

2.) Schadensersatz für Bruchsaler Gefangenen

In den vergangenen Jahren berichtete ich schon mehrfach über den Klagemarathon des Fritz G. aus der JVA Bruchsal. Seit dem 06.08.2009 liegt nun ein wohl endgültiges Urteil des

Oberlandesgerichts Karlsruhe (Az.: 12 U 226/06) vor.

Wie alles anfang: seit Anfang 2002 war Herr G. als „Einkaufshelfer“ beschäftigt. Im Verkaufsraum des damaligen Anstaltskaufmanns hatte er verschiedene Hilfstätigkeiten im Zusammenhang mit dem zweimal monatlich stattfindenden Basar-Einkauf zu erbringen. Mit Verfügung vom 02.06.2003 löste die Anstaltsleitung G. von dieser Tätigkeit ab, da er versucht haben soll eine Stange Tabak zu stehlen. Sich keiner Schuld bewusst klagte er sich durch alle Instanzen, und wurde Ende November 2005 wieder als Einkaufshelfer eingesetzt. Dem ging u.a. ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe (Az.: 7 Ca 327/05) voraus, welches mit einem Vergleich endete.

Aber Herr G. wollte den ihm entgangenen Verdienst ersetzt bekommen, weshalb er das Land Baden-Württemberg auf Schadenersatz vor dem Zivilgericht verklagte. In erster Instanz unterlag er 2006, da die Zivilkammer keine Amtspflichtverletzung erkennen wollte. Hiergegen legte G. Berufung zu OLG ein. Zwischenzeitlich erging am 27.12.2007 noch eine Entscheidung des von Fritz G. angerufenen Bundesverfassungsgerichts (Az.: 2 BvR 1061/05) in welcher sich das Gericht zur Frage der Verantwortlichkeit der Anstalt bei Verwendung von Gefangenen in Privatunternehmen ausführlich äußerte und der Verfassungsbeschwerde stattgab. (www.bverfg.de)

Wahlrecht für Gefangene

Auch Gefangene dürfen in Deutschland wählen; ein Ausschluss vom aktiven Wahlrecht ist die absolute Ausnahme (von 1990 bis 2009 wurde gegen 77 Verurteilte als Nebenfolge ein solcher Ausschluss verhängt; vgl. Bundestags-Drucksache 16/12622 vom 08.04.2009). Was viele – auch Inhaftierte – nicht wissen, ein Ausschluss vom passiven Wahlrecht, also dem Recht, gewählt zu werden, findet sich im Alltag viel häufiger. Denn jede und jeder, die/der zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 1 Jahr wegen eines Verbrechens verurteilt wurde, verliert automatisch (§ 45 StGB) die Amtsfähigkeit und auch das Recht, gewählt zu werden für die Dauer von 5 Jahren, wobei die Zeit im Gefängnis nicht auf diese Frist angerechnet wird.

Einher mit dem Verlust der Wählbarkeit geht der Verlust des Rechts, Mitglied einer Partei zu sein (vgl. § 10 Abs. 1 Parteien-Gesetz).

Superwahljahr 2009

Im Superwahljahr 2009 stellt sich auch für Gefangene die Frage, ob sie sich an den Wahlen beteiligen. An dieser Stelle soll nicht die Sinnhaftigkeit von Wahlen an sich thematisiert werden, viel mehr beschränke ich mich auf die formalen As-

Mit Urteil vom 06.08.2009 billigte jetzt das OLG Karlsruhe dem Gefangenen 960.- Euro, zzgl. Zinsen zu, betonte jedoch ausdrücklich, daß nicht jede unrichtige Rechtsanwendung durch Gefängnisbeamte eine schuldhaftige Amtspflichtverletzung darstelle. Denn solange einer getroffenen Entscheidung eine sorgfältige und gewissenhafte Prüfung vorausgehe, die dann getroffene Entscheidung „des Amtsträgers als rechtlich vertretbar angesehen“ werden könne, scheidet ein Schadenersatzanspruch aus. Denn nur weil etwa strafvollzugsgerichtliche Entscheidungen eine Verfügung der JVA missbilligten und aufheben, folgte hieraus noch kein zivilrechtlich relevanter Schuldvorwurf.

Deshalb erhielt Herr G. auch nicht die insgesamt geforderten knapp 1900.- Euro für die Gesamtdauer der Nicht-Verwendung als Einkaufshelfer, sondern nur die erwähnten 960.- Euro für einen Teil des Zeitraums.

Der ungerechtfertigte Vorwurf des versuchten Diebstahls belastete die Vollzugssituation des Fritz G. über Jahre. Es waren damit befasst: Landgericht (Zivilkammer und Strafvollstreckungskammer), das Amtsgericht (dort wurde er freigesprochen), das Oberlandesgericht (Strafsenat und Zivilsenat), das Bundesverfassungsgericht, das Arbeitsgericht. Ein Prozessmarathon von 6 1/2 Jahren der viel Geduld und Nerven abverlangte und hätte Herr G. nicht eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen und deshalb genügend Zeit um alles durchzustehen, vielleicht im Nichts geendet.

pekte.

§ 8 BWO (Bundeswahlordnung) sieht vor, dass im Regelfall die Behörden in den Gefängnissen einen so genannten „beweglichen Wahlvorstand“ errichten, sprich es soll für einige Stunden ein Wahllokal eingerichtet werden, damit auch Gefangene ganz normal wählen können. In der Praxis jedoch, so das Ergebnis einer Umfrage eines Doktoranden aus Berlin bei allen Landeswahlleitern und Justizministerien, gibt es heute in keiner einzigen Anstalt mehr eine solche Einrichtung (früher, noch in den 90'ern gab es bspw. in der JVA in Hamburg einen solchen beweglichen Wahlvorstand).

Zwang zur Briefwahl

Somit müssen Inhaftierte den Weg der Briefwahl beschreiten. War es bislang z.B. in der JVA Bruchsal üblich, dass die Anstalt die Anträge auf Erteilung der Briefwahlunterlagen an die Stadt Bruchsal kostenlos weiterleitete, müssen seit 2009 Gefangene, die denn wählen möchten, dafür bezahlen, nämlich Briefmarke und Kuvert kaufen.

Ein Vorgehen, das nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch in der Politik auf Protest trifft. So veröffentlichte Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (www.ulla-jelpke.de) am 17.12.2009 eine Pressemitteilung und forderte – Zitat - „die Gefangenen bei der Ausübung ihres Wahlrechts zu unterstützen, anstatt sie zu behindern“. Und Bundestagsabgeordneter Wolfgang

Bosbach (CDU) schrieb die Justizministerin von Nordrhein-Westfalen an, nach dem sich Gefangene der JVA Iserlohn bei ihm über eine ähnliche Praxis dort beschwert hatten.

Berücksichtigt man das geringe Einkommen der Gefangenen (monatlich sind zwischen 31 und vielleicht 80/90 Euro verfügbar) und die Tatsache, dass jeder Mensch in Freiheit seinen Antrag kostenlos bei der Stadt abgeben oder am Wahlsonntag in ein Wahllokal gehen kann, um kostenfrei zu wählen, stellt die Kostenpflicht für Gefangene eine unzulässige Beeinträchtigung des Wahlrechts dar. Es bleibt abzuwarten, ob sich auch die OSZE mit der Thematik beschäftigt, nach dem ihrer Unterorganisation ODIHR eine Beschwerde vorliegt und sie dieses Jahr auch Wahlbeobachter nach Deutschland entsandte.

Bei der Briefwahl kann sich zudem kein Gefangener sicher sein, dass die JVA nicht doch die Wahlbriefe zensiert (ein Problem, auf das die LINKE im Bundestag in einer Anfrage an die Bundesregierung hinwies; vgl. oben genannte Drucksache).

Wahleinspruch für alle

Jeder kann, sofern wahlberechtigt, Einspruch gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl einlegen (Bundestag, Platzder-Republik 1, 11011 Berlin). Die Frist hierzu endet am 26. November 2009, der Einspruch ist kostenfrei. Sollte der Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen werden, wird es etwas aufwendiger, denn nun muss man sich 100 UnterstützerInnen suchen und kann Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einlegen.

Der Wahlprüfungsausschuss fordert in der Regel den Bundes-

wahlleiter zur Stellungnahme auf, die dann der Einspruchsführer zugeleitet erhält, um hierauf erwidern zu können. Selbst eine mündliche Anhörung in Berlin ist möglich.

Probleme bislang unbeachtet

Wie unterbelichtet das Thema „Wahlrecht der Gefangenen“ bislang war, dokumentiert der Umstand, dass erst jetzt eine Doktorarbeit zu diesem Feld in Arbeit ist (der Doktorand promoviert bei Professor Dr. Feest, Universität Bremen) und sich näher mit den Fragestellungen rund um inhaftierte Wählerinnen und Wähler auseinandergesetzt wird.

Kollateralschäden bei Einspruch

Mitunter fühlen sich manche Journalisten bemüßigt, aus einem sachlichen Anliegen ein Schmierstück zu fabrizieren. So nahm Wieland Schmid von der Stuttgarter Zeitung einen Wahleinspruch gegen die Oberbürgermeister-Wahl in Bruchsal (Wahlgewinnerin war eine ehemalige LKA-Beamtin) zum Anlass, über den inhaftierten Einspruchsführer, dieser war ich, im Stil der Boulevardpresse zu berichten.

Ausblick

Vielleicht ermöglichen Einsprüche gegen die Bundestagswahl vom 27.09.2009 die Situation von Gefangenen in den Medien breiter zu positionieren und so aus dem Schattendasein etwas heraus zu lösen.

obachten: die Preise, die den Gefangenen abverlangt werden, tendieren dazu sich von den Preisen in Freiheit abzuheben. Verkauft beispielsweise EDEKA in seinen Geschäften Kaffee der Marke Dallmayr Prodomo für 2,89 Euro, bezahlen wir in der JVA Bruchsal bei der uns beliefernden Firma Massak (www.massak.de) stolze 4,79 Euro. Ein von der Bruchsaler Anstalt höchstselbst im Frühjahr durchgeführter Preisvergleich von 141 Produkten (verglichen wurden die Preise der Firma Massak Logistik GmbH mit zwei Supermärkten) ergab, dass 42 Produkte im Gefängnis ein paar Cent billiger waren als „draußen“, aber 89 Produkte, teilweise erheblich, teurer (bei 10 Produkten fanden sich identische Preise). Wenn knapp 60% der Artikel teurer sind, dann kann etwas nicht stimmen, zumal wenn keine unabhängige Stelle den Vergleich durchführte, sondern sogar die Justiz selbst. Wie der Preisvergleich ausgefallen wäre, wenn eine unabhängige Instanz diesen gemacht hätte, mag man sich selbst ausmalen.

Wie sehen nun die Handlungsmöglichkeiten der Gefangenen aus? Eine Alternative besteht in völligem Konsumverzicht. Eine andere darin, die Justiz im Wege von Amtshaftungsklagen in Anspruch zu nehmen. Ich selbst erstritt vor einigen Jahren einmal vor dem Zivilgericht Schadenersatz, da der damalige Anstaltskaufmann nur viel zu teure Schreibwaren anbot; da mir die JVA keine preisgünstigere Bezugsquelle

genehmigen wollte, musste das Land die Differenz zwischen Anstaltskaufmann und günstigerer Bezugsquelle ersetzen. Der Rechtsstreit dauerte Jahre und beinhaltete auch Versuche der Anwaltskanzlei die das Land vertrat, den Kläger (mich) schlicht zu diffamieren.

Wer daran denkt über das Wettbewerbsrecht (Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung) dem Kaufmann beikommen zu wollen, der stößt auch auf Schwierigkeiten. So teilte das Bundesministerium für Wirtschaft (Anschrift: 11019 Berlin; Az.: IB1-999 813) am 14.07.2009 mit, dass Monopole nicht per se verboten seien, jedoch dürfe ein Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung nicht missbrauchen. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Postfach 10 34 51; 70029 Stuttgart; Az.:1-4453.89/23) ließ am 8.09.2009 wissen, dass es nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage nicht davon ausgehe, dass ein Anstaltskaufmann in einer JVA eine marktbeherrschende Stellung im Sinne von §19 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen inne habe. Dieses Gesetz knüpfe an das Vorhandensein eines Marktes an; dieser liege dann nicht vor, wenn die Wirtschaftssubjekte nicht grundsätzlich autonom seien.

Das heißt, verständlich formuliert, zwar dürfen Gefangene einkaufen, jedoch nur unter den wesentlichen Einschränkungen des Strafvollzugsgesetzes. Dies schließt dann aus, dass es sich dabei um einen Markt im Sinne von §19 GWB handle. Und wo kein Markt, dort auch keine marktbeherrschende Stellung.

In einem Buch des in den USA seit 22 Jahren in Haft sitzenden deutschen Diplomatensohns Jens Söhring, beschreibt dieser die dortige Situation: auch dort gibt es Gefängnisse in denen Firmen ein Monopol inne haben. Und genau die selben Firmen, so berichtet er, die in anderen Bundesstaaten kein Monopol haben, sondern wo Gefangene sich aussuchen kön-

nen bei wem sie etwas bestellen, bieten ihre Waren dort bis zu 40% billiger an, als in Anstalten, in welchen sie das Monopol haben. Nichts anderes passiert in Deutschland und die Firma Massak ist nur ein Beispiel von mehreren.

2.) Hungerstreik in Bielefeld

Die junge Welt berichtete am 04.Juli 2009 von einem Hungerstreik in der JVA Bielefeld aus Protest gegen eine ausgefallene Sportstunde. Eine Anfrage beim Justizministerium Nordrhein-Westfalen vom 27.07.2009 brachte nicht wirklich Erhellendes zu Tage, denn das Ministerium verweigert den Zugang zu einem Vorlagebericht der JVA Bielefeld. Lediglich auszugsweise übermittelte am 29.09.2009 das JM einen Vermerk der zuständigen Referatsleiterin im JM vom 03.07.2009 wo es heißt, der Hungerstreik habe von Montag, dem 29.Juni bis Mittwoch, 01.Juli andauert. Teilgenommen hätten sechs Gefangene das Haus 6, einem besonders gesicherten Haftbereich mit 14 Haftplätzen, der über einen eigenen Hof verfüge.

3.) „Vorsicht Steinschlag“

Offenbar um sich vor Schadenersatzklagen von Gefangenen zu schützen, hängte die Bruchsaler Haftanstalt im Hof an die Außenmauer Schilder „Vorsicht Steinschlag“. Die Mauerkrone ist schon etwas brüchig und bevor von Steinen getroffene Gefangene das Land in Regress nehmen, hängte man die Schilder auf. Nun haben die Gefangenen die Wahl: nehmen Sie den Steinschlag in Kauf und spazieren ihre Runde auch an der Mauer vorbei, oder halten sie sich von der Mauer fern. Ein völliger und plötzlicher Zusammenbruch der Mauer ist -leider- nicht zu erwarten.

Monopole und Hungerstreiks im Knast

Wer im Knast sitzt unterliegt nicht nur der Beschränkung seiner räumlichen Bewegungsfreiheit, sondern beispielsweise auch Einschränkungen wenn er oder sie etwas kaufen möchte. Darum soll es gleich im Anschluss gehen. Danach berichte ich noch kurz über einen Hungerstreik in der JVA Bielefeld von Juni 2009, sowie die „Vorsicht-Steinschlag“-Schilder in Bruchsal's Gefängnis.

1.) Monopole im Gefängnis

Gefangene dürfen aus einem von der Haftanstalt vermittelten Angebot Nahrungs- und Genussmittel sowie Mittel zur Körperpflege kaufen (vgl. §22 Strafvollzugsgesetz). Die bedeutet, die Anstalt beauftragt einen Händler mit der Bereitstellung des Angebots, ggf. Belieferung der Gefangenen via Listeneinkauf. Im ersteren Fall befindet sich in den Räumen der JVA ein kleiner Laden und Gefangene können vor Ort die Waren die sie gerne kaufen möchten aussuchen, im zweiten Fall erhalten sie nur eine Waren- und Preisliste, sie bestellen was sie benötigen und erhalten einige Tage später fertig kommissioniert einen Korb mit den Artikeln.

Bei alledem ist ein Problem in nahezu jeder Haftanstalt zu be-

Neoliberalismus im Knastsystem - eine Rezension

Dieses Jahr erschien in deutscher Übersetzung das erstmals 2004 in Frankreich publizierte Buch „Bestrafen der Armen - Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit“ des in Paris und in den USA lehrenden Professors Loic Wacquant.

Die knapp 360 Seiten starke Analyse der straffixierten Wende in der Strafrechtspolitik gehört in jeden Bücherschrank eines an kritischer Auseinandersetzung mit Strafvollzug, Knastpolitik und Strafrechtsverschärfungen interessierten Menschen.

Schon im Vorwort bringt der Autor es auf den Punkt, wenn er das „Law-and-Order-Karussell“ anklagt, für die Kriminalität das zu sein, was die Pornografie für die Liebesbeziehung sei, nämlich „ein die Realität bis zur Groteske entstellender Zerrspiegel, der das delinquente Verhalten aus dem Geflecht der sozialen Beziehungen (...) künstlich herauszupft, seine

Ursachen und Bedeutungen bewusst ignoriert“ um dabei der Kriminalitätsfurcht ebenso Nahrung zu geben, wie von ihr zu leben (a.a.O., S.13-15).

In 10 Kapiteln unterzieht Wacquant im Speziellen die Politik in den USA und Frankreich einer ebenso scharfen wie treffenden Analyse, was „Elend des Wohlfahrtsstaats“ und „Größe des Strafrechtsstaats“, wie zwei Teil-Überschriften lauten, angehen. Das Elend und Ende des Wohlfahrtsstaats ist nach Ansicht des Buchautors eng verknüpft mit der Hyperinflation der Anzahl der Gefängnisinsassen und der Strafrechtshysterie. Auf S. 117 weist Wacquant exemplarisch nach, wie im Rahmen einer Wohlfahrts-„Reform“ 1996 in den USA im vorhergehenden politischen Diskurs, wie auch im Gesetzestext selbst, beispielsweise „allein erziehende arme Mütter in aggressiver Form nicht als bedürftig, sondern als deviant charakterisiert, als eine Problemgruppe, deren Integrität (...) suspekt ist und deren angebliches Arbeitsvermeidungsverhalten dringend der Korrektur durch Ausschluss, Zwang und moralischen Druck

bedarf“ diffamiert wurden. Also mit Techniken unter Druck gesetzt wurden, die “typisch für die Verbrechensbekämpfung sind.”

Erklärte Absicht des Autors ist es (a.a.O., S.18f) die “veränderten Aktivitäten der Polizei, der Gerichte und insbesondere der Gefängnisse” aufzudecken, die “speziell auf das Management der `Problemgruppen` ausgerichtet sind, die in den unteren Regionen des sozialen und städtischen Raums hausen”.

Loic Wacquant will die Aufmerksamkeit der LeserInnen seiner Studie “auf den Zusammenschluss von Sanktionen im Strafrechts- und Kontrolle im Sozialhilfereich zu einem einzigen Apparat der kulturellen Vereinnahmung und Verhaltenskontrolle von marginalen Populationen” lenken.

Viele Zahlen lassen sich dem Buch entnehmen; auch wenn keine ganz aktuellen Werte vorliegen, so schmälert dies nicht ansatzweise die Kraft der Aussagen Wacquants.

Im Jahr 2000 standen 3% der Gesamtbevölkerung der USA unter staatlicher Überwachung oder Kontrolle (a.a.O.; S.149); immerhin jeder 20. weiße und jeder 10. schwarze männliche Erwachsene saß entweder im Knast, oder stand unter Bewährungsaufsicht. Instrukтив auch die Darstellung der wirtschaftlichen Macht und des Einflusses des Gefängnisystems: der Strafvollzugssektor stellt den drittgrößten Arbeitgeber in den USA, noch vor Ford (371.000 Beschäftigte), vor General Motors (646.000) oder UPS (336.000), mit ca. 708.000 Beschäftigten (a.a.O. S.171).

Wurden 1980 noch 50% mehr Gelder an allein erziehende arme Mütter ausgegeben, als Gelder für Knäste, drehte sich 1993 dieses Verhältnis um; und schon 1995 wurde 2.3 mal soviel Geld für den Strafvollzug ausgegeben als für bedürftige Mütter.

Diese und noch viel mehr Zahlen und Fakten, gut und umfangreich belegt, lassen sich in der Studie finden. Am beklemmsten fand ich die Schilderung seines Besuchs “in der größten Strafkolonie der freien Welt” (a.a.O., S.161), in Los Angeles, wo 23.000 Gefangene in sieben Anstalten leben (1980 waren es noch 9.000 Menschen hinter Gittern).

Gefängniswärter auf Motorrädern ...

Wer sich mit den Aktivitäten der Gefängniswärter und Bediensteten beschäftigt, der stößt auf die sonderbarsten Blüten.

So gibt es schon seit Jahren Zusammenschlüsse von Wärtern und anderen Gefängnisbediensteten, die Motorradfans sind. In Rockermanier organisieren sie sich mit hierarchischer Struktur (Präsident, Vize-Präsident etc.) und entsprechenden Namen, Logos und Aufhängern für ihre Kutten (= Motorradjacken).

Wer sich gerade die Logos näher ansieht, kommt nicht umhin, Bezüge zu (neo)nazistischen Hintergründen zumindest nicht

Wie weiter oben dargestellt, zielt die Studie jedoch viel weiter als in der bloßen Wiedergabe der Zahlen; vielmehr ordnet sie die Entwicklungen im Bereich Strafvollzug/Strafverfolgung ein in die (zunehmende) Verfolgung der unteren sozialen Schichten. Ausdrücklich lehnte der Autor es jedoch ab, seinem Buch den Mythos eines “von übel wollenden und allmächtigen Staatsmännern verfolgte(n), bewusste(n) Plan zugrunde” zu legen (a.a.O. S.19). Er betont ausdrücklich, dass nichts von alledem was er beschreibt und aufdeckt “von schicksalhafter Notwendigkeit” ist, sondern stets “andere historische Wege” offen stehen, “wie schmal und wie unwahrscheinlich sie auch sein mögen” (a.a.O. S.19)

Für ihn ist das Gefängnis der heutigen Prägung ein Ersatzghetto, wie auch ein Mittel zur Abschöpfung von Wirtschaftskraft und zur sozialen Ächtung. Scharf geht er mit den völlig überschießenden gesetzlichen Entwicklungen in den USA im Umgang mit entlassenen Sexualtätern um (a.a.O., S.219ff), wohlwissend wie emotional besetzt dieses Thema ist.

Was das Buch bedeutend macht, ist der systemübergreifende Ansatz Wacquants, der aufzeigt, wie der Neoliberalismus nicht nur die sozialen Sicherungssysteme und den “Wohlfahrtsstaat” ergreift, sondern geradezu als integralen Bestandteil das Gefängniswesen benötigt. Deshalb schadet es auch der Studie nicht, wenn dort überwiegend Zahlen aus den USA oder Frankreich referiert werden, denn die zentralen Entwicklungslinien in USA wie Europa sich in zu vielen Punkten.

Alles in allem ist es eine ebenso gelungene wie wichtige Analyse, die auch dazu beitragen kann eigene Argumentationsstrukturen bei der Bekämpfung des Gefängniswesens zu untermauern und zu unterstützen.

Bibliografische Angaben:

Loic Wacquant, “Bestrafen der Armen- Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit” erschienen 2009 im Verlag Barbara Budrich, ISBN 978-3-86649-188-5, Preis: 29,90 Euro.

für unmöglich zu halten.

Harmlos noch das Logo der Heimsheimer (Baden-Württemberg) Motorradfreunde: „Jail Riders“, dazu ein stilisiertes Bild eines Motorradfahrers, der durch eine Gefängnismauer bricht. Dann gibt es die „Jail House Heroes Celle“ (Niedersachsen), die „Motorradgruppe Wolfenbüttel“ aus Niedersachsen, letztere führen ein Wolfsgesicht im Logo.

Gewagter schon das „Jail Riders Rollkommando Wiesbaden“; hierzu muss man wissen, dass in der Gefängnisprache ein „Rollkommando“ einen Trupp prügelnder Wärter darstellt, die Gefangene misshandeln. Insofern ist der Begriff durchaus zweideutig.

Eher etwas naiv das Logo der „Jail-Riders Hamburg“; ein

Gesicht hinter einem Gefängnisgitter, das weit gespreizt ist (www.jailridershh.de).

Die Kasseler Wärter mit Motorrad haben sich zusammengeschlossen im Motorradclub „Key Warrior Kassel“ (Key Warrior offenbar in Anspielung auf den Umstand, dass Wärter die Schlüsselgewalt inne haben in den Knästen).

„Haft-Kraft Kiel“ lässt Assoziationen an „Kraft durch Arbeit“ zu. Relativ unzweideutig jedoch sind Motorradclubs von Vollzugsbeamten, die sich „Odins Vasallen“ nennen oder jenes Chapter namens „Dungeonkeepers Germany“, die in ihr Wappen nicht nur die szenetypische Flagge aus den Farben schwarz, weiß und rot integrierten, sondern zusätzlich zwei indisch-nordische Symbole, die durchaus stilisierte Hakenkreuze darstellen können.

Dresdner Beamte firmieren unter der „Jailhouse Crew Dres-

Rollback im Strafvollzug 2009

Anhand der Vollzugspraxis der Justizvollzugsanstalt (= JVA) Bruchsal kann exemplarisch verfolgt werden, wie im Verlauf der letzten 15-20 Jahre erreichte Standarts beschnitten werden - eine Bereitschaft der Inhaftierten sich zu wehren ist kaum zu bemerken.

Einschnitte im Alltag sind oft scheinbar nur marginal, so wie Anfang des neuen Jahrtausends, als in der JVA Bruchsal urplötzlich der Kauf von Pepperoni und Mohnstreuselkuchen verboten wurden. Gefangene deren Warensortiment sowie so Restriktionen erheblichen Ausmaßes unterliegt, erlebten dieses Kaufverbot als schikanös, dabei brachte die JVA vermeintlich “gute Gründe” in Anschlag. Nach zig Jahren und ohne konkreten Anlass fiel der Anstaltsleitung plötzlich auf, daß Pepperoni getrocknet und pulverisiert eine potenzielle Waffe darstellen könnte. Und der Mohnstreusel könnte als Ausrede für Drogenkonsumenten dienen (denn die Urintests zur Bestimmung des Drogenkonsums sprechen auf Abbauprodukte des Speisemohns ebenso an, wie auf “echte” Opiatabbauprodukte).

Vor knapp 20 Jahren waren in Bruchsal's Zellen Computer erlaubt - aber je weiter die PCs in der freien Welt um sich griffen, um so stärker wurden die Besitzrechte in der JVA eingeschränkt, bis am Ende kein Gefangener mehr einen Computer genehmigt erhielt und langjährig in Besitz befindliche (und auch privat finanzierte Rechner) aus den Zellen entfernt wurden. Alles unter dem Label “Sicherheit und Ordnung”. Auf den Computern könnten sicherheitsrelevante Informationen gespeichert werden, und das Vollzugspersonal besitze weder die Kenntnisse, noch die Fähigkeiten die Rechner adäquat zu kontrollieren.

Verboten wurden Torten mit Styroporring, Spielzeuge für Kanarienvögel/Wellensittiche, sogenannte “Bastelgenehmigung-

den“, ebenfalls in den typischen Farben schwarz-weiß-rot und Frakturschrift.

Laut der Webseite der Heimsheimer Jailriders (www.jailriders.de) ist für den 02. - 04. Juli 2010 ein bundesweites Treffen in Düsseldorf geplant.

Die „Kerkermeister NRW“ (www.kerkermeister-nrw.de) absolvieren auch mal Treffen mit anderen Motorradclubs und führen dann einen „Germanischen Fünfkampf“ (u.a. offenbar bestehend aus Tauziehen und „Häuptling tragen“) und anschließend Strip-Club-Besuch auf St. Pauli durch.

Es dürften kaum Zweifel an der Gesinnung von Beamten im Justizvollzug bestehen, die sich unter Flaggen mit den Farben des deutschen Reichs „schwarz-weiß-rot“ oder stilisierten Sonnenrädern (alias Hakenkreuz) zusammen finden.

gen“ (früher durften Gefangene in ihren Zellen umfangreiche Bastelmaterialien besitzen) werden nicht mehr bewilligt, die Einkaufsmöglichkeiten wurden beschnitten: konnte man früher “Stadteinkauf” machen, d.h. man bestellte Artikel die dann durch Dritte in der Stadt besorgt wurden. Verboten. Der Sichteinkauf (dabei ging man in einem Verkaufsraum im Keller der JVA an einem supermarkähnlichen Regal vorbei und suchte aus, was man kaufen wollte), wurde ersetzt durch “Listeneinkauf” (eine Woche vor dem Einkaufstag muss man eine Bestellliste abgeben und erhält die Bestellung fertig in einem Korb gepackt). Die Möglichkeit sich bei Versandhändlern Kleidung zu kaufen oder Sportschuhe bei einem Vollzugsbeamten der für den Sport zuständig ist wurde eingeschränkt, bzw. letzteres ganz verboten.

Ab November 2009 wird den Gefangenen verboten sich in andere Abteilungen der Anstalt zu begeben als ihres eigenen Unterkunftsbereichs (die JVA besteht aus 4 sogenannten Flügeln, sprich Trakten und bislang durfte man andere Gefangene in deren Trakten besuchen, dies wurde jetzt untersagt und Verstöße werden mit Disziplinarmaßnahmen geahndet). Einschränkungen und Kürzungen bei den Vollzugslockerungen gab es ebenfalls (und werde angesichts drohender Mittelkürzungen für 2010 und 2011 ausgeweitet werden).

Diese Aufzählung ist nicht abschließend, sondern ließe sich um diverse weitere Punkte ergänzen. Durch die Verteilung der Maßnahmen über die Jahre verhindert die JVA recht wirksam, daß es zu einem Gefangenenaufstand kommt, denn jede Verfügung für sich genommen erscheint mehr oder weniger marginal (von Ausnahmen abgesehen), aber in der Summe ist die Verschärfung des Klimas und der Haftbedingung unübersehbar.

Nicht zu vergessen die effizientere Nutzung der Gefangenen und ihrer Arbeitskraft; wobei dies kein Bruchsal'ser Spezifikum darstellt. Systematisch werden Arbeitsposten in der Lohngruppe herabgestuft, Prozente für gute Leistungen ge-

strichen oder gekürzt, ohne daß etwa die Leistungen schlechter geworden wären - aber es herrscht der Rotstift. Konnten früher die Betriebsleiter recht freihändig Leistungszulagen verteilen, so darf heute im Durchschnitt nicht mehr als 7,5% (statt der 30% vorgesehenen!) ausgeschüttet werden. Sprich der Wettbewerbsdruck unter den Gefangenen wird erhöht, denn wenn jemand 10% Zulage möchte, muss jemand anderes 2,5% Punkte gekürzt erhalten, um auf den Durchschnitt von 7,5% zu kommen.

Als wäre dies nicht genug, müssen die nun weniger verdienenden Gefangenen ab 2010 auch für ihre Besuche beim Anstaltsarzt zuzahlen, ebenso für Medikamente (freie Arztwahl gesteht man ihnen nicht zu). Konnten Freunde oder Angehörige den Inhaftierten drei Mal im Jahr eine kleine Freude machen durch ein persönliches Lebensmittelpaket, entfällt diese Geste ab 01.01.2010 völlig! Angeblich sei der Aufwand für die Kontrolle der Pakete zu hoch.

Angesichts der reduzierten Lebenswelt von gefangenen Menschen, werden diese durch jeden Einschnitt ungleich härter getroffen als Menschen in Freiheit. Trotzalledem gibt es jedoch - bedauerlicherweise - kaum Bereitschaft gegen die Verschärfungen zu protestieren; selbst legalistische Möglichkeiten wie Beschwerde und Klage vor Gericht werden kaum ergriffen; von weitergehenden Protestaktionen ganz zu schweigen.

Resignation und Einschüchterung sind die beherrschenden Affekte. Der eine will sich nicht die vorzeitige Freilassung durch Abschiebung in sein Heimatland "versauen", der andere nicht eine mögliche Unterbringung im Offenen Vollzug (die er erhofft und oftmals dann dennoch nicht gewährt bekommt) gefährden.

Gibt es gar keine "Fortschritte"? Ja, heute darf jeder Gefangene einen eigenen Fernseher besitzen und in Bruchsal auch eine Playstation I oder II, einen DVD-Player und CDs. Das war es dann auch schon an "Errungenschaften" (die zudem gerichtlich erstritten werden mussten). Letztlich führen diese modernen Unterhaltungsmedien tendenziell eher zur Vereinzelung und Entsolidarisierung; ungezählt die Inhaftierten die vor dem Fernseher sitzen und abgekoppelt von der Realität in Filmen und Spielwelten leben, sich so vielleicht auch betäuben um den Alltag hinter Gittern auszuhalten.



Frankreich: Aktionen gegen den Knast und seine Welt

Von Oktober bis November wurden mehrere Aktionen gegen den Knast und seine Welt in Frankreich unternommen, worüber hier kurz berichtet werden soll.

Am 11. Oktober fand eine spontane Demonstration in Poitiers statt, die sich gegen die Verlegung der Gefangenen in den neu gebauten Knast von Vivonne richtete, sowie gegen alle Formen der Einsperrung.

Über 300 maskierte Personen setzten sich aus einem Straßensfestival heraus in Bewegung und ließen Feuerwerk explodieren, sowie Rauchbomben. Mehrere Geschäfte und Banken wurden angegriffen und ihre Schaufenster verloren ihre Integrität, Schriftzüge wurden gesprüht. Im speziellen wurde ein Laden der französischen Unternehmensgruppe Bouygues angegriffen, aufgrund deren Beteiligung am Bau des neuen Knastes. Dabei wurde ein Mitarbeiter verletzt und die Polizei wurden auch angegriffen. Später nahm diese 18 Personen fest.

In der Region Paris gab es Anfang November eine Woche lang Aktionen gegen die Knäste. Am 3. November wurde das spanische Tourismusbüro angegriffen. Die Fensterscheiben wurden eingeworfen und Graffiti gesprüht: „Nieder mit der staatlichen Folter und den lebenslänglichen Strafen“ und „Mörderische Macht“. Die AngreiferInnen wollten die Beibehaltung der Folter als normale Maßnahme gegen Menschen, die sich an sozialen Konflikten beteiligen, thematisieren und das Verschwinden von Jon, einem Militanten der ETA, der seit sieben Monaten verschwunden ist. Dafür wird die Guardia Civil von der baskischen radikalen Linken schuldig gemacht, denn sie hätten ihn bis zum Tod gefoltert und dann irgendwo in Frankreich begraben. Die Solidarität mit Amadeu Casellas wurde auch thematisiert, „gegen alle Staaten und alle Formen der Einsperrung. Freiheit für alle“ wurde in der Erklärung geschrieben. Außerdem wurden die Privatwohnungen einiger Profiteure des Knastsystems besucht und dort Schriftzüge hinterlassen.

Am 5. November wurden in Paris mehrere Aktionen durchgeführt. Die Schaufenster einer Filiale von Bouygues wurden eingeworfen und ein Graffiti - „Knastkonstruktoren“ - hinterlassen, um die Verachtung gegen diese Firma, die an der Errichtung von Knästen beteiligt ist, zu zeigen. Am selben Abend wurden die Reifen von zwei Transportern der Firma ISS plattgemacht, um einen Beitrag im Kampf gegen die

Knäste und den Neubau der Abschiebeknäste in Steenokkerzeel (Belgien) zu leisten. Diese Firma beutet illegalisierte MigrantInnen in Frankreich aus und verwaltet die Müllentsorgung innerhalb der belgischen Abschiebeknäste. „Feuer den Knästen und diejenigen, die an ihnen dick werden, können abkratzen“, hieß es in einer Erklärung dazu.

Außerdem wurde die Hochschule Theophile Gauthier besucht: die Tür des Haupteingangs wurde mit Hilfe eines Schlosses zugesperrt, Graffiti wurden gesprüht und Plakate geklebt wie zum Beispiel: „Passt auf, hier werden die zukünftigen Bullen ausgebildet“. Denn diese Schule ist auf die Ausbildung von Schießern und Bullen spezialisiert.

Am 8. November fand in Paris eine Demonstration statt, an welcher sich bis zu 1.000 Personen beteiligten. „Unsere Gesellschaft ist ein Knast. Lasst uns die Fesseln brechen“ hieß es auf einem Transparent. Die Polizei trat sehr massiv auf. Am gleichen Abend fanden wieder mehrere Aktionen statt. Dem Unternehmen Eiffage, welches auch an der Errichtung von Knästen beteiligt ist, wurden zwei ihrer Maschinen auf einer Baustelle mit Hilfe von Zucker im Tank sabotiert. Der Schriftzug „Eiffage baut Knäste, um die Armen einzusperren. Lasst uns Eiffage sabotieren.“ wurde hinterlassen. Das kriminologische Institut wurde mit Schriftzügen besprüht: „Feuer den Knästen“, „Der Staat und sein Recht können abkratzen“. Die IOSIS (ein Unternehmen, welches auch Knäste baut und renoviert) wurde mit „IOSIS arbeitet für die Einsperrung. Freiheit für alle!“ verschönert. Dem Geschäft Orange, das Geld durch Knastarbeit erbeutet, wurden die Fenster eingeschlagen und der Schriftzug „Ausbeuter der Gefangenen“ hinterlassen.



Solidarische Aktionen in Chile und Argentinien mit den kämpfenden Gefangenen

Zwischen dem 16. und 23. November hatten anarchistische GenossInnen aus Chile zu einer internationalen Aktionswoche in Solidarität mit den eingesperrten Gefährten in den chilenischen Kerkern und gegen alle Knäste aufgerufen. Während dieser Zeit liefen einige Aktionen, die wir hier teilweise dokumentieren. Die Berichte haben wir hauptsächlich den Webseiten www.hommodolars.org und www.liberaciontotal.entodaspartes.net entnommen, die wir sowieso für spanisch-sprechende Menschen mit Internetzugang empfehlen wollen. Außerdem wurde während dieser Woche ein Buch veröffentlicht in welchem Texte von Mauri zu finden sind (siehe den Beitrag von Gabriel in dieser Entfesselt). Wir erinnern daran, dass Mauri im letzten Mai der Tod traf als er einen Sprengstoffanschlag auf eine Polizeikaserne verüben wollte. Seitdem wurden viele direkte Aktionen ihm gewidmet, um an einen im Kampf gestorbenen Genossen nicht nur durch die Trauer zu erinnern.

Die aus Chile stammenden anarchistischen Genossen Marcelo und Freddy sitzen weiter in Argentinien in Haft, momentan sind sie von der Auslieferung an Chile bedroht. Diego Rios, der beschuldigt wurde einige Anschläge begangenen zu haben, ist immer noch untergetaucht - seit Ende Juni 2009. Er veröffentlichte vor kurzem einen dritten Brief (den zweiten findet ihr in der letzten Entfesselt, den neuen dann in der nächsten Ausgabe), und zwar genau während die Solidaritätswoche stattfand, um einige Überlegungen zum Knast und den anarchistischen Kampf beizusteuern und um zu zeigen, dass auch die Klandestinität die Beziehungen mit dem Kampf nicht brechen kann.

ABC Berlin

Anschlag auf den Frauenknast in Santiago

Am 11.11. wurde ein Sprengstoffanschlag auf den Frauenknast in Santiago verübt. Ein selbstgebastelter Sprengkörper explodierte vor dem Knast. In der Erklärung heißt es: „...wir möchten die staatliche Isolation durch eine kleine solidarische Aktion brechen, die für unsere gezeißelten GenossInnen forciert wurde...Mit dieser Aktion schicken wir unsere Grüße an die GenossIn Flora Pavez, an die Genossen Axel Osorio, Marcelo Dotte, Esteban Hulniguir, Matias Castro und Pablo Carvajaval; unsere Grüße gehen auch an die GenossInnen, die von dem Staat als Geiseln in anderen Teilen der Welt gehalten werden: an Gabriel Pombo da Silva und Marco Camenisch und alle gefangenen GenossInnen des sozialen Krieges...“

Argentinien – Sprengstoffanschlag gegen die Banco Ciudad

Teile der Erklärung:

„Im Morgengrauen des 16.11. haben wir die Banco Ciudad (eine Bank) angegriffen, um unserem Hass auf den argentinischen Staat Ausdruck zu verleihen, weil er in seinen Kerkern die aus Chile stammenden (Genossen) politischen Gefangenen Marcelo Villarroel und Freddy Fuentavilla einsperrt, und zwar im Unidad N 11 in Neuquen seit März 2008... Freiheit für Marcelo Villarroel und Freddy Fuentavilla!

Revolutionäre Zelle Marco Ariel Antonioletti*“

* ein Genosse aus der lautarischen Bewegung, die am 16.11.90 von der Polizei ermordet wurde.

Kundgebung vor dem Knast in Santiago

Am 18.11. im Rahmen der Aktivitäten der internationalen Woche in Solidarität mit den Gefangenen des chilenischen Staates wurde eine Kundgebung vor dem Knast Santiago 1 organisiert. Rund 50 AnarchistInnen waren anwesend. Flugblätter wurden verteilt, Parolen gerufen und Graffiti auf die Knastmauern gesprüht. Danach kamen sofort die Schließer raus, um ihre Folterkammer zu verteidigen, sie wurden allerdings mit vielen Steinen und großen Knallfröschen begrüßt. Zumindest in diesem Moment konnten die Schließer den Zorn auf die Vernichtungslager spüren. Kurz darauf verschwanden die GenossInnen in die umliegenden Straßen, 19 von ihnen wurden von der Polizei festgenommen.

Anschlag auf eine Kirche in Santiago

20.11. „Eine der Ikonen der Knastgesellschaft brennt in den Flammen. Ein Sprengkörper mit Zeitzünder durchbrach das klosterische Schweigen einer Kathedrale in Santa Isabel. Die Rache ist unser Ausdruck, die Unruhe und die Hoffnungslosigkeit wandeln sich in Aktion um. Unsere GenossInnen hinter Gittern können keinen Tag mehr warten.

... Freiheit für jedes Wesen, welches sich hinter Gittern und unter dem Panoptikum der Stadt befindet.

Einen brüderlichen und kriegerischen Gruß an diejenigen, die vom Staat als Geisel gehalten werden und weiter in Angriffsstellung bleiben. Ihr müsst wissen, dass wir von dieser Gesellschaft nichts erwarten und dass die Freiheit nur durch

die Zuspitzung des Krieges erreicht wird.

Lasst uns Feuer zu allen Institutionen bringen, die diese Knastgesellschaft unterstützen...lasst das Feuer sich ausbreiten!

Gefangene auf die Straßen“

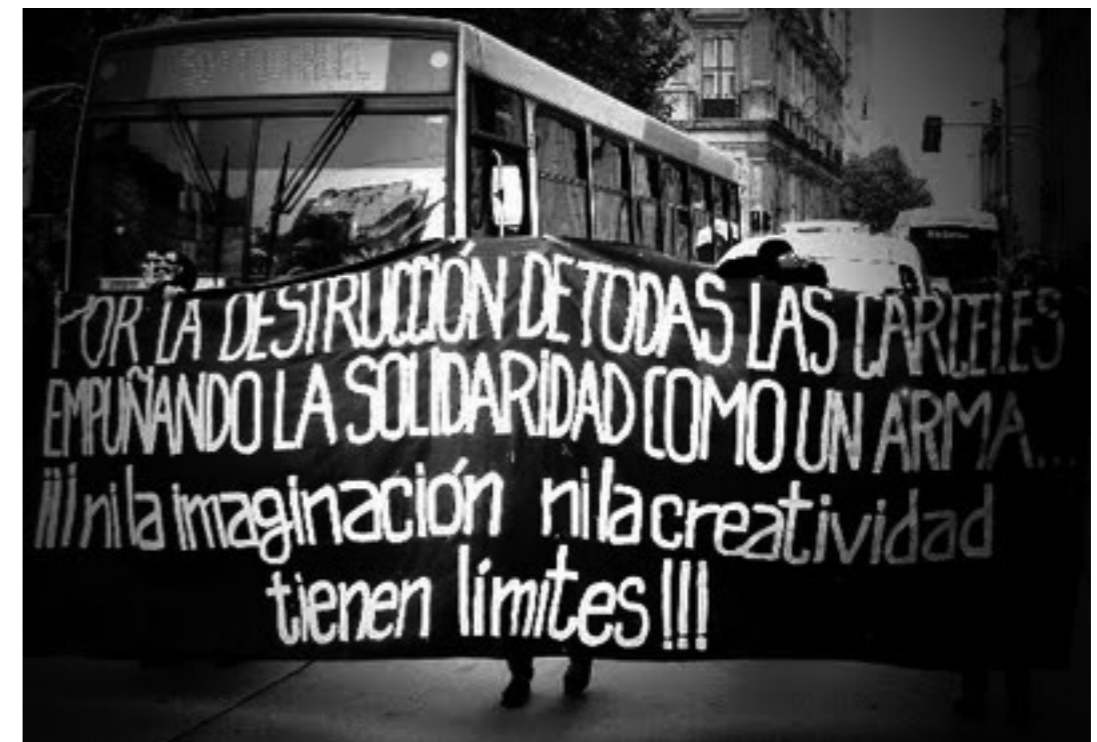
Zelle Rodrigo Orias“

Demonstration in Solidarität mit den Gefangenen in Santiago

Am 20.11. wurde eine Demonstration in Santiago in Solidarität mit den Gefangenen organisiert. Nach der Kundgebung vor dem Knast am 18.11., wo es zu Zusammenstößen kam, ist die Polizei massiv präsent gewesen im ganzen Ort. Die Atmosphäre war angespannt und der erste Treffpunkt, an dem die Demo hätte beginnen sollen, konnte aufgrund dessen nicht wahrgenommen werden. Deshalb gab es einen zweiten Treffpunkt, vor dem Gericht, wo die Straße blockiert, Sprechhöre in Solidarität mit den Gefangenen gerufen und Graffiti gesprüht wurde. Farbbomben wurden gegen eine Statue, die als Symbol der Justiz dient, geworfen. Als die Bullen anrückten wurden sie mit Farbbomben, Flaschen und Steinen begrüßt. Danach wurde die Demonstration aufgelöst, zehn Personen wurden später festgenommen.

Sprengstoffanschlag auf eine Bank

Am 22.11. wurde eine Filiale der Bank BBVA in der Stadt Las Condes mittels eines Sprengstoffanschlags angegriffen. Auf dem Vorplatz wurden die folgenden Schriftzüge gefunden: „Freiheit für die Gefangenen des chilenischen Staates! Gegen Staat und Kapital! Das rebellische Feuer fängt schon an sich zu verbreiten!“



Die Zusammenfassung eines Presseartikels über die Kooperation in Sachen Repression zwischen internationalen Behörden

Chile: Das FBI beteiligt sich am Kampf gegen die AnarchistInnen.

Wie einigen bürgerlichen Zeitungen zu entnehmen ist, hat die chilenische Regierung das FBI um Unterstützung beim Kampf gegen die AnarchistInnen angefragt. Aufgrund der Anzahl an Sprengstoff- und Brandanschlägen, die innerhalb der letzten Jahre unternommen wurden, fühlt sich die chilenische Regierung machtlos.

Bei der angefragten Kollaboration geht es vor allem um zwei Punkte:

Der Informationsaustausch über die Erstellung von Sprengkörpern und über das weltweite anarchistische Phänomen. Im letzten März sind denn sechs Richter und zehn Carabinieri (chilenische Militärpolizei) in den USA beim FBI gewesen zwecks eines Treffens. Dies ist nicht die einzige Kollaboration, die die chilenischen Behörden angefragt hatten, denn es gab im vergangenen Jahr auch Treffen mit den italienischen Behörden, die sich seit mehreren Jahren in einem erbitterten Kampf mit den lokalen AnarchistInnen befinden.

Die Regierung beklagt die mangelnden Erfolge im Kampf gegen die AnarchistInnen, obwohl Christian Cancino seit einigen Monaten in Untersuchungshaft sitzt, beschuldigt einen dieser Anschläge begangenen zu haben. Diego Rios, der vermutlich den Sprengstoff geliefert haben soll, ist untergetaucht.

Eine Chronologie der Solidaritätsaktionen mit dem Hungerstreik des anarchistischen Gefangenen Amadeu Casellas

Während des vergangenen Sommers bis Anfang Herbst unternahm der anarchistische Gefangene Amadeu Casellas erneut einen Hungerstreik, nachdem seine letzten Forderungen, die von ihm gestellt wurden und die Regierung zwang leere Versprechen zu machen, doch ins Wasser fielen. Nach mehreren Monaten brach Amadeu den Hungerstreik ab, aufgrund seines extremen Gesundheitszustandes. Er sitzt seit Anfang der Achtzigerjahre aufgrund mehrerer Bankenteignungen im Knast und kämpft immer weiter. Während seines zweiten Hungerstreiks gab es einen Anstieg der Solidarität von draußen.

Hier dokumentieren wir eine unvollständige Chronologie einiger solidarischer Angriffe für Amadeu und alle kämpfenden Gefangenen. Nebenher gab es eine Vielzahl von Demonstrationen in verschiedenen Städten und Flugblätter und Plakate wurden erstellt.

ABC Berlin

Irgendwann im Oktober: 14 Baumaschinen von ACS (eine Firma, die am Bau von Knästen und Bullenwachen beteiligt ist) wurden mit verschiedenen Mitteln, wie etwa Zucker im Benzintank und kaputten Reifen, sabotiert. „Wir wissen, dass solche Aktionen klein sind und auch dass der Schaden nicht so hoch ist im Vergleich zu den Geldsummen, die solche internationalen Großkonzerne bewegen. Aber die Tatsache, dass mensch beweisen kann, dass ihre polizeiliche Kontrolle nicht funktioniert, dass ihr Eigentum zugänglich ist und die Solidarität sich auf der Straße befindet, ist für uns eine genügende Motivation um weiterzumachen, indem wir die Angriffe multiplizieren.“

Freiheit für Amadeu

Freiheit für alle diejenigen, die kämpfen“

03.09.10 - die Bahnlinie Corona – Santiago – Vigo wurde an zwei verschiedenen Punkten sabotiert und der Bahnverkehr konsequent lahmgelegt.

06.09.09 - die Bahnlinie Vigo – Ourense wurde sabotiert.

16.09.09 - die Bahnlinie Vigo – Ourense-Ponterrada wurde sabotiert.

20.09.09 - ein Brandsatz wird in Ourense vor dem Justizgebäude hinterlassen. Es entsteht geringer Schaden.

23.09.09 - in Ourense wurde eine Barrikade auf der Bahnstrecke errichtet und angezündet, um den Zug nach Madrid

zu stoppen.

In Madrid werden verschiedene Brandsätze vor Gebäuden der PSOE hinterlassen, mit Flugblättern die damit drohen, beim nächsten Mal die Brandsätze anzuzünden, falls die Regierung Amadeu nicht freilässt.

25.09.09 - solidarische AnarchistInnen sabotierten ein Kabel der Bahnlinie Galicia – Barcelona und legen den Bahnverkehr lahm.

05.10.09 - den Bullen wird ein Hinterhalt gelegt, indem brennende Materialien auf die Straße gelegt werden und das erste Polizeiauto mit Steinen eingedeckt wird.

09.10.09 - Sabotage auf die Strecke der Hochgeschwindigkeitsbahn (AVE) zwischen Madrid und Barcelona. Verschiedene Brandsätze werden nahe der Stadt Guadalajara in einer Kabine und auf Stromwandlernkabeln hinterlassen und angezündet.

In Barcelona fand am Nachmittag eine Demonstration statt.

In Vigo werden die Türschlösser und Bankautomaten verschiedener Banken zugeklebt und Graffiti für die Freiheit Amadeus gesprüht.

11.10.09 - das Büro, welche die Personalausweise ausstellt wurde in Barcelona angegriffen.

14.10.09 - drei Banken werden in Valencia angezündet. In Vigo wurde die Bahnlinie Coruna – Santiago – Vigo an zwei verschiedenen Punkten mittels brennender Barrikaden sabotiert. In Compostela werden sechs Brandsätze vor der Baufirma JCB hinterlassen.



15.10.09 - die Türschlösser von zwei Vermietungsbüros und drei Baufirmen werden in Guadalajara zugeklebt.

Mitte Oktober - in Girona werden die Türschlösser aller Gebäude der Generalitat de Catalunya (Katalanische Regierung) zugeklebt und „Freiheit für Amadeu“ gesprüht.

19.10.09 - verschiedene Blockaden werden von AnarchistInnen in verschiedenen Teilen in der Innenstadt von Barcelona organisiert, es beteiligten sich mehrere hundert Menschen und der Verkehr wurde für über eine Stunde lahmgelegt. Danach versuchte die Polizei GenossInnen zu verhaften.

24.10.09 - solidarische Menschen besetzten das Museum des Doms für über eine Stunde, entrollten Transparenten und riefen Parolen für die Freiheit von Amadeu, bis sie bei Eintreffen der Polizei den Ort verlassen.

30.10.09 - die Büros zweier spanischer Parteien, der PSOE (die regierenden Sozialisten) und der IU werden mit roten Farbbomben beworfen und die Schlösser verklebt, sowie „Freiheit für Amadeu“ gesprüht.

In Thessaloniki, Griechenland, wurde ein Brandsatz vor der spanischen Botschaft gezündet. Die „Internationale Kammer für die Verbreitung der revolutionären Gewalt“ übernimmt die Verantwortung dafür.

Kurze Chronik aus Belgien

In dem kleinen belgischen Lande brodelt es schon seit geraumer Zeit. Viele werden von den massiven Agitationen mitbekommen haben, die dort während der letzten drei, vier Jahre die Gefängniswelt drinnen und draussen erschüttert haben. Über die Jahre intensiviert sich eine Dynamik, die sich - kompromisslos und ohne Forderungen - gegen alles richtet was die Einschliessung repräsentiert. Neben Postern und Flyern, die das Gefängnis und die Welt, die es hervorbringt, aus anarchistischer Sicht kritisieren, reichen die Angriffe von Sprayereien bis zu Brandstiftungen. So entsteht jenseits von formeller Organisation eine lebhaft Dynamik, die die Mauern übersteigt.

Trotz einer leichten Beruhigung, scheint die Welle von Aufständen innerhalb der Knäste noch längst nicht abgeflaut zu sein, wie die Zerstörung des Isolationsmoduls in Brügge durch mehrere Gefangene im April dieses Jahres sehr schön zeigte. Fast kein Monat vergeht, ohne dass das Verlangen nach Aufstand und Ausbruch einen Ausdruck findet.

Nun steht der Bau eines neuen geschlossenen Zentrums gleich neben dem alten in Steenokkerzeel [„127bis“] an und beginnt auf schadensträchtige Reaktionen zu stossen. Während bereits etliche Autos von Firmen, die irgendwie involviert sind, in Flammen aufgehen, kriegt die für den Bau des neuen Gefängnisses verantwortliche Baufirma [BESIX] am helllichten Tag Besuch von etwa 20 maskierten Personen, die alles kurz und klein schlagen. Unter anderem werden etliche Ticketautomaten von Firmen für öffentliche Transporte blockiert, wobei auf den Bau des neuen Zentrums und die Kollaboration der Firmen bei Razzien verwiesen wird. Im Verlauf einer Kundgebung vor dem „127bis“ können auch Maschinen auf der neuen Baustelle gleich nebenan beschädigt werden. Als etwas später ca. 150 Personen vor den Gefängnissen in Vottem und Brugge die Tore blockieren, bricht in letzterem ein Aufstand aus, wobei Scheiben

und Gitter beschädigt werden. Anscheinend gelang es sogar einem Gefangenen zu fliehen.

Kursierende Texte machen klar, dass es keineswegs darum geht, in der Partialität eines Kampfes zu versinken, sondern eine Perspektive voranzutragen, die jegliche Formen von Autorität und Ausbeutung in Frage stellt und die Möglichkeiten diese zu Bekämpfen bekräftigt.

Es scheint interessant solche Kämpfe, die nicht nur in Belgien stattfinden, zu verfolgen, aber vorallem sollten sie uns ermutigen, in unserem Kontext eigene Perspektiven und Möglichkeiten zu öffnen, für einen Kampf gegen alles, was uns in der herrschenden Ordnung einsperrt.

Warme Grüsse und Mut an die Gefährten in Belgien und vorallem auch an die Beiden, die seit einiger Zeit in Haft sitzen!

Bis alle Gefangenen frei sind und jegliche Herrschaft begraben...

Nachfolgend eine Chronologie von Ereignissen seit dem August dieses Jahres. Die Informationen wurden von der Seite „www.rookenas.blogspot.com“ übersetzt. Diese Seite existiert auch auf Französisch (www.suieetcendres.blogspot.com) und auf Englisch (www.suieetcendres.blogspot.com/search/label/english).

06.11.2009 - Ein Van der Firma „Valens“ wird in Brand gesteckt. Diese Firma beteiligt sich am Bau des neuen geschlossenen Zentrums.

31.10.2009 - Der Justizminister vermeldet, dass es dieses

Jahr schon mindestens 55 Angriffe auf Firmen, die am Bau von Gefängnissen und geschlossenen Zentren beteiligt sind, auf die Post und Firmen für öffentliche Transportmittel gab. Aktionen die vermutlich dem anarchistischen Milieu zuzuschreiben seien.

31.10.2009 - In diesem Oktober griffen schwarzmaskierte Leute mehrmals Banken und Temporärarbeitsagenturen in Brüssel an.

31.10.2009 - Ungefähr 150 Leute blockierten die Eingänge der beiden Haftanstalten für Immigranten in Vottem und in Brügge. In Brügge bricht im Innern ein Aufstand aus: Die Gefangenen zerschlagen Fenster, versuche Gitter niederzureissen... Die intervenierende Polizei vertreibt die Gefangenen vom Innenhof. Scheinbar konnte ein Gefangener ausbrechen.

26.10.2009 - Ein Gefangener wird in Isolation gesteckt, nachdem er einen Wärter angriff. Nur etwas später werden erneut zwei Wärter von ihm verprügelt.

17.10.2009 - Im Gefängnis von Lantin weigern sich drei Gefangene in die Zellen zurückzukehren. Als die Wärter sie zwingen wollten, wurde einer von ihnen mit einem Messer verletzt.

17.10.2009 - Das Auto eines Wärters des Juvenile Gefängnisses wird stark beschädigt.

16.10.2009 - Etwa 20 maskierte Personen stürmen Morgens das Büro von BESIX. Innerhalb einiger Minuten verwüsten sie das Büro und sprachen Slogans. Acht Personen befanden sich in diesem Moment in dem Gebäude. BESIX baut das neue geschlossene Zentrum in Steenokkerzeel. Die Angreifer zerstörten den Eingangsraum, den Konferenzraum und einige Büros. Dem Receptionist wurde gesagt, dass ihm nichts passieren, wenn er ruhig bleibt. Flaschen mit übelriechender Flüssigkeit wurden auf dem Boden zerschlagen. Computer, Bildschirme, Bilder, etc. wurden zerstört. Es war alles voller Glassplitter. Einer der Eindringlinge schrie: „Das habt ihr davon, wenn ihr Gefängnisse baut.“

13.10.2009 - Ein Gefangener greift in Tournai fünf Wärter mit Scheren an. Er wird für die Innenhofbesetzung von vor zwei Tagen verantwortlich gehalten.

08.10.2009 - Diverse Brände flammen verteilt in der Stadt auf. Container und Paletten auf einer Baustelle der Hochschule, sowie vier verschiedene Autos, wovon eines der Postbank und eines „Fortis“ [auch eine Bank] gehört. Um 03:30 wird ein Verdächtiger verhaftet. Er verweigert jegliche Kooperation.

08.10.2009 - Die faschistischen Studentenorganisationen NSV und KVHV organisieren eine Diskussion an der Hochschule von Gent. Um ca. 23:00 Uhr wird das vorbeifahrende

Auto des Ex-Präsidenten der NSV von Maskierten angegriffen. Etwas später werden zwei Führer der KVHV in einem Laden mit Glasflaschen und Eisenstangen verprügelt. Zwei Stunden später wird auch der Führer der NSV mit Ketten und Flaschen verprügelt.

In der selben Nacht wurde ein Büro der faschistischen Partei „Vlams Belang“ eingefärbt.

08.10.2009 - In einer Schule in Gent wird eingebrochen und Feuer gelegt.

07.10.2009 - Das Justizgebäude in Gent wird mit Steinen und Farbe traktiert. Fünf Scheiben gingen zu Bruch.

05.10.2009 - Ein grosses Jagdhaus der Moens-Familie wird fast vollständig von Flammen zerstört.

05.10.2009 - In Oreya-Remicourt wird eine Hochspannungslleitung durch einige brennende Strohballen sabotiert.

02.10.2009 - In der Nacht wird ein Feuer im Untergeschoss des Friedensgerichtes entdeckt. Das Feuer muss vor dem Fenster ausgebrochen sein und sich dann in das Gebäude ausgebreitet haben. Nur wenige Dokumente wurden beschädigt.

27.10.2009 - Gleich neben dem Flughafen in Steenokkerzeel findet eine Versammlung vor dem geschlossenen Zentrum 127bis und der Baustelle des neuen Zentrums statt. Es waren etwa 50 Personen vor Ort. In dem Zentrum rufen die Leute und schlagen gegen die Gitter, auf einem Banner steht: „Gegen alle Gefängnisse. Lang lebe die Revolte.“ Ab einem gewissen Moment entscheiden die anwesenden Leute durch die Felder zur Baustelle des neuen Zentrums zu gehen. Die Polizei intervenierte noch nicht. Der Zaun wurde niedergedrückt und Farbflaschen auf einige Bagger geworfen, sowie Sand in einige Tanks gemischt. Nun kamen auch die Bullen angegriffen, aber die Protestierenden zogen sich rechtzeitig zurück. Wieder vor dem 127bis intensivierte sich die Stimmung, vor allem von innerhalb des Zentrums. Einige Gefangene versuche die Fenster zu durchbrechen.

Die Demonstration endet etwas später, niemand wurde kontrolliert.

26.10.2009 - Das Auto eines Ex-Polizisten wird in Ronse in Brand gesteckt.

24.09.2009 - In der Nacht von Montag auf Dienstag werden ungefähr 30 Ticketautomaten von STIB [Firma für öffentliche Transportmittel] beschädigt, indem die Schlitzlöcher für die Kreditkarte und das Geld auf verschiedene Art blockiert werden. Hinterlassene Nachrichten verweisen auf den Bau eines neuen geschlossenen Zentrums für Immigranten und auf die Kollaboration der STIB - die während Kontrollen illegale verhaften lässt - mit der Ausschaffungsmaschinerie.

21.09.2009 - In Schaerbeek wird das Auto einer Polizeipatrouille von einer Gruppe maskierter Jugendlicher mit Stei-

nen angegriffen. Die eintreffende Verstärkung wird ebenfalls beworfen und während einer physischen Auseinandersetzung werden zwei Bullen verwundet. Einige Stunden später werden fünf Jugendliche für einige Stunden inhaftiert.

21.09.2009 - Fünf Autos der Post gehen in Flammen auf, wobei auch das dahinterliegende Gebäude der Post stark beschädigt wird. In den Medien wird die Verbindung zu verschiedenen Brandstiftungen an Autos von Politikern und der Firma Denys während des letzten Monats hergestellt. [Die Post verwaltet Bankkonten von Gefängnissen und geschlossenen Zentren. Denys ist eine Baufirma, die sich an der Renovation des Gefängnis in Gent beteiligte]

21.09.2009 - Am Nachmittag betreten zwei maskierte Leute das Ticketbüro von De Lijn [Firma der öffentlichen Transportmittel] und blockieren die Schalter mit Bauschaum. Sie werfen Pamphlete in den Raum, in denen von der Kollaboration von De Lijn bei Kontrollen von Sans-Papiers, von Ausschaffungen und von dem Bau eines neuen geschlossenen Zentrums in Steenokkerzeel gesprochen wird.

18.09.2009 - Ein Jugendlicher wird in seinem Haus von den Bullen verhaftet. Ihm wird vorgeworfen bei den Ausschreitungen in Molenbeek von letztem Dienstag mehrere Bullen ‚verletzt‘ zu haben. Beistehende bemerkten die Verhaftung und antworteten mit Steinen gegen die Bullen. Etwas später machen sich ca. 50 Leute zur Polizeistation auf und beschädigen dort Polizeiautos und die Station selbst. Zwei Fester gehen zu Bruch und zwei Bullen werden verletzt. Etwas später trifft die Polizei mit etwa 150 Riot-Cops, einem Wasserwerfer und einem Helikopter in Molenbeek ein. Die Ausschreitungen dauern von 22:00 Uhr bis 02:00 Uhr an. Neun Bullen werden verletzt, einer davon schwer, als eine Gasflasche vom zweiten Stock auf ihn geworfen wurde. Einige Leute wurden festgenommen. Am darauffolgenden Tag war das ganze Quartier militarisiert und die Polizei in Anti-Riot Ausrüstung omnipräsent. Am späten Abend begannen Leute Ladenlokale und Banken einzuschlagen. Eine Polizeipatrouille wird erneut mit Steinen eingedeckt. Die Spannung bleibt sehr hoch im Quartier.

16.09.2009 - In Leuven werden die Scheiben eines Studentenhauses der religiösen Sekte Opus Dei eingeschlagen. Das Gebäude war bis 2007 besetzt.

06.09.2009 - In dem CIMB [Interkulturelles Zentrum für Reintegration von Ausländern] wird Feuer gelegt. Dieses zerstört Daten und Infrastruktur.

28.08.2009 - Gegen 22 Uhr werden in Molenbeek [Brüssel] die Scheiben einer Polizeipatrouille mit Steinen eingeworfen. Nur etwas später brennt ein Haufen Autoreifen mitten auf der Strasse. Die eintreffende Feuerwehr wird von Jugendlichen ebenfalls mit Steinen eingedeckt. Als die Polizei mit Verstär-

kung [ca. 60 Bullen] eintrifft, werden sie von einer wütenden Gruppe von etwa 100 Maskierten angegriffen, die auch mehrere Autos in Brand steckt. Die Bullen müssen drei mal angreifen, um die Masse zu zerstreuen. Vier Polizeiautos wurden beschädigt. Die Feuerwehr weigert sich zu kommen, um die Feuer zu löschen und die Polizei muss ihre Wasserwerfer verwenden.

In der selben Nacht wurden auch in Anderlecht Bullen mit Steinen und Molotovs angegriffen.

28.08.2009 - Im Gefängnis von Saint-Gilles bricht ein Aufstand aus, nachdem es während dem Hofgang 50 Gefangenen gelingt, die Schlüssel eines Wärters zu entwenden. Bewaffnet mit Steinen und Metallstangen übernahmen sie die Kontrolle in einem Korridor, den sie verbarrikadierten, um anschließend die Infrastruktur zu zerstören. Während der Niederschlagung durch ca. 100 Bullen mit Hunden und Tränengas wird ein Wärter und ein Bulle verletzt.

27.08.2009 - Etwa zwanzig Jugendliche jagen in einer Metrostation in Anderlecht [Brüssels] die Polizei mit Steinen und anderen Wurfgeschossen in die Flucht, als sie gerade eine Identitätskontrolle durchführten.

In der folgenden Nacht werden sie aufgrund von „lauten Nachbarn“ erneut in diesen Stadtteil gerufen. Dort angekommen stellen sie fest, dass der Metroeingang mit Molotov-Cocktails in Brand gesteckt wurde. In der Nähe finden sie weitere Molotovs und Steine. Vermutlich ein Versuch, die Bullen in eine Falle zu locken, wie dies im letzten Monat laut Bullen schon vier mal passierte (z.B. durch Benzin auf der Strasse)

22.08.2009 - Die Frontscheiben des Büros der Faschisten von „Vlams Belang“ in Kortrijk werden eingeschlagen.

22.08.2009 - In der Arbeitswerkstatt des Gefängnisses von Hoostraten fangen aus unbekanntem Grund einige Holzpaletten Feuer. Die Werkstatt befindet sich außerhalb des Gefängnisses und brannte fast völlig aus.

19.08.2009 - Bei einem Café der „Vlams-Belang“ [rechtsextreme Partei] in Roeselare gehen einige Scheiben zu Bruch. Zwei Stunden später kehren die Angreifer zurück und zerschlagen noch die restlichen.

18.08.2009 - Ein Man wird verhaftet nachdem er als Protest gegen eine Identitätskontrolle vier Polizeiautos platt gestochen hat.

18.08.2009 - Etwa 200 Leute beteiligen sich an einer Demonstration, um gegen den Tod von Mekaël Tekin im Gefängnis von Jamioulx zu protestieren.

16.08.2009 - Sieben Lieferwagen der Post stehen in Nossesgem in Flammen.

14.08.2009 - Ein Molotov-Cocktail auf ein Justizgebäude in Brüssel hinterlässt grossen Schaden am Eingangsbereich. An

der Wand steht der Slogan: „Weder eure Justiz, noch euren Frieden“

12.08.2009 - Ein Geldautomat der Post steht in Flammen. In einem Communiqué wird diese Aktion, den Gefangenen gewidmet, die in Saint-Gilles das Büro der Wärter in Brand steckten, sowie jenen, die nach dem Tod von Tekin rebellierten.

10.08.2009 - Auf einem Parkplatz in Brüssel gehen 8 Autos der Firma „Securitas“ in Flammen auf.

09.08.2009 - In Arlon werden sechs Autos der Post in Brand gesteckt. [die Post-Bank verwaltet die Konten von belgischen Gefängnissen und geschlossenen Zentren]

08.08.2009 - Nachdem Tekin bei der Verlegung in eine Arrestzelle in Jamioulx von Gefängniswärtern zu Tode geprügelt wird, halten die Gefangenen den Innenhof bis zur Ankunft der Riot-Polizei besetzt.

08.08.2009 - Bei der Postfiliale in Kessel-Lo wird der Eingang und alle Fenster zerschlagen. An der Mauer steht ein Slogan: „Es leben die Ausbrüche!“. Die Post verwaltet die Bankkonten von Gefängnissen und geschlossenen Zentren.

03.08.2009 - zwei bewaffnete Männer stürmen in den Justizpalast in Brüssel und befreien drei Gefangene, die sich gerade vor Gericht für einen Autodiebstahl verantworten mussten. Während der letzten zwei Wochen gelang es bereits 12 Gefangenen auszubrechen.

03.08.2009 - Während dem Versuch einen Gefangenen aus dem Gefängnis von Lantin in ein geschlossenes Zentrum zu verlegen, um ihn anschliessend auszuschaffen, bricht eine Auseinandersetzung zwischen Gefangenen und Wärtern aus. Der Deportationsauftrag wurde daraufhin abgebrochen.

01.08.2009 - Im Verlauf der vergangenen Woche werden in Arlon an drei Schulen Scheiben eingeschlagen, Tore beschädigt und Farbe verschmiert. Eine vierte Schule, die gerade unbenutzt war, ist vollständig ausgebrannt. Eine hinterlassene Nachricht lautet: „Anarchie im Land der Lämmer, Rebellion im Land der Schaffe.“



Zwei Gefährten sassen im Knast in Belgien

Paolo und Jürgen wurden Mitte Oktober in Belgien festgenommen und inhaftiert. Mittlerweile wurden beide am 2. Dezember verurteilt: Jürgen zu 12 Monaten und Paolo zu sechs Monaten Haft. Im Moment befinden sie sich wieder in Freiheit. Hier einige Texte die erschienen, um über die Situation aufzuklären..

Solidarität mit Jürgen und Paolo!

Wir werden nicht ruhen bis wir unsere Freunde wieder in unsere Armen schliessen können, wie und wann immer wir wollen.

Am 8. Oktober kam Jürgen Goethals nicht nach Hause. Er wurde in der Strasse durch Polizisten festgenommen, vor den Untersuchungsrichter geschleppt und im Gefängnis von Gent (Nieuwe Wandeling) hinter Schloss und Riegel gesteckt.

Am Tage zuvor, war in der toleranten Stadt Gent einmal mehr eine Gruppe Faschisten zu Gast. Wie es scheint, gefällt dies jedoch nicht allen. An verschiedenen Orten äusserten Menschen ihren Unwillen, indem sie an Symbolen dieser kapitalistischen Gesellschaft Schaden zufügten. Etwas später stellte sich heraus, dass Jürgen in Verdacht steht, an jenen Protestaktionen teilgenommen zu haben.

In den darauf folgenden Tagen wurden einige Leute durch Bullen belästigt. Eineinhalb Wochen danach kam es zu einer Hausdurchsuchung bei Paolo Melis. Er wurde dazu aufgefordert sich zwei Tage später bei der Polizei für ein Verhör zu melden. Doch dazu kam es nicht. Als er am darauf folgenden Tag nach Hause kam, lauerten sie ihm auf und nahmen ihn mit. Auch er verschwand in den Kerkern der ‚Nieuwe Wandeling‘.

Am 9. November wurde ihre Festnahme bestätigt und die Akte dem Gericht für Strafverfahren durchgegeben. In zwei bis vier Wochen werden sie vor dem Richter erscheinen müssen.

Wir werden nicht ruhen bis wir unsere Freunde wieder in unsere Armen schliessen können, wie und wann immer wir wollen.

Freiheit für Jürgen und Paolo!
Gegen jede Form von Einschliessen!
Für die Vernichtung von Gefängnissen und deren Welt.

Gent in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober

Splitternde Scheiben, tropfende Farbe. Der gläserne Gerichtspalast durch Vandalen beschädigt. Laut dem Parkett ein zustande gekommener Schaden von zehntausend Euros. Ein Pfeiler der Demokratie in einem Anflug von Raserei angegriffen?

Überall im Zentrum von Gent, lecken zerstörerische Flammen am Plastik von Abfallcontainern, einige geldspuckende Automaten, bestehend zum Komfort des permanenten Konsumenten, werden ebenfalls vom Feuer berührt. Feuerwehr und Polizei müssen in allen Richtungen zur selben Zeit vor Ort sein. Chaos und schrille Sirenen überall.

Schliesslich vermeldet das regionale Fernsehen, dass einige rechte Studenten mit einer, auf physische Weise, demoralisierenden Dosis Kritik traktiert wurden (u.a. hat der Präsident der NSV [nationalistische Studentenvereinigung] einige ordentliche Schläge einzustecken). Am St-Pietersplein organisiert die KVHV (katholisch flämischer Hochstudenten Verband) eine Debatte über den Islam in Europa. Ein Kränzchen rabiater rechter „Demokraten“, worunter Dewinter (Hauptfigur von Vlaams Belang [extrem- rechte flämisch nationalistische Partei]), Dedeker (Hauptfigur der Rechts-Liberalen) und Co. vertritt den einen Standpunkt, während die Islamisten der AEL [arabisch-europäische Liga] als Gegengewicht auftreten. An einem anderen Ort in Gent, in der Hochschule an der Voskeslaan, feiert die NSV (der offiziöse Studentenclub von ‚Vlaams Belang‘) den Beginn des neuen Akademiejahres. Im letzten Jahr organisierte die NSV eine Debatte mit Filip Dewinter als Gastredner. Damals wurde das Universitätsgebäude, indem die Debatte hätte stattfinden sollen, erfolgreich durch Antifaschisten besetzt. Ein Angriff der Faschisten unter Leitung von Führer Filip wurde abgewehrt. Diese Verhinderung des vermeintlichen Rechts der freien Meinungsäusserung für Faschisten, durfte sich auf keinen Fall wiederholen.

Daher wurde in diesem Jahr eine eindrucksvolle Polizeimacht eingesetzt, um den Vorkämpfern der flämischen Demokratie ein ungestörtes Zusammentreffen zu ermöglichen. Da eine Besammlung auf den von ihnen festgelegten Plätzen und Zeitpunkten einzig auf ein Zusammenstoss mit einer blauen Mauer hinausgelaufen wäre, wurde dieses Mal auf eine andere Weise reagiert. So gingen die Partys doch nicht unbemerkt über die Bühne und wurde Gent durch einen spontanen und launischen Ausbruch von Chaos aufgeschreckt.

Der politische Aufmarsch von extrem Rechts in Flandern ist kein Zufall. Die Tatsache, dass faschistische Organisationen wie die NSV und auch die NSA (neue solidaristische Alterna-

tive) in Gent (und Flandern) schon bald freie Hand haben und durch die Ordnungsdienste in übereifrigem Masse beschützt werden, hat tiefer liegende Ursachen.

Extrem Rechts bringt allerlei "Probleme" zur Sprache, die keine eigentliche Basis haben. Weltweit ist der Spalt zwischen einer monströsen reichen, kleinen Elite und den Massen, die täglich für ihr Überleben kämpfen, immer tiefer geworden. Die Beschützer dieser Elite dehnen sich überall immer mehr aus, werden immer besser ausgerüstet. Man braucht nur an die farbenfrohen Varianten der Polizei zu denken, die unsere Strassen beschmutzen (graue, violette, schwarze,...jede Uniform mit ihrer eigenen Spezialisierung). Ihre Arbeit umfasst sämtliche Methoden, von der samtene 'sozialen' Herangehensweise, bis hin zur stahlharten Repression.

Der Diskurs von extrem Rechts, der den Islam als Bedrohung der "aufgeklärten" westlichen Welt darstellt, Menschen auf der Flucht vor einem miserablen Bestehen als Parasiten, Arbeitslose als Profiteurs,...beabsichtigt die Aufmerksamkeit, von diesem sich Tag für Tag wiederholenden Krieg von Reich gegen Arm, abzulenken.

Jene Geschichte wird uns durch die Medien überbracht, das Sprachrohr der herrschenden Elite, die unsere Gedanken des weiteren mit "Tittytainment" im Fernsehen und Internet streuen, Gesundheitskult und Ähnlichem. Die öffentliche Meinung von Flandern, scheint sich diesen Diskurs eigen gemacht zu haben. Auch in der Bar lauert der Rassismus hinter jeder Ecke. Die "anderen" sind die Feinde, nicht die Puppenspieler die dieses Theater manipulieren.

Das Nachspiel:

Natürlich sind Justiz und Regierung nicht glücklich mit Äusserungen von Widerstand, wie sie sich in jener Nacht ereigneten. Laut einer öffentlichen Meinung, dominiert durch rechte Akteure, müssen Köpfe rollen. In der selben Nacht wird eine Person, verdächtigt von mehreren Brandstiftungen, festgenommen. Zwei Wochen später wird eine weitere Person, unter Verdacht von ungefähr den selben Taten, verhaftet.

Brief von Paolo

Liebe Leute,

Am 25. 10. 2009, um 7. 50 Uhr wurde ich, während ich mit meinem Hund spazieren war, von drei Mitglieder der LRD, der Ländischer Recherche Dienst, umzingelt. Ich musste mit auf ihr Büro um dort verhört zu werden. Hinter einer Ecke wartete eine spezielle Intervention-Einheit in einem Kombi mit getönten Scheiben, falls ich Widerstand leisten sollte. Die Fuckers liessen mir nicht einmal die Zeit mich von meiner Tochter ruhig zu verabschieden, die das Haus in diesem Moment verliess um zur Schule zu gehen. Am Tage zuvor hat dieselbe Einheit, während meiner Abwesenheit, eine Hausdurchsuchung in meiner Wohnung durchgeführt. Dabei wurde mein Laptop beschlagnahmt und eine ganze Reihe Fotos

von u.a. politischen Postern und ähnlichem gemacht. Auf dem Büro wurde ich über mein Alibi für die Nacht vom 6. auf den 7. Oktober befragt, wozu noch ein ganzer Haufen Fragen über Natel-Nummern und einen Freund kam. Anscheinend habe ein Zeuge habe mich nach einer Fotovorlegung als eine der zwei Personen erkannt, die in jener Nacht einen Container in Brand gesteckt haben sollen. (1)

Nach dem Verhör wurde ich richterlich festgenommen. Um 14 Uhr musste ich vor dem Untersuchungsrichter erscheinen. Dieser beschloss, mich unter Verdacht vorsätzlicher nächtlicher Brandstiftung auf bewegliche Güter, zu verhaften. Ich wurde ins Gefängnis gebracht, wo ich bis Donnerstag Abend abgesondert in einer Zelle sass. Wahrscheinlich um zu verhindern, dass ich mit Jürgen in Kontakt kommen könnte, der bereits seit zwei Wochen mit denselben Anklagen (plus nächtliche Brandstiftung auf bewegende Güter) in Untersuchungshaft sass. Lustig angesichts der Tatsache, dass wir nun bereits seit einer Woche in derselben Zelle sind.

Nach fünf Tagen musste ich vor der Ratskammer erscheinen, wobei der Ankläger sagte, dass ich noch wegen anderen Taten verdächtigt würde. Der Untersuchungsrichter kam an jenem Tag sogar mit neuen Fakten in Verband mit einem Natel, obwohl mein Anwalt gesagt hatte, dass dies am Tage der Erscheinung nicht möglich ist. Also bin ich wütend geworden. (Keine gute Idee in der Ratskammer, haha). Dies und die Tatsache, dass ich weigerte zu kooperieren, war ihnen ein Dorn im Auge: Haft um einem Monat verlängert!

Inzwischen sitze ich seit zwei Wochen drinnen und habe mich an das Gefängnisregime "gewöhnt", soweit das möglich ist natürlich. Man befindet sich da in einer Situation in der der Staat völlige Kontrolle über dein physisches Bestehen hat und dich auch physisch vom Rest der Gesellschaft isoliert. Wo es "draussen" noch einigermaßen möglich ist, sich dem allesüberherrschenden Sagen des Staates und dem Kapital zu entreissen, wird man hier mit einer Kristalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse konfrontiert. Wenn man im reichen Westen wohnt und Teil der richtigen Bevölkerungsgruppe ausmacht, kann man für sich selbst die Illusion kreieren, relativ frei zu sein. Man kann aus vollem Herzen konsumieren, sich in allerhand virtuelle Fake-Realitäten begeben und wenn man das Geld dazu hat, sogar noch ein bisschen herumreisen und die Illusion aufrecht erhalten, man sei frei sich zu bewegen. "Drinnen" wird diese Illusion durch die Allgegenwärtigkeit des Repressionsapparates zerschmettert, indem all deine Bewegungen kontrolliert und schön in Berichten niedergeschrieben werden, und wenn man sich nicht an ihre Regelchen hält, bekommt man einen schlechten Bericht und/ oder fliegt ins Cachot (Isolationszelle) oder op strikt [Entnahme einiger allgemeiner 'Rechte'], und es werden einem gewisse "Freiheiten", wie z.B. telefonieren, Besuch, etc. weggenommen. Genau wie draussen, wo die Privilegien (künstliche Freiheiten) die wir besitzen, als wirkliche Freiheiten betrachtet werden, gewöhnt man sich auch drinnen an gewisse Privilegien (wie Hofgang, telefonieren, usw.) und sieht man nicht mehr die Tatsache eingeschlossen zu sein als das Problem, sondern das Behalten gewisser Privilegien als Lösung für seine Probleme. Schlussendlich kann man, wenn man Geld hat, auch hier nach

Herzenslust konsumieren und sich dadurch besser fühlen und sich vormachen man befinde sich in einem billigen Hotel, mit dem Unterschied natürlich, dass man nicht am Strand spazieren gehen kann, om aapjes te kijken en te keuren, sondern die gesamte verdammte Zeit in der Zelle sitzen muss, ohne zu murren...

Mir und auch Jürgen geht es hier gut. Ausser dass man hier wie ein Kleinkind behandelt wird (wir können nicht einmal ein Feuerzeug in der Zelle haben). Ansonsten ist es oftmals von deiner eigenen Haltung abhängig wie andere Gefangene und Wärter dich behandeln. Natürlich gibt es überall Arschlöcher und Scheissweiber. Das Schwierigste ist, ausserhalb der Hierarchie zu bleiben, die hier herrscht (dieselbe die draussen herrscht und Meister über das Schicksal von Milliarden von Menschen ist). Und damit meine ich nicht nur die Hierarchie zwischen dem Staat (Wärter, Bullen) und anderen Gefangenen, sondern auch zwischen Gefangenen selbst. Denn diese zeichnet sich hier deutlich ab und jene Strukturen als 'kleiner Anarchist' anzugreifen, muss man gar nicht erst probieren oder man endet, wortwörtlich, mit einer Gabel im Bauch. Solange die Machtverhältnisse in der gesamten Gesellschaft nicht über den Haufen geworfen werden, werden diese Strukturen hier bestehen bleiben. Die Vernichtung des Gefängniswesens, all seiner Strukturen und in all ihren Formen, als Teil eines totalitären Repressionsapparates, kann einzig Gestalt innerhalb eines Kampfes gegen das Gesamte annehmen, ein Kampf der die Vernichtung des Kapitalismus und seines Werkzeugs, des Staates, zum Ziel hat. Amen.

Normalerweise müsste ich erst Ende November erneut vor der Ratskammer erscheinen, aber das wurde auf den 9. November vor verschoben, das Datum an dem auch Jürgen erscheinen muss. Natürlich wollen wir beide so schnell wie möglich hinaus, aber da wir bei der Untersuchung nicht mitarbeiten, haben sie natürlich die Gelegenheit uns am Arsch zu packen und uns so lange wie möglich in Untersuchungshaft zu behalten. Bis dahin verbleiben wir hier auf Kosten des Staates, meistens mit einem Lachen, ab und zu mit einer Träne aber immer frei in Gedanken!

FÜR EIN KLASSENLOSES ZUSAMMENLEBEN OHNE GEFÄNGNISSE!

Paolo

(1) An jenem Abend fand in Gent eine Debatte mit u.a. Filip Dewinter und J.M. Dedecker (rechts-extreme Politiker) statt. Das Gesprächsthema war, wie könnte es anders sein, das Kopftuchverbot. In Zeiten von so genannten ökonomischen Krisen (denn die Reichen werden keine Schnitte Brot weniger zu essen haben), hat das Kapital (und seine Handlanger, Faschisten und rechte Parteien) immer ein schwarzes Schaf auf Lager, um eine Hexenjagd ans laufen zu bringen und damit die Aufmerksamkeit von den wirklichen Problemen, wie der ungleichen und kriminellen Verteilung des Reichtums, abzu-

lenken. Die "linken" sozial-demokratischen Parteien, gehen nur zu gerne auf solche Hetzen ein, um ihr Stimmenanteil zu erhalten und nach oben zu drücken. Gegen die (extreme) Rechte besitzen sie keine andere Strategie, als ihre Standpunkte zu übernehmen und ihre Hasspropaganda gegen Illegale und Ausländer zu spucken (im Namen des Krieges gegen den Terrorismus und flüsternd, gegen den Islam). Am selben Abend wurde in Gent, nebst ein paar rechten Studenten, das Gerichtsgebäude angegriffen. Es wurde ebenfalls Brand gestiftet.



Ein Interview mit Werner Bräuner

Am 7. Juli wurde ein telefonisches Live-Interview im Web-radio von Radio Flora aus Hannover mit dem Gefangenen Werner Braeuner geführt, der aus der Arbeitslosenbewegung kommt und seit Februar 2001 inhaftiert ist. Das Interview wurde im Rahmen der Sendung "Wieviele sind hintern Gittern, die wir draußen brauchen!" Politische Gefangene - Sendung zu Repression und Widerstand geführt. Zu hören über das Webradio Radio Flora aus Hannover per Livestream: www.radioflora.de, jeden ersten Dienstag im Monat von 18-19 Uhr und den Donnerstag darauf als Wiederholung von 11-12 Uhr. Im Gefangenen Info Nr: 349 und 350 wurde das Interview bereits veröffentlicht.

Frage (?) : Erst mal, Guten Abend. Hörst Du mich gut?

Werner Braeuner (W. B.): Ja, ich hör' Dich gut! Hallo!

Du bist seit 8 Jahren inhaftiert. Du bist damals verhaftet worden, weil Du einen Arbeitsamtsdirektor niedergestochen hast. Kannst Du mal schildern, was da genau passiert ist?

W. B.: Gut, das war 2001 im Februar: Es gab eine Auseinandersetzung und im Rahmen dieser Auseinandersetzung habe ich mich dazu durchgerungen, diese Tat zu begehen und zwar, weil ich mich nicht in diesem Krieg, der von den Arbeits- und Sozialbehörden gegen Arbeitslose und sozial Schwache geführt wird, völlig zerstören lassen wollte. Und ich glaube, das Wesentliche an dieser Tat war eben, dass sie deutlich macht, dass es diesen Krieg gibt.

Kannst Du mal erläutern, was Du unter Krieg verstehst? Ich meine, um es mal anders zu sagen, ich hatte das so verstanden: Du hattest eine Weiterbildung gemacht, und dieser Arbeitsamtsdirektor oder das Arbeitsamt in Verden hat ohne Grund Deine Leistung für drei Monate gekürzt. Stimmt das so?

W. B.: Ja gut, das wär' jetzt viel zu kompliziert, das im Einzelnen zu erläutern. Aber das ist eine der typischen Situationen, dass Sperren gegeben werden und zwar so, dass also die Rechtsgrundlage dafür gar nicht besteht.

Okay, ich meine: Mensch muss es schon ein bisschen erklären. Weil, Du hast das als Krieg bezeichnet. Deine Situation war: Du hattest eine Weiterbildung, Du hattest dich geweigert, Du hattest geäußert, das ist nichts für Dich, und aufgrund dessen hat das Arbeitsamt ohne zu prüfen, mit anderen Worten, sie haben auch gegen ihre eigenen Gesetze

damit verstoßen, haben sie Dir sozusagen alle Leistungen gekürzt.

W. B.: Das ist eigentlich ein Punkt, den finde ich viel zu unwichtig, um da jetzt im Einzelnen drauf einzugehen, weil das ist allgemein bekannt, dass Weiterbildungen, Trainingsmaßnahmen und jetzt seit 2005 auch 1 € Jobs hauptsächlich dazu dienen, Arbeitslose zu disziplinieren und zu demoralisieren. Die müssen stundenlang herumsitzen, untätig, das Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat. Und das ist eigentlich der wesentliche Kern der Auseinandersetzung, in der ich mich da auch befunden habe. Ich bin in dieser Weiterbildung krank geworden, ich konnte das nicht mehr ertragen dort herumzusitzen und das war der Punkt, da ging es mir so wie vielleicht Millionen Anderen! Und welche Details da im Einzelnen vorliegen, das ist in jedem Fall irgendwie verschieden, aber letzten Endes uninteressant, denke ich mal. Weiterhin ist dazu zu sagen, dass dieser Bereich der Weiterbildung ein Bereich ist, in dem Milliarden € jährlich umgesetzt werden. Im Jahr 2001 waren es 20 Milliarden und jetzt sind es nur noch 10 Milliarden €, die an die Träger von solchen Maßnahmen gegeben werden, damit die solche Maßnahmen durchführen können. Das ist ein Riesengeschäft, denn davon leben eine Menge Leute sehr gut von und da liegt eben die Konfliktlinie, da ist sozusagen die Frontlinie in diesem Krieg, der von den Arbeits- und Sozialbehörden gegen Arbeitslose und sozial Schwache und prekär beschäftigte Menschen geführt wird. Um die so zu demoralisieren, dass sie bereit sind, sich unter Bedingungen zu stellen, die sie sonst niemals hätten akzeptieren mögen. Sei es von den Arbeitsbedingungen, von den Löhnen her und so weiter und so fort. Ich wundere mich nur immer wieder, dass das kaum je zur Sprache kommt und in meiner Tat ist das ganz wesentlich auch der Konfliktpunkt gewesen. Ich habe auch deutlich gemerkt, dass Staat und Justiz unglaublich viel Angst davor haben, dass diese Dinge zur Sprache kommen. Ich bin massiv unter Druck gesetzt worden. Und zwar wurde mir zur Wahl gestellt, entweder zu sagen, es handele sich um eine individuelle Tragödie, die mich zu dieser Tat veranlasst habe, dann würde man mich noch einigermaßen anständig behandeln, und mir eine normale Haftstrafe geben. Wenn ich aber darauf bestehen würde, diese Tat als politische Tat zu betrachten, dann droht mir der Wachsaal in der Psychiatrie, das heißt, das ist die härteste Sanktion, die dieser Staat überhaupt vergeben kann. Heißt Zwangsmedikation, heißt völlige Isolation, da kann die Telekommunikation, also Post, Besuche, Telefonieren, völlig unterbunden werden und das ist praktisch die härteste Sanktion, die es überhaupt gibt. Nur unter diesem Druck bin ich dann bereit gewesen, von dieser politischen Seite meiner Tat abzurücken.

Ich kann das bestätigen. Bei der Sendungsvorbereitung hatte ich einen alten Artikel aus der Jungle World gelesen, der das ganz gut beschrieben hat, wie sozusagen die politische Dimension total aus dem Verfahren herausgenommen worden ist. Die (radikale) Linke hat sich ja da auch nicht zu Dir sehr solidarisch verhalten. Die Arbeitslosenbewegung hat sich ja mehr oder minder von Deiner Aktion distanziert. Triffst das so zu?

W. B.: Ich meine, der Staat hat eine enorme Angst davor, dass sich noch einmal so eine gewalttätige Widerstandsbewegung entwickelt wie in den sechziger und siebziger Jahren. Zum Beispiel die Roten Armee Fraktion und den anderen kämpfenden Gruppen. Da weiß jeder und jede, in einem solchen Moment geht es um alles, dann wird der Staat ohne Rücksicht zuschlagen, und davor haben alle Angst, und deshalb distanzieren sie sich. Das ist selbstverständlich. Nur heißt das ja nicht, dass diese Distanzierung auch tatsächlich ernst gemeint war. Das war, denke ich, eine Distanzierung aus Angst.

Du meinst die Arbeitslosenbewegung?

W. B.: Ja, sicher. Die sind sowieso von Angst geschüttelt. Also diejenigen, die sich dort als Vertreter und als Sprecher der Arbeitslosen gebärden, sind ja letzten Endes doch Leute, die noch relativ privilegiert sind, und die sprechen nicht für die tatsächlichen Arbeitslosen. Mensch hört von Seiten der Arbeitslosenbewegung auch keine Kritik an dieser mafiaartigen Struktur aus Arbeitsagenturen und Sozialbehörden auf der einen Seite und diesen Weiterbildungsträgern auf der anderen Seite. Die da ihre Milliarden jedes Jahr umsetzen und sich bereichern auf Kosten der Arbeitslosen und die Drecksarbeit für die Herrschenden machen, indem sie die Arbeitslosen da schurigeln und demoralisieren. Und diese Kritik kommt von der Seite überhaupt nicht.

Das ist richtig und die Gewerkschaft partizipiert ebenso, hattest Du auch mal in einem längeren Papier geschrieben. Ich will jetzt auf deine Haftsituation eingehen: Du bist im Februar 2001 verhaftet worden, inzwischen warst Du in vier Gefängnissen Niedersachsens, soweit ich das weiß. Nämlich in Verden, Oldenburg, Meppen und jetzt bist Du in der JVA Sehnde. Was ist das für ein Knast? Ist das jetzt ein Hochsicherheitstrakt und wie sind Deine Bedingungen?

W. B.: Jetzt bin ich in einer normalen Strafhaftstation eines Hochsicherheitsgefängnisses. Um das vom Ablauf kurz darzustellen, war ich zuerst 18 Monate in der U-Haft in Verden und dort war ich unter Bedingungen, die direkt als Folter zu bezeichnen sind. Es gibt verschiedene Möglichkeiten Menschen zu foltern, ich meine jetzt nicht die so genannte weiße Folter, das was mir geschehen ist, ging weit über weiße Folter hinaus. Ich war einem Haftraum von 7 ½ Quadratmetern, offene Toilette, 23 Stunden Einschluss und mit einem zweiten Gefangener mußte ich mir die Zelle die ganze Zeit teilen. Das alleine ist schon schlimm genug, wenn es aber dann noch Gefangene sind, die schwerst persönlichkeitsgestört sind und

regelrecht permanent Terror ausüben, indem sie unsinniges Zeug reden, sehr laute Musik hören und permanent völlig chaotisch agieren, dann begreife ich das als Folter. Ich denke, da wurden auch ganz bewusst Gefangene ausgewählt. Ich habe es auch von meinen Mitgefangenen gehört, die haben mich gefragt: „Wie hältst Du es überhaupt mit diesem Arschloch da auf der Zelle so lange aus?“ Es sollte verhindert werden, dass ich meine widerständige Haltung durchsetze, mit dem Ziel, mich weich zu klopfen. Das waren die ersten 9 Monate meiner Haft. Nach 6 Monaten begann die Verhandlung und ich war völlig apathisch gewesen. Kurzum völlig am Ende. Der Staat zeigt, welche große Angst er vor Widerstand hat, wenn er zu solchen Maßnahmen greift. Das dauerte bis 2002, danach bin ich von von der U-Haft aus in die JVA Meppen verlegt worden. Das ist eine Strafhaftanstalt mit niedriger Sicherheitsstufe und insgesamt war ich da 2 ½ Jahre. Von dort bin ich in die Hochsicherheitsanstalt Oldenburg verschubt worden, mit der Begründung im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2001 sei ich als „Linksextremist“ aufgeführt. Ich war in Oldenburg im Jahre 2005, in dem Jahr, in dem auch die 1 € Jobs eingeführt worden sind. In Oldenburg gab es einen eklatanten Bruch des Strafvollzugsgesetzes, weil die sie dort durchgängig Post kontrolliert, also die Post mitgelesen, Telefonate mitgehört haben, was laut Strafvollzugsgesetz gar nicht zulässig ist in dieser Form. Es war praktisch eine Sonderstrafanstalt, ein kleines Guantánamo für Gefangene, die besonders unbeliebt ist. Ich habe es geschafft nach 1 ½ Jahren aus Oldenburg wegzukommen, durch eine Kampfmaßnahme meinerseits, und bin seit September 2006 in der JVA hier in Sehnde, hatte hier auch teilweise enorme Schwierigkeiten, war lange Zeit in der Isolation, habe mich selbst eingeschlossen und hab aber jetzt seit einem Jahr eine relativ gute Situation.

Du hast das eben als Kampfmaßnahme bezeichnet, wie Du von Oldenburg nach Sehnde gekommen bist. Kannst Du schildern, wie du das durchgesetzt hast?

W.B.: Ich hab mich geweigert, meinen Haftraum zu verlassen und es auch der Anstalt anheim gestellt, ob sie mir Essen bringen will oder nicht, weil normalerweise muss man sein Essen selbst abholen gehen. Dazu habe ich gesagt, das könnt Ihr mir bringen oder nicht, wenn Ihr es mir nicht bringt, dann ist es eben zusätzlich Hungerstreik. Dann haben die eine Regelung gefunden, dass mir das Essen gebracht werden konnte an den Haftraum. Das habe ich so mehrere Wochen, ich glaube sieben, acht Wochen durchgehalten und danach waren die endlich bereit, weil ich das ja mit der Forderung verbunden hatte, in eine andere Haftanstalt verlegt zu werden, nämlich nach Sehnde. Daraufhin ist es dann also zu dieser Verlegung gekommen.

Wie sind deine Bedingungen in der JVA Sehnde? Wie groß ist der Knast?

W.B.: Es sind dort ungefähr 400 Gefangene in den einzelnen Hafthäusern. Es ist eine sehr moderne Anstalt, die erst vor kurzem in Betrieb gegangen ist und hier wird ein Klein-

gruppenvollzug praktiziert. Das heißt, es gibt immer einzelne, völlig abgeschottete Stationen mit 20 Gefangenen. Und die anderen Inhaftierten auf den anderen Stationen sieht man nur gelegentlich und begrenzt beim Sport. Auf einzelnen Haftstationen werden Einige zusammengefasst, die machen gemeinsam Sport und Hofgang. Es gibt hier drei verschiedene Höfe, so dass die Gefangenen zusätzlich von einander getrennt werden können. Und so herrscht hier doch eine große Isolation, die Eingesperrten wissen nicht, was in anderen Häusern los ist, die können sich nicht koordinieren, die können sich nicht gemeinsam irgendwie widerständig verabreden.

Arbeitest Du?

W.B.: Ja, das ist sehr wichtig in Haft arbeiten zu können, weil sonst die Haftbedingungen extrem schlecht werden. Und zwar in der Form, dass dann nachmittags Einschluss ist, dann hat man, wenn man nicht arbeitet, nur vormittags zwei Stunden die Tür auf und kann dann also duschen gehen, kann sich in der Küche was machen und danach den ganzen Tag bis zum nächsten Morgen wieder die Tür zu. Und mensch hat kein Geld, um die Kabelgebühren fürs Fernsehgerät und so weiter zu bezahlen, auch zusätzlich was einkaufen, ist nicht möglich, weil die Haftverpflegung ist hier nicht so ausreichend, dass man davon alleine sich gesund ernähren könnte und dann treten Mangelerscheinungen auf. Um das zu vermeiden, ist es nur durch das erarbeitete Geld möglich, durch Zusatzeinkäufe beim Kaufmann in der Anstalt, sich irgendwie einigermaßen noch gesund zu ernähren. Also gesund heißt wirklich auf einem ganz niedrigen Niveau. Geweckt wird um 6 Uhr, danach wird Kaffee getrunken und um 7 Uhr geht es in die Arbeitsstätten. Feierabend ist etwa um 15 Uhr und dann geht es zurück auf die Haftstation. Da gibt es von 16 Uhr bis 17 Uhr Hofgang, wenn einer nicht am Hofgang teilnehmen möchte, dann wird er in der Zelle eingeschlossen in seinen Haftraum und um 17 Uhr wird wieder aufgeschlossen und es wird das Abendessen verteilt und es ist bis 19.45 Uhr die Tür noch auf, danach wird die Tür des Haftraums für die Nacht verschlossen. Der übliche Ablauf.

Wie sind die Besuchsbedingungen in Sehnde?

W.B.: Umständlich. Es muss mindestens 14 Tage vorher schon der Antrag für den Besuch eingereicht werden und es gibt drei Stunden Besuch im Monat. Der Besuchsraum ist sehr unwirtlich, da hängen überall Kameras, die Tische sind mit Glasbelägen, so dass die Kameras auch durchschauen können, ob da irgendwelche Dinge übergeben werden, Berührungen sind da nicht möglich, das wird auch nicht erlaubt. Der wachhabende Beamte sitzt praktisch sozusagen mittendrin, es ist so ein bisschen wie ein Halbrund aufgebaut der Besuchsraum und in dem Zentrum dieses Halbrundes ist dann der Ort, wo dieser wachhabende Beamte sitzt. Die Tische stehen recht eng beieinander, so hat man nicht das Gefühl etwas ungestörter miteinander reden zu können.

Du kennst jetzt vier Gefängnisse in Niedersachsen. Wozu

dient das deiner Einschätzung nach? Was hat Knast für eine Funktion? Du hattest im Jahr 2007 einen Brief geschrieben, ich zitiere: „ Schon immer war Knast Vorreiter sozialer, politischer und ökonomischer Repression und Reaktion. Letztes und schärfstes Drohpotential der Herrschenden zur Disziplinierung der Beherrschten.“ Kannst Du zum Ende des Gespräches ein Resümee ziehen?

W.B.: Um das schlagwortartig auf den Begriff zu bringen: Knast ist die Keimzelle dieser Gesellschaft. Denn jeder und jede in dieser Gesellschaft interessiert sich für Knast, es ist bekannt, dass es das gibt, das ist ein Aufreger-Thema. Die Medien bringen viele Berichte, die direkt aus den Knästen heraus zeigen, wie das Leben dort ist.

Zum Beispiel gibt es über die JVA Oldenburg einen ganz berechtigten Beitrag aus dem Jahr 2005 von der ARD. Der heißt: „Das Alcatraz des Nordens“. Es gibt ständig viele vergleichbare Berichte: Über die Ereignisse in Sachsen, mit dem Beinahe-Mord im Jugendgefängnis. Ein ähnlicher Fall ereignet sich in Siegburg, Nordrhein-Westfalen. Bekannt ist, dass Knast eine sehr unangenehme Situation bedeutet. Und das ist der Knüppel, den der Staat in der Hand hält, und der durch die Fernsehgeräte in jedes Wohnzimmer an die Wand projiziert, drohend dort hängt. Allen ist bewußt, dass sie sich sehr genau überlegen müssen, wie weit sein Widerstandsgeist gehen sollte, um nicht in diese Sanktion zu geraten und in einen Knast zu kommen. Knast ist nur Theater: Ich glaube die meisten Gefangenen hier sind einfach nur Statisten für dieses Theaterstück. Das eigentliche Publikum sitzt draußen, an diese ist das Stück gerichtet.

Du meinst, dass das Theater die Menschen draußen abschrecken soll, und das sie so immer „brav“ an die Gesetze halten sollen. Nur wenn sie „Ärger machen“, dann besteht für sie die Gefahr, dass sie auch in den Knast kommen können. Du meinst es soll die Menschen abschrecken?

W.B.: Das ist Einschüchterung der allgemeinen Öffentlichkeit. Mensch weiß, dass die Mütter ihren Kindern vom Knast erzählen, wenn sie noch ganz klein sind. Das ist allgemein üblich und da fängt es schon an. Diese Angst ist ganz tief in der Gesellschaft verankert. Daraus folgen weitere Ängste: „Ich will nichts mit der Polizei zu tun haben. Ich will nichts mit den Gerichten zu tun haben.“ Das hat natürlich den Hintergrund, dass Polizei und Gerichten dafür sorgen, dass Menschen in den Knast gesperrt werden. Davor herrscht Angst.

Eine Frage hätte ich noch. Wie ist denn so die Solidarität unter Euch Gefangenen? Kannst Du da was zu sagen?

W.B.: Die meisten, die hier einsitzen, gehören nicht gerade zu den privilegierten Menschen in dieser Gesellschaft. Die sind gewohnt, dass sie sich alleine durchs Leben schlagen müssen und dass sie sich mit Ellbogen durchkämpfen müssen. In solchen Lebenssituationen ist kein Platz für Solidarität, weil Solidarität eine gewisse Organisation voraussetzt und auch eine gewisse Stärke. Ich glaube, die fehlt den meisten. Ich

glaube, für die ist der Knast Ausdruck oder deutliches Zeichen ihres Scheiterns im Hinblick auf ihre Versuche sich in dieser Gesellschaft zu integrieren oder sich anzupassen. Die meisten erleben den Knast als wirklich unangenehmes Ergebnis individuellen Versagens. Von daher sind sie auch nicht der Meinung, dass die anderen um sie herum das anders betrachten würden. Von daher fehlt eine positive Bezugnahme für allgemeine Solidarität. Das ist sehr schwierig im Knast Solidarität zu entwickeln. Der einzelne kann jederzeit massiv unter Druck gesetzt werden, das geht sehr leicht. Es gibt zum Beispiel Stationen, auf denen vermehrt schwer verhaltensgestörte und persönlichkeitsgestörte Gefangene untergebracht sind. Die sind gewalttätig, die sind verrückt und die machen irrsinnige Sachen. Die bedrohen, die belästigen, die wenden Gewalt an. Jeder ist froh, wenn er auf einer Haftstation ist, wo es einigermaßen so normal noch zugeht und jeder weiß, die Haftanstalt kann aber jeden, der irgendwie widerständig ist ohne weiteres auf eine Haftstation verlegen, wo es drunter und drüber geht. Das sind zum Beispiel ganz klare Möglichkeiten die Gefangenen einzuschüchtern, so dass die keinen Widerstand leisten. Hinzu kommt natürlich noch die ganze Thematik mit der vorzeitigen Entlassung. Nur Gefangene, die sich nicht widerständig verhalten, haben eine Chance auf eine vorzeitige Entlassung. Der Staat verlangt eigentlich Unterwerfung, das ist genau der Punkt, das ist die entscheidende Frage, wer sich nicht unterwirft, der muss immer damit rechnen, nach Ende der Haftzeit noch in Sicherungsverwahrung genommen zu werden. Das ist eine sehr harte Sanktion – das heißt eine potentiell unendlich lange Strafe.

Meine letzte Frage. Werner wie sieht es bei Dir aus? Du bist damals zu 12 Jahren verurteilt worden. Das heißt, Du müsstest, „wenn alles gut geht“, Februar 2013, entlassen werden?

W.B.: Die Strafe, zu der ich verurteilt worden bin, lautete auf Totschlag und nicht auf Mord. Wenn es Mord gewesen wäre, dann wäre es eine Mindeststrafe von 15 Jahren. Das ist aber Theorie, denn die Mindeststrafe ist reell 17 Jahre und im Durchschnitt sind es 22 Jahre, die ein zu Mord Verurteilter im Gefängnis zu verbleiben hat. Ich bin aber nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags verurteilt worden. Somit begrenzte sich das Strafmaß auf eine Zeit zwischen 5 und 15 Jahren maximal. Ich habe 12 Jahre erhalten und wenn es mit normalen Dingen zugehen würde, heißt das, dass ich im Februar 2013 entlassen werden würde. Falls aber irgend etwas dazu kommt, dann werde ich auf unbestimmte Zeit in Sicherungsverwahrung genommen. Da gibt es ein paar juristische Bedingungen, die da zu beachten sind, aber die in meinem Fall dadurch erfüllt sind, weil der Verfassungsschutz mich nachträglich als Linksextremist angeführt hat, nachdem mein Urteil rechtskräftig war. Das ist dabei der entscheidende Punkt, der Zeitpunkt - und so wäre es für die Justiz also ohne weiteres möglich, mich bis zum Ende meines Lebens, quasi bis zum letzten Atemzug, in Haft zu halten, so weit ich mich widerständig verhalte, wird das dann auch voraussichtlich geschehen. Ich lasse mich aber nicht einschüchtern.

OK Werner, wir lassen das mal so stehen und wir werden das Gespräch bestimmt noch einmal weiter führen, Tschau!

W.B.: Tschau, bis dann!

Werner in einem Brief vom 27.7.:

„...und hab Dank für deine Kurznachricht: „Interview ist gut angekommen“, über die ich mich gefreut habe. Die arbeits- und sozialpolitischen Zwangsmaßnahmen halte ich für das zentrale Thema emanzipatorischer antikapitalistischer Politik, der Kampf gegen sie führt unmittelbar in selbstorganisierte Gemeinschaften mit dem Primat des sozialen Zusammenhangs, welchen letzteren zunehmend aufzulösen nicht zufällig Beigabe von Kapitalismus/Lohnarbeit ist, sondern systemische Voraussetzung von Lohnarbeit. Wie bei Marx breit angedacht, wird die Entwicklung notwendig zur Wiederherstellung von unmittelbaren sozialen Zusammenhängen gehen müssen Das Ökonomische ordnet sich da dem Primat des sozialen Zusammenhangs nach. In gewisser Weise, äußerlich betrachtet, ist dies eine Rückkehr zu „archaischen“ sozialen Formen, doch ohne deren technisch-ökonomische Rückständigkeit und den damit einhergehen müssenden sozio-kulturellen Zwangsinstituten, welche letzteren bekannt unter dem Sammelbegriff der „Idiotie des Landlebens“ sind. Die Rede hier ist, wohlgemerkt, von Kommunismus, von dessen direkter Einrichtung, ohne den Zwischenschritt einer Diktatur des Proletariats resp. von (Staats-)Sozialismus. Und eben genau diese weite Perspektive eröffnet sich für mich aus dem Kampf gegen die arbeits- und sozialpolitischen Zwangsmaßnahmen. Bildlich gesprochen stellen letztere den letzten Versuch dar, den Exodus und der Lohnarbeit und hinein in selbstorganisierte soziale und im weiteren auch sozio-ökonomische Zusammenhänge aufzuhalten, sie sind das Rote Meer, welches über den ägyptischen Verfolgern, über der Macht des Pharao zusammenschlägt - wenn sie zu Fall gebracht werden! Darum danke ich dir sehr, mir die Möglichkeit eines Webradio-Interviews eröffnet zu haben. Ich freue mich sehr darüber!“

Werner Baeuner
Schneidebruch 8
31319 Sehnde

Ein Kommentar von Werner Bräuner zu einem Artikel der Tageszeitung junge Welt

Die Kunst ist mächtiger als die Erkenntnis, denn sie will das Leben, und jene erreicht als Letztes nur - die Vernichtung.
Friedrich Nietzsche

Zur Kenntnis meiner FreundInnen, UnterstützerInnen und aller sonstigen Interessierten

Reinhard Jellen führt in der Wochenendbeilage *faulheit & arbeit* der Tageszeitung *junge Welt* vom 12./13.9.2009 ein Gespräch mit Domenico Losurdo über dessen in diesem Jahr in Hamburg erschienenen „Nietzsche. Der aristokratische Rebell. Intellektuelle Biographie und kritische Bilanz“. Losurdo ist Professor für Philosophie an der Uni Urbino, Publizist, Präsident der Internationalen Gesellschaft für dialektisches Denken und gibt mit Heinz Holz die philosophische Halbjahresschrift „Topos“ heraus; eine Liste mit einer Auswahl bisheriger Veröffentlichungen Losurdos findet sich hier unten als Nachtrag.

Der Autor Losurdo über seine Themenwahl: „Nachdem ich der großen philosophischen Epoche, die von Kant bis zu Marx reicht, eine Reihe von Untersuchungen gewidmet und außerdem ein Buch über Heidegger geschrieben hatte, verspürte ich das Bedürfnis, die Rekonstruktion der geistigen Geschichte Deutschlands mit einer intensiven Beschäftigung mit Nietzsche gewissermaßen zu vervollständigen.“ Laut *junge Welt* sei Losurdo nun der Nachweis gelungen, daß der wesentliche Zusammenhang der Philosophie des extravaganten Bartträgers in der durchgängigen und radikalen Kritik an der sozialen Revolution auf sämtlichen Ebenen liegt.“ Das Gespräch mit Domenico Losurdo steht unter dem Titel „Nietzsche spricht das Geheimnis der Kapitalakkumulation aus“ und wird unter www.jungewelt.de oder redaktion@jungewelt.de zu beschaffen sein.

Nachdem ehemals verbreitete Behauptungen, Nietzsche sei Antisemit und Rassist gewesen, aufgrund von Forschungsarbeiten der vergangenen Jahrzehnte nicht mehr zur Verunglimpfung Nietzsches herangezogen werden können eignet Losurdo Nietzsche nun des Konstrukt einer „transversalen Rassierung“ zu und erläutert: „Diese zerreißt die Nationen und betrachtet Oberschicht und Unterschicht, Herren und Sklaven, als Angehörige verschiedener Rassen, und vereint die Oberschicht und die Unterschicht über Ländergrenzen hinweg, indem die Unteren den Oberen im globalen Maßstab

zu dienen haben.“ Richtig, Nietzsche nimmt eine transversale Rassierung vor, allerdings in Übertragenem Sinne und nicht entlang der von Losurdo behaupteten Linie. Dazu mehr im hier folgenden Brief vom 13.9.09 an die Redaktion *junge Welt*:

Sehr geehrte Redaktion, auf 1100 Seiten hat Domenico Losurdo einen Verächter von Antisemitismus, Rassismus, Germanenkult und Untertanentum in eine Ecke gestellt, deren Düsternis die Prophetie einer Herdengesellschaft verachtungswürdiger Schwacher nicht mehr auf den Nationalsozialismus beziehbar erscheinen lässt. Der da von Losurdo sehr gelehrt sehr umfassend verworrene Knoten namens Nietzsche ist von dessen Anfang her zu lösen, das ist Nietzsches zentrales Thema des mit jeder nur denkbaren Rücksichtslosigkeit zu führenden Kampfes gegen ein historisches Ungeheuer, das die Welt erst Jahrzehnte nach Nietzsche gebären würde. So auch ist Nietzsches vermeintlicher „transversaler Rassismus“ tatsächlich ein Internationalismus, einer nicht an der Bruchlinie von Klasse sondern an der eines Staatsuntertanentums. das einem massenmörderischem Opferkult, einer ekstatischen Lust an der Barbarei ergeben ist. Dieses seine gesamte Arbeit unterbauende Thema, welches Nietzsche scharf gegen alle ihm vorangegangene deutsche Philosophie abgrenzt, konnte ausdrücklich erst nach 1945 als dann historisch gewordener Gegenstand behandelt werden, wie im Jahre 1948 durch den deutsch-israelischen Autor Erich Neumann glänzend vorgeführt.

Losurdos Arbeit fällt weit hinter den gegenwärtigen Forschungsstand zu Nietzsche zurück, zu fragen ist, weshalb ihr eine solch breite Bühne gegeben wird. Etwa weil eine Linke sich anschickt, einen Krisenkapitalismus mitregierend mitreparieren zu wollen, und deshalb der bürgerlichen Demokratie eine linke Legitimation zueignen möchte, welche ihr von Nietzsche bis jüngst Luigi Canfora grundsätzlich bestritten wird.

Übel anzukreiden ist Losurdo allerdings, eine bestimmte Eigenart Nietzsches zu dessen Verunglimpfung zu nutzen, nämlich bei Erörterungen historischer und aktueller Optionen den *Advocatus diaboli* zu geben, was bereits Lukács missbraucht hat. „Neue Sklaverei“, „neue Art Versklavung“, „Tschandala“ und „Menschenzüchtung“ werden zu Ende und Schluß eines Vortrags von Nietzsche regelmäßig als vielleicht nettes aber krudes Zeug entlarvt. Nietzsche war zu klug für einen Reaktionär und zu klug, fertige Menschheitserlösungspläne entwickeln zu wollen. Darin und sogar auch mit der „ewigen Wiederkehr des Gleichen“ trifft er sich mit Marx, welcher

Kommunismus als ein Vorwärts zurück zu quasi archaischen sozialen Formen zu denken versucht hat. Desgleichen schätzte Nietzsche entwickelte Produktivkräfte durchaus, er verglich sie mit einer bis zum Zerreißen gespannten Bogensehne, von welcher der Pfeil hoch und weit in die Zukunft einer Kultur tragen würde, die des „Übermenschen“, eine Kultur ohne staatsinstitutionelles Konditionieren von Menschen zu „Arbeitskraft“, dies eine Sicht, die allerdings deutlich über Marx hinausweist. In diesem Zusammenhang interessant, spricht Losurdo das von Nietzsche (tatsächlich) enthüllte Geheimnis kapitalistischer Akkumulation zwar an, nicht aber aus: Schmieden des Nerven! Der moderne Sklave wird nicht mehr religiös oder ideologisch fabriziert, sondern durch Konditionierung bzw. durch Dressur zum Lohnarbeiter gemacht (siehe hierzu auch die französische Autorin Anne Querrien im Jahre 1976 zum Thema Schule).

Wie Losurdo lebte Nietzsche von Einkünften aus geistiger Arbeit, er war einfacher Pastorensohn und mitnichten aristokratischer Abkunft. Ein solch strahlendes Genie in ein düsteres Abseits zu verbannen, wird letztlich niemals gelingen.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Braeuner

Nachtrag

Auswahl der Arbeiten von Domenico Losurdo:

Immanuel Kant — Freiheit. Recht und Revolution - Köln 1987

Philosophie als Verteidigung des Ganzen der Vernunft- Köln 1988

Hegel und das deutsche Erbe - Köln 1989

Fichte - die Französische Revolution und das Ideal vom ewigen Frieden - Berlin 1991

Zwischen Hegel und Bismarck - Berlin 1993

Die Gemeinschaft, der Tod, das Abendland. Heidegger und die Kriegsideologie - Stuttgart 1995

Geschichtsphilosophie und Ethik - Frankfurt 1998

Flucht aus der Geschichte? - Essen 2000

Hegel und die Freiheit der Modernen - Frankfurt 2000

Der Marxismus Antonio Gramscis - Hamburg 2000

Die Linke, China und der Imperialismus - Essen 2000

Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung - Essen 2005 (zusammen mit Erwin Marquit)

Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen, Papyrossa Verlag - Köln 2007

Demokratie oder Bonapartismus: Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts - Köln 2008

Nietzsche. Der aristokratische Rebell. Intellektuelle Biographie und kritische Bilanz - Hamburg 2009

NIEMALS IST MIR IM SITZEN EIN AUCH NUR HALB- WEGS KLARER GEDANKE GEKOMMEN.

FRIEDRICH NIETZSCHE (verachtete des Gewerbe der Philosophen und verbat sich, als ein solcher bezeichnet zu werden)

Silvester zum Knast

Hamburg: Silvester zum Knast“

An Tagen wie Silvester, wo viele Menschen, die Draussen sind zusammenkommen, feiern und den Alltag unterbrechen, kann Knast für Menschen, die Drinnen sind, noch mehr Einsamkeit und Isolation bedeuten. Freundinnen, Freunde, Bekannte und Familie sind an diesen Tagen oft noch weiter weg als ohnehin schon im tristen Knastalltag. Gerade an so einem Tag ab, etc. er auch an jedem anderen wollen wir den Gefangenen zur Seite stehen.

Wir sind gegen Knäste, weil eine Gesellschaft die es braucht Menschen einzusperren und zu erniedrigen selbst ein Knast ist.

Ein Großteil der Gefangenen, welche diese Gesellschaft hervorbringt, ist weggesperrt hinter Mauern, weil Sie aus sozialen Aspekten heraus vorhandene Gesetze dieses Staates ausser Acht ließen. So werden zum Beispiel Grenzen überwunden um Krieg und politischer Verfolgung zu entgehen



oder sich „einfach“ ein besseres Leben zu ermöglichen und in dieser globalisierten Welt am (europäischen Wohlstand teilzuhaben. In diesem Zusammenhang wird sichtbar, wie Privilegien, Herrschaftsverhältnisse, etc. zementiert werden. Individuen, die aus unterschiedlichen Gründen unglaubliche Wege zurücklegen, landen in diesem und anderen Staaten in sogenannten Sammellagern und/oder Abschiebeknäten. Die Vermittlung von „Unrecht“ im Zusammenhang mit politischen Flüchtlingen in Abschiebehaft ist oftmals auf Grund einer vermeintlichen Unschuld noch relativ leicht. Dies ist bei Menschen, welche z.B. aus Ihrer finanziellen Not heraus einen Diebstahl oder sonstige, im Sinne der Justiz kriminelle Handlungen vollziehen, aufgrund einer mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz leider nicht der Fall. „Soziale“-Gefangene stellen jedoch eine logische Konsequenz des kapitalistischen Wertesystems dar und verdeutlichen unserer Meinung nach die Absurdität von „Schuld“ und „Unschuld“ der vorherrschenden Rechtsprechung ebenso wie der Umgang mit Flüchtlingen in diesem Staat.

Doch nicht alleine die Ursachen, die Knast zur Folge haben, sollten einem schärferen Blick ausgesetzt werden. Die Gesetzgebungen und die damit einhergehenden Bedingungen in den Gefängnissen sind anzugreifen. Wie z.B. die aktuell verschärfte Sicherheitsverwahrung (SV). Diese wurde 1933 von den Nationalsozialisten in das Strafgesetzbuch als Maßregel der Sicherung eingeführt und hat zur Folge, dass eine Person, welche als allgemeingefährlich gilt, auch über das Ende der regulären Strafzeit hinaus im Gefängnis verwahrt werden kann. Durch eine Reform unter der SPD/Grünen Regierung (1998) kann die SV schon im ersten Fall Ihrer Anordnung lebenslang dauern! (-zuvor war sie auf 10 Jahre begrenzt) SV wird gegen Menschen verhängt, denen von Sachverständigen und Justiz eine andauernde Gefahr attestiert wird. So sind beispielsweise Straftäter_innen von SV betroffen, die sich den Knastregeln widersetzen, denen Wiederholungsgefahr unterstellt oder denen eine erhebliche Gefahr für die Gesellschaft nachgesagt wird.

In den letzten Jahren wurde die SV kontinuierlich weiter verschärft, so dass es inzwischen möglich ist, Jugendliche aufgrund von Delikten wie Drogenverkauf, Banküberfall oder ähnlichem, welche mit einer Strafe von 7 Jahren oder länger geandert wurden, nach der Haftzeit aufgrund der SV für immer hinter Gitter bleiben. Dies bedeutet, dass das Leben einzelner Personen vollkommen der Justiz ausgeliefert ist. Wobei erwähnt werden muss, dass aktuell über weitere Verschärfungen – das sogenannte „Schließen von Sicherheitslücken“ – auf Justizministerienebene diskutiert wird. Folgen könnten

sein, dass auch nach der Enlassung aus der Haft nachträglich SV verhängt werden könnte. So könnten Menschen bei denen vermutet wird, dass sie gegen herrschende Gesetze verstossen wollen von der Straße weg verhaftet und für immer weggesperrt werden...

Die beschriebenen, wie viele andere den Knast betreffende Entwicklungen verdeutlichen unserer Meinung nach die Notwendigkeit, die Gefangenen und Ihre Kämpfe kritisch-solidarisch zu unterstützen und eine Anti-Knast-Bewegung aufzubauen. Daher war es zum Beispiel wichtig die im Berliner Jugendknast stattgefundene Revolte (4 Juli 2009) von Draußen solidarisch zu unterstützen, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sich mit den Ursachen/Hintergründen auseinanderzusetzen.

Jede/jeder waren und sind von Knast bedroht sobald Sie versuchen, herrschende Verhältnisse zu verändern. Ein Beispiel von vielen hierfür sind die aktuellen Verurteilungen gegen die Genossen im sogenannten MG-Verfahren. Viele bemerkenswert absurde Konstrukte, die dem Verfahren zu Grunde liegen und die Leichtigkeit, mit der Menschen sich in diesem oder einem anderen Konstrukt wiederfinden können, machen es einmal mehr notwendig, sich die Funktionalität und das Interesse von Strafsystem und Staat bewußt zu machen. Es sollte unser gemeinsames Anliegen sein, dass die Auseinandersetzung um Repression und Knast zu einem festen Bestandteil der Kämpfe gegen jede Unterdrückung wird. Denn eine Bewegung, die Ihre Gefangenen vergisst, ist bekanntlich tot und wird somit auch wenig verändern.

Die Gründe in dieser Gesellschaft im Knast zu landen, sind zahlreich. Ebenso wie die Gründe gegen dieses Gesellschaftssystem Position zu beziehen, Kritik an der herrschenden Ordnung zu üben.

Solidarität mit allen Menschen in den Knästen und draussen, die sich mit uns im Kampf gegen Kapitalismus, Staat und jede Unterdrückung befinden.

Freiheit für alle Gefangenen.

Für eine herrschaftsfreie Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

der Vorbereitungskreis

31.12.2009 - 23.00 Uhr
Kungebung am Untersuchungsgefängnis
Holstenglacis

Berlin: Silvester zum Knast – für die Zerstörung aller Formen der Einsperrung

Seit vielen Jahren gibt es an Silvester in Berlin eine Demonstration zum Knast in Moabit, um den Inhaftierten dort - stellvertretend für alle Gefangenen- zu zeigen, dass sie nicht allein und vergessen hinter den grauen Mauern vor sich hin vegetieren. Denn auch in deutschen Knästen läuft nicht immer alles so glatt wie menschlich das vorstellt: eines der letzten Beispiele war die Revolte im Jugendknast Kieferngrund im letzten Sommer, wo Gefangene ihre Zellen zerstört haben, um auf die Prügel der Schließer zu antworten. Oder der internationale Hungerstreik, der von dem anarchistischen Genossen Gabriel Pombo da Silva für den Zeitraum vom 20. Dezember bis zum 1. Januar 2010 initiiert wurde.

Dies sind Versuche gegen die herrschende Ordnung auch hinter den grauen Mauern vorzugehen und zeigen den Unwillen sich mit diesem System abzufinden. Denn auch Knast ist ein Kampffeld und das Leben hört dort nicht auf.

Uns ist es wichtig immer wieder auch hier draußen Zeichen zu setzen, die verdeutlichen, dass wir alle Institutionen der Einsperrung verachten und nicht als Lösung sozialer Konflikte, die durch die gegenwärtige Organisation der Gesellschaft verursacht werden, ansehen. Damit auch denjenigen, die nicht aufgehört haben auch drinnen weiter zu kämpfen, klar ist, dass hier draußen ihre Kämpfe wahrgenommen werden und nicht in Vergessenheit geraten. Ohne dabei unsere Seite in diesen Kämpfen idealisieren zu müssen, weil sie aus den Gefängnissen entstehen, sondern sich mit denjenigen, die dort aktiv werden, eine Komplizenschaft entwickelt.

Deshalb zeigen am letzten Tag im Jahr mehrere hunderte Menschen was sie von den Knästen halten. Denn Knäste und alle weiteren Einrichtungen zur Ein- und Wegsperrung sind ein fester Teil der kapitalistischen Gesellschaft. Dadurch soll uns tagtäglich vor Augen geführt werden was mit denjenigen passiert, die sich nicht an die vorgeschriebenen Regeln und Normen halten und sich diesen widersetzen. Denn die zunehmenden Prozesse der Verarmung garantieren für viele einen sicheren Platz in den Kerkern des Staates.

Die Schlangen vor den Armenküchen schwellen an. Die Anzahl der Ladendiebstähle in den Supermärkten nimmt ebenso zu. Die Pfändungsprozesse stapeln sich. Und während die unten versuchen nicht vor Hunger zu sterben, bereiten sich die oben auf das Schlimmste vor, auf die gefürchtete soziale Explosion. Einer/m jeden die/der das Gesetz bricht wird "Null Toleranz" garantiert; für Einheimische und Migrant_innen werden neue Haftstrukturen vorbereitet; Sicherheitstrupps und "Freiwillige" patrouillieren durch die videoüberwachten Nachbarschaften.

Gefängnisse sind keineswegs bloße Nebenprodukte des Staates, die darauf abzielen „Abweichler_innen“, nicht konforme, überflüssige oder unerwünschte Menschen zu unterdrücken und zu isolieren, sie sind im Gegenteil ein elementarer Bestandteil der Gesellschaft.

Das Gefängnis ist nicht die logische Erweiterung der Ge-

sellschaft, sondern die Gesellschaft eine Erweiterung des Gefängnisses, in welchem die Strafanstalten nur den offensichtlichsten und brutalsten Aspekt eines Systems darstellen, welches uns alle zu Kompliz_innen und Opfern, uns alle zu Eingeschlossenen macht.

Das soziale Gefängnis ist dort präsent, wo die sozialen Beziehungen entfremdet werden, wo die Menschen der sozialen Kontrolle und der Überwachung unterworfen werden, wo sie nicht mehr fähig sind miteinander solidarisch zu handeln und systemkonformes Gedankengut unüberlegt reproduzieren.

Dieser Logik wollen wir durch Solidarität und der Subversion aller sozialen Beziehungen entgegenreten und uns für die Zerstörung aller Formen der Einsperrung einsetzen. Aber diese Zerstörung kann nur zusammen mit der Zerstörung der gegenwärtigen ausbeuterischen Beziehungen einhergehen, aller Beziehungen, die unser Leben erniedrigen und gegen diejenigen, die uns als ruhige Sklaven dieser kapitalistischen Ordnung haben wollen.

Ein Tag, um unseren Hass auf die permanente Bedrohung durch die Gefängnisse und das soziale Gefängnis an sich zu zeigen kann Silvester sein. Sicherlich auch ein Tag, an dem wir unsere Solidarität mit Menschen zeigen, die aufgrund ihrer expliziten Verachtung dieses Systems sich in Moabit eingesperrt sehen, wie gerade Tobias oder die Gefangenen des 1. Mai zeigen.

Aber vor allem ein Silvester, wo wir entschlossen die Einschüchterungsversuche des Geistes der Repression, seiner Kerker und seiner Diener_innen zurückweisen, wo wir uns nicht scheuen auszusprechen, was wir von allen Zwangsanstalten und ihrer Logik halten: dass sie zerstört werden müssen innerhalb eines Prozesses, der die ganzen Zustände umwirft, um zu einer herrschaftsfreien Welt zu gelangen.

Und natürlich auch in Erinnerung an Dennis und Oscar Grant, die am letzten Silvesterabend bzw. in den ersten Stunden des neuen Jahres von den schießwütigen Schergen des Staates erschossen wurden.

Wie jedes Jahr: Silvester zum Knast!

Für die Zerstörung aller Formen der Einsperrung und des sozialen Gefängnisses!

Am 31. Dezember 2009 um 22:45 Uhr vom U-Bhf Turmstrasse zur JVA Moabit.

Auf der Abschlusskundgebung werden Collectif Mary Read (Radical HipHop aus St. Etienne) ein paar Songs spielen. Bereits zwei Tage zuvor am 29.12. werden Collectif Mary Read in der Kadterschmiede in der Rigaer94 ein Benefitkonzert spielen.



Derzeitige Situation von António Ferreira

Nach 43 Tagen verließ António Ferreira Montag, den 9. November, die Isolationshaft im Hochsicherheitstrakt

António trat in die gewohnte Ordnung zurück jedoch in die "neue" Zelle, die ihm zugewiesen wurde nachdem die Knastleitung ihm in seinen zwei Hauptforderungen nachgekommen ist: Das Recht – wie alle anderen auch – einen Schreibtisch mit Schublade in seiner Zelle zu haben (andere Forderungen wie eine Leselampe und Privatsphäre unter der Dusche waren ihm zuvor schon zugesichert worden) und das Versprechen möglichst bald in ein anderes Gefängnis verlegt zu werden, wie es sein Wunsch ist.

Während dieser eineinhalb Monate befand sich António für fünf Tage im Durststreik, 14 Tage im Hungerstreik und acht Tage in Kommunikationsverweigerung. Er hatte zum Beispiel nie die Möglichkeit an einen Stift zu kommen, um schreiben zu können obwohl ihm zwei per Post zugeschickt wurden. Niemals hatte er irgendeinen persönlichen Gegenstand, Kleidung oder etwas zum Lesen besessen. Aber gerade deshalb weigerte er sich zurückzugehen, ohne dass sie ihm die Dinge gewährten für die er kämpfte.

Dieser spezielle Kampf zeigt uns einmal mehr wie António innerhalb portugiesischer Gefängnisse lebt wo offensichtlich versucht wird seinen Protest zu beenden den der Gefängnisleiter sowieso dementiert – trotz eines unterschriebenen Briefes, dass António sich im Hungerstreik befindet.

Die Aktionen, Briefe und Faxe, die persönlichen Anrufe und Protest vor dem Gefängnis, in dem er sich befindet machten die Strategie, eine_n jede_n auf dieser Seite der Mauern zu isolieren, die sie immer anwenden, unmöglich.

Wir glauben, dass die mutige und stabile Position unseres Genossen verbunden mit der draußen gezeigten Solidarität verhindert haben António einen weiteren Gefangenen werden zu lassen der im Hochsicherheitstrakt „Selbstmord“ begangen hat!

Nichts ist vorbei.

Nicht nur António befindet sich immer noch im Gefängnis und ist von den Versprechen der Schließer abhängig. Auch dieses System und seine Gefängnisse existieren noch!

Für einen ständigen Angriff auf dieses Knastgesellschaft!

Einige solidarische Menschen in Portugal



Gefangenenliste

Hier findet ihr die Adressen von verschiedenen Gefangenen. Personen, welche aufgrund ihrer Feindschaft mit dem gegenwärtigen System eingespeert werden. Das heißt nicht, dass diese Liste vollständig ist, das hier ist nur ein sehr kleiner Teil davon. Ihr könnt in anderen Publikationen oder Internetseiten weiter recherchieren, wir wollen hier nur eine „übersichtliche“ Liste erstellen, auch mit Personen, mit welchen wir selbst entweder in Kontakt stehen oder deren Geschichte wir seit längerem verfolgen. Außerdem müsst Ihr immer beachten, dass Gefangene oft verlegt werden: deshalb wird diese Liste ständig aktualisiert werden, auch auf unserer Website könnt Ihr nachschauen.

Um etwas zu erfahren, wie mensch am besten „Gefangenen schreibt“ (denn viele haben am Anfang viele Hemmungen und Unsicherheiten) gibt es auf unserer Website, in verschiedenen Infoläden und in unserem Distro einen Flyer - „Wie schreibe ich Gefangenen“ - welcher euch etwas helfen wird. Das Briefe schreiben bleibt ein (aber nicht das ein einzigste) Mittel, die Isolation zu durchbrechen.

Nutzen wir diese!

Polen

Artur Konowalik
Zakład Karny
Zaleska 76
35-322 Rzeszow

Artur ist ein sozialer Gefangener, welcher gegen die Zustände in polnischen Knästen kämpft und diese in seinen veröffentlichten Briefen beschreibt und thematisiert. Er spricht nur polnisch, freut sich aber trotzdem über Postkarten.

Tomasz Wilkoszewski
Zakład Karny
ul. Orzechowa 5
98-200 Sieradz

Tomasz sitzt seit mehreren Jahren, weil er um sich selbst zu verteidigen einen Nazi erstochen hat. Er spricht Englisch.

Russland

Aleksey Bychin
FBU OIK-2 IK-7 otryad No. 7
ul. Karnallitovaya d. 98
g. Solikamsk Permskiy Kray
618545 Russia

Er sitzt wegen einer Auseinandersetzung mit Nazis. Weitere Infos: www.avtonom.org

Spanien

Gilbert Ghislain
Centro Penitenciario La Morajela,
Carretera local P-126C,
CP 34210 Dueñas Palencia

Gilbert ist ein anarchistischer Gefangener, welcher seit Jahren innerhalb des FIES-Systems (spanische Isolationshaft) kämpft.

Rafael Martinez Zea
C.P. Puerto de Santa Maria III
crtra Jerez-Rota, km 6
11500 Puerto de Santa Maria
Cadiz

Rafael ist auch ein anarchistischer Gefangener, welcher seit Jahren innerhalb der spanischen Knäste kämpft. Er spricht auch Englisch.

Claudio Lavazza
C.P. Teixerio – Curtis
Mod. 11
Carretera de Paradela s/n
15310 A Coruña

Claudio ist ein italienischer Anarchist. Zusammen mit anderen GenossInnen überfiel er das italienische Konsulat in Cordoba (Spanien) in Solidarität mit den Beschuldigten im Marini-Prozess in Italien (großer Repressions Schlag gegen AnarchistInnen in Italien während der zweiten Hälfte der 90er Jahre, viele wurden zu sehr langen Freiheitsstrafen

verurteilt). Der Konsul musste solidarische Faxen nach Italien schicken und die Anarchisten eigneten sich einige Pässe und Geld an. Außerdem wurde er aufgrund einer Schießerei mit der Polizei nach einem Banküberfall, wobei zwei PolizistInnen getötet wurden, verurteilt. Er ist einer der aktivsten Kämpfer gegen das FIES-System.

Portugal

António Ferreira de Jesus
E.P. Pinheiro da Cruz
7570 Grândola

Antonio, 67 Jahren alt, hat schon mehrere Jahre Knast hinter sich (43), da er wegen verschiedener Aktionen gegen die soziale Ungerechtigkeit dieser Gesellschaft verurteilt wurde, unter anderem wegen Enteignungen. Er ist ein aktiver Kämpfer gegen die dortigen Knastbedingungen.

Belgien

Farid Bamouhammad
Centrale gevangenis te Leuven
Geldenaaksevest 68
3000 Leuven

Farid gilt als der Hauptfeind des belgischen Knastapparates, da er an verschiedenen Aktionen und Revolten teilnahm. Er beging mehrere Bankü-

berfälle und sitzt gerade ein 17jähriges Urteil ab, weil er den Vergewaltiger seiner Frau getötet hat.

Italien

Leonardo Landi
Carcere Sanremo
Via Armea, 144
18038 Sanremo (IM)
Italien

Leonardo wurde Ende Oktober von der italienischen Polizei nach zwei Jahren auf der Flucht verhaftet. Ihm wird die Beteiligung an einem Überfall auf ein Postbüro vorgeworfen, der dazu dienen sollte eine angebliche subversive Vereinigung zu finanzieren.

Schweiz

Marco Camenisch
„PF 3143“
CH-8105
Regensdorf

Marco sitzt seit mehreren Jahren aufgrund seiner militanten Intervention in der Schweiz und Italien gegen die Atomindustrie. Nach einem erfolgreichen Ausbruch aus dem Knast Regensdorf im Jahr 1981 und mehreren Jahren im Untergrund, wurde er 1991 in Italien wieder verhaftet, wobei er dort wegen „fahrlässiger Körperverletzung (bei seiner Verhaftung gab es eine Schießerei mit den Carabinieri, die ihn festnehmen wollten) und Sprengstoffanschlägen“ verurteilt wurde. Er saß mehrere Jahre in Italien (bis 2002) und wurde dann in die Schweiz ausgeliefert, wo er noch eine Haftzeit offen hatte, weil er für den Mord an einen Schweizer Grenzschutzpolizist während der Zeit, in der er untergetaucht war, zu acht Jahren verurteilt wurde. Marco kämpft schon immer – egal ob draußen oder drinnen – und beteiligt sich immer an allen Aktionen, die gegen diese Knastgesellschaft unternommen werden. Er spricht Deutsch, Italienisch, Französisch und Englisch.

Griechenland

Alfredo Bonanno
Christos Stratigopoulos
Tzamala 27
33100 Amfissa
Greece

Alfredo und Christos sitzen aufgrund eines Banküberfalls in Griechenland in Untersuchungshaft. Weitere Infos hier und hier.

Giorgios Vogiatzis
Dikastikes Fylakes Korydallos,
Pteryga E⁶
18121 Korydallos

Giorgos wurde im Oktober 2007 verhaftet. Er gab zu der Tat (ein Bankraub) eine bekennende Erklärung ab, in welcher er den Akt als Aktion gegen die Versklavung durch Lohnarbeit nennt.

Giannis Dimitrakis
Fylakes Alikarnassos
Iraklio, Crete

Giannis sitzt seit Juli 2007 und muss noch weitere 35 Jahre wegen eines bewaffneten Bankraubes absitzen. Er begann den Raub zusammen mit drei anderen Anarchist_innen als Aktion gegen die herrschende Lohnsklaverei und wurde währenddessen durch Bullenkugeln verletzt. Er bleibt auch im Knast ein aktiver Kämpfer.

Ilias Nicolaou
Tzamala 27
Fylakes Amfissas
T.K. 37100
Amfissa

Ilias aus Thessaloniki sitzt seit dem 13. Januar aufgrund eines Brandanschlags auf eine Polizeiwache in Untersuchungshaft. Er war lange Zeit auf der Flucht gemeinsam mit zwei weiteren GenossInnen, die im gleichen Verfahren wie Vaggelis Botzatzis eingebunden waren.

Deutschland

Gabriel Pombo da Silva
Krefelderstr. 251
52070 Aachen

José Fernandez Delgado
Aachenerstr. 47
53359 Rheinbach

Gabriel und José sind zwei spanische Anarchisten, die schon mehrere Jahre in spanischen Gefängnisse saßen. Beiden haben vor allem unter den schweren FIES-Abteilungen gelitten. Sie haben sich immer gegen ihre Haftbedingungen gewehrt und bei allen Protesten aktiv mitgemacht. Sie schafften es auszubrechen und unterzutauchen, im Sommer 2004 wurden sie in Aachen mit zwei weiteren GenossInnen, Bart und Begona (Gabriels Schwester), verhaftet. Es folgte eine Geiselnahme und eine Schießerei mit den Bullen. Bart wurde zu dreieinhalb Jahren verurteilt (mittlerweile ist er raus), Begona zu einer Bewährungsstrafe, Gabriel zu 13 und José zu 14 Jahren. Seitdem kämpfen die beiden weiter innerhalb der deutschen Knäste.

Ihr könnt Gabriel auf Deutsch, Spanisch und Englisch schreiben, José auf Deutsch und Spanisch. Check: www.escapeintorebellion.info

Thomas Meyer-Falk
JVA Bruchsal
Schönbornstr. 32
76646 Bruchsal

Thomas, der sich als Anarchist bekennt, sitzt sei über 10 Jahren in Haft, weil er einen Bankraub begangen hat, welcher zur Finanzierung von legalen und illegalen linken Projekten dienen sollte. Er hat nie aufgehört hinter den Mauern zu kämpfen. Ihm droht auch die Sicherheitsverwahrung. Thomas könnt ihr auf Deutsch und Englisch schreiben. Check: www.freedom-for-thomas.de + www.freedomforthomas.wordpress.com

Lukas Winkler
Marktplatz 1
96157 Ebrach

Stephanie Träger
JVA Aichach
Münchner Straße 33
86551 Aichach

Sven Maurer
Marktplatz 1
96157 Ebrach

Am 27. Juni 07 wurden die drei Hausbesetzerinnen Lukas, Steffi und Sven in München von einem USK-Kommando festgenommen. Dabei wehrten sie sich mit Steinwürfen, Ende Januar 08 wurden alle drei zu je fünf Jahren Knast verurteilt. Soliblog: www.hausbesetzerinnen.de

Laurynas Mogila
c/o JVA Moabit
Alt-Moabit 12a
10559 Berlin

Laurynas sitzt im Knast, weil er bei einer Freiräumedemo in Berlin einen Bullen angegriffen haben soll, später wurde er nur durch ein Youtube-Video von den Bullen überführt. Er spricht litauisch und etwas deutsch.

Tobias Poge
JVA Moabit
Alt-Moabit 12a
10559 Berlin

Tobias soll am 16. November zwei Luxuskarren in Berlin-Friedrichshain flamiert haben.

USA

Green Scare Gefangene:

Anfang 2006 wurde in den USA die größte Operation gegen „Inneren Terrorismus“ unternommen: Viele Leute wurden unter der Anschuldigung AktivistInnen der ELF (Earth Liberation Front) und ALF (Animal Liberation Front) zu sein eingeknastet. Eine Vielzahl von ihnen wurde schnell zu Kronzeugen gegen die anderen, andere wurden seit längerer Zeit als Spitzel in der Szene benutzt. Nur ein paar wenige weigerten sich mit den Behörde gegen andere zu kooperieren. Die hier angegebenen Adressen sind selbstverständlich von diesen Letzteren. Seitdem gab es auch neue Fälle von Verhaftungen, leider viel zu oft haben sich einige entschieden gegen ihre ehemaligen Genoss_innen auszusagen. Wenn Ihr Gefangenen in den USA schreibt, müsst ihr unbedingt vorher ihre Webseiten checken, weil die

Postregelungen dort viel schärfer als anderswo sind und von Bundesstaat zu Bundesstaat variieren. Beispielsweise ist in einigen Bundesstaaten das umrundete „A“ Zeichen verboten, da es als „Gangsymbol“ (Die Anarchist_innen...) gilt und diese verboten sind... Weitere Infos: www.ecoprisoners.org + www.greenscare.org

Daniel McGowan,
#63794-053,
USP MARION,
U.S. Penitentiary,
P.O. Box 1000,
Marion, IL 62959

Check: www.supportdaniel.org

Joyanna Zacher (Sadie)
36360-086
FCI Dublin
Federal Correctional Institution
5701 8TH ST – Camp Parks – Unit E
Dublin, CA 94568

UnterstützerInnengruppe: supportersofnathanandjoyanna@gmail.com

Nathan Block (Exile)
36359-086
FCI Lompoc
Federal Correctional Institution
3600 Guard RD.
Lompoc, CA 93436

UnterstützerInnengruppe: supportersofnathanandjoyanna@gmail.com

Jonathan Paul
#07167-085
FCI Phoenix
Federal Correctional Institution
37910 N 45th Ave.,
Phoenix, AZ 85086
Check: www.supportjonathan.org

Daniel, Sadie, Exile und Jonathan gehören zu der ersten Verhaftungswelle gegen ELF Aktivist_innen und wurden zu mehreren Jahren Knast für verschiedene Brandanschläge verurteilt.

Briana Waters
#36432-086
FCI Danbury
Federal Correctional Institution

Route 37
Danbury, CT 06811
Check: www.supportbriana.org

Eric McDavid
16209-097
FCI Victorville, Medium II
Federal Correctional Institution
PO Box 5300
Adelanto, CA 92301

Eric wurde zu 19einhalb Jahren Knast verurteilt, hauptsächlich aufgrund der Aussage eines Spitzels: er hatte gar keine Aktionen begangen, sondern nur einige „geplant“ (wie die Sprengung einiger Strommasten). Check: www.supporteric.org

Marie Mason
#04672-061
FCI Waseca
Federal Correctional Institution
p.o. Box 1731
Waseca, MN 56093

Marie erhielt Februar 2009 ihr Urteil: 22 Jahre Haft, sie hat ihre Teilnahme an verschiedenen Aktionen der ELF zugegeben, allerdings ohne weitere Genoss_innen preiszugeben. Sie wurde von ihrem ehemalige Freund und Genossen verraten. Unterstützer_innengruppe: freemarie@riseup.net – Check: www.midwestgreenscare.org

Michael Sykes
696693
Richard A. Handlon Correctional Facility
1728 Bluewater Highway
Ionia, MI 48846

Michael, ein 18 Jahre alter Anarchist, wurde aufgrund verschiedener ELF Aktionen (Brandanschläge und Sachbeschädigungen) zu einer Strafe zwischen 4 und 10 Jahren verurteilt. www.supportmichael.wordpress.com

Großbritannien

John Bowden
Prison No. 6729
HM Prison Glenochil
King OMuir Road, Tullibody
Scotland FK10 3AD

John ist seit 25 Jahren „zu Gast“ im englischen Knastsystem. Er definiert sich als Anarchist und hat während seiner Inhaftierung lange gekämpft und an vielen Revolten teilgenommen. Um mehr über ihn zu erfahren könnt ihr in die vergangenen Entfesselt gucken, sonst auf englisch: www.brightonabc.org.uk

Elijah Smith
VP 7551

HMP Lewes,
1 Brighton Rd,
Lewes, BN7 1EA.
England

Elijah sitzt seit elf Monaten in U-Haft, weil er beschuldigt wird die Büros des Konzerns EDO, welcher Profite durch die Herstellung von Waffen erzielt, mit anderen in Brighton angegriffen zu haben. Sein Prozess soll im Mai 2010 beginnen.

Japan

Urata Keisaku
Hyogo-ken Kakogawa shi Kakogawa-cho Amano 15530
Japan

Der anarchistische Genosse „Y“ (er will anonym bleiben), aktiv bei der anarchistischen Gruppe „Free Workers Federation“, sitzt seit dem 9. Juli 2008 in japanischen Kerkern, weil er beschuldigt wurde Steine auf PolizistInnen geworfen zu haben, sowie eines ihrer Schilder „enteignet“ zu haben. Das ganze soll im Laufe einer acht Tage langen Revolte in Osaka in Folge des Zusammenschlagens eines Arbeiters durch die Polizei passiert sein. Wir werden demnächst ausführlich über seine Situation berichten. Er versteht kaum englisch, Postkarten und Zeichnungen sind sehr willkommen.

Dänemark: Elektron. Fussfesseln ab 12 Jahren

Die dänische Regierung möchte in einem soeben fertiggestelltes 39-Punkte Massnahmenpaket zur Bekämpfung von Jugendkriminalität gesetzlich verabschieden. Das Gesetzpaket sieht unter anderem die Einführung einer elektronischen Fussfessel für „verhaltensauffällige“ Kinder / Jugendliche ab 12 Jahren vor.

Die dänische Regierung möchte ein Gesetzespaket umsetzen, welches unter anderem die Einführung eines satellitengesteuerten Überwachungssystems für Jugendliche vorsieht. Jugendliche, welche in ihrem Verhalten „besonders aggressiv“ einzustufen sind, sollen in Zukunft eine elektronische Funkfussfessel tragen und unter Hausarrest gestellt werden. Mit der Fussfessel soll die / der Jugendliche vor der Öffentlichkeit isoliert werden. Einstimmig möchte die Regierung mit Justizminister Brian Mikkelsen und Sozialministerin Karen Ellemann nicht nur eine elektronische Fussfessel ab 12 Jahren einführen, sondern auch das allgemeine Jugendstrafgesetz in seiner Anwendung von 15 Jahren auf 14 Jahre herabsetzen. Die dänische konservative Regierung befürwortet dies ein-

stimmig vor dem Hintergrund einer steigenden Jugendkriminalität. Weitere Gründe für ein solches Gesetzespaket sieht die Regierung „In den vergangenen Jahren und Monaten sorgte das Aufflammen blutiger Bandenkriminalität sowie Jugendunruhen vor allem in Kopenhagen immer wieder für Debatten.“

Widerstand gegen das Gesetzespakete gibt es aus Teilen der Opposition. Die Umsetzung des Gesetzes ist jedoch schon gesichert. Die Regierung ist sich einig und wird bei einer parlamentarischen Abstimmung mit anderen Teilen der Opposition, der rechtsextremen Partei „Stimme des dänischen Volkes“ die Mehrheit erhalten. Kinderschutzgruppen und Teile der radikalen Linken haben das Gesetzespaket gestern scharf verurteilt. Neben dem Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen ist das Gesetzespaket nun ganz oben auf der Agenda des Widerstands.

Eine breite internationale Unterstützung ist essentiell. Das Gesetzespaket ist bei Umsetzung nur die Vorreiterrolle für nachziehende Gestzespakete in anderen EU-Ländern.

Einige Antworten auf den Text: „Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen...“

Nah am Wasser gebaut...

Diskussionsbeitrag zum Text: „Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen...“ der Gruppe SDB erschienen in der Zeck Sept. 2009

Um gleich auf eure doch recht polemische Überschrift einzugehen: Wir wollen heulen, weil uns manchmal danach ist! Weil wir die Angst unserer Genoss_innen mitfühlen, weil wir Wut und Verzweiflung teilen oder selbst empfinden, weil wir Verunsicherung nicht einfach wegwischen wollen. Weil wir eben keine kalten, harten und abgestumpften „Krieger_innen“ sind und (ganz pathetisch) unser Kampf noch immer Leben heißt.

Wir sehen durchaus einige Probleme die ihr anspricht und haben ein ähnliches Ziel: Das der vielfältigen und kämpferischen Solidarität.

Leider gehen, aus unserer Sicht, eure Frage und Versuche Antworten zu finden in die falsche Richtung. Wir glauben es reicht nicht aus sich schnell über alles auszukotzen und ein paar alte (und richtige) Fragen neu zu verpacken. Denn ein weiteres mal bleibt auch in eurem Artikel unser alltägliches Handeln, aber auch besonders individuelle wie kollektive Handlungspraxen im Umgang mit Repression dort unhinterfragt, wo das reproduzieren des Stärkekulturn in der eigenen Szene dazu dienen soll, dem Staat zu vermitteln die Repression verfehle ihren Zweck, nämlich Einschüchterung, Angst und Lähmung. Doch wieso lässt sich unsere Unversöhnlichkeit nur dadurch artikulieren dass wir die Gefühlsfeindlichkeit einer herrschenden Dominanzkultur reproduzieren?

Unserer Meinung nach haben Genoss_innen die Schwierigkeiten zwischen zu hohen Ansprüchen und taktischer Beliebigkeit schon wesentlich treffender, im Rahmen der Aussageverweigerung – Diskussion, auf den Punkt gebracht.

„Der Ruf nach größerer Entschlossenheit, nach Konsequenz und Opferbereitschaft vergrößert nicht unsern Schutz, sondern produziert nur unsere „Verräter_innen“. Wenn umgekehrt der Umgang mit der Denunziationspflicht nur eine persönliche Entscheidung der Betroffenen ist, wenn unser Umgang mit staatlicher Nachforschung nur taktisch und nicht politisch bestimmt ist, dann untergraben wir die Basis jeglichen politischen Handelns, dann zerstören wir unsere Solidarität untereinander. Wie wir unsere Kämpfe kollektiv führen wollen und sollten, so muss auch unser Umgang mit der Repression ein kollektiver sein. Das soll nicht heißen das

DER Verhaltenscodex entwickelt wird. Gleiches Verhalten ist ungleich für ungleiche Menschen, die in unterschiedlichen Lebenssituationen leben und unterschiedliche politische Auffassungen haben. Wir können politische Grundpositionen, die Richtung, in die unsere politische Initiative, die massenhafte Aussageverweigerung, zielt, gemeinsam entwickeln, aber nicht detailliert die einzelnen Handlungen.“

(Laßt sie im Trüben fischen/Diskussionspapier zur Kampagne für Aussageverweigerung 1989) Hier wurden Ansätze formuliert die wir auch auf Repression im Allgemeinen bezogen richtig finden.

In erster und leider fast einziger Linie, ruft ihr nach größerer persönlicher Entschlossenheit. Größere Entschlossenheit ist natürlich ne prima Sache, keine Frage, aber wir sind doch sehr skeptisch ob sie allein ausreichen wird.

Wir glauben nicht, dass defensives Verhalten gegenüber Repressionsorganen auf individuelle Schwächen und fehlende persönliche und/oder politische Standfestigkeit zurückzuführen ist – sondern das uns immer wieder die gleichen Dinge auf die Füße donnern. Dazu gehört, kämpferische (und auch militante) Solidarität eben nicht mit breitbeinigem Machotum zu verwechseln, sondern als eine politische Praxis, in der sich Angst und Mut, Entschlossenheit und Zweifel nicht gegenüberstehen, sondern aufeinander beziehen. Tut uns leid, aber die Parolen vom eisernen Durchhalten und eure „Revolution ist kein Spielplatz“ Vergleiche, bleiben doch nur leere Phrasen die uns weder weiterhelfen noch einen Weg aufzeigen. Vielmehr glauben wir, dass es einen solidarischen Alltag braucht um auch in Momenten der vermeintlichen Einsamkeit und Verunsicherung handlungsfähig zu bleiben. Einen Alltag in dem für uns erlebbar und spürbar wird, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Das ist, zugegeben, ein verdammt langer Weg und wir sind nicht die Ersten die sich auf ihm versuchen, aber es gibt auch mehr zu gewinnen als Durchhalteparolen.

Dabei empfinden wir, bei aller Kritik, euren Diskussionsanstoß als eine gute Grundlage für eine weitere Auseinandersetzung.

Ohne Abschlussparolen aber dafür mit Gruß und Kuss
Autonome Seefahrer_innen

PS.: Thomas aus der RZ in einem Absatz für seine Einlassungen gegenüber der Justiz abzukanzeln, empfinden wir als ziemlich undifferenziert. Wenn sich nach 18 Jahren Lebens- und Kampfreality ändern, ist das für uns vielleicht unverständlich, aber auch hier sehen wir die Probleme eher in einer wenig solidarischen Bewegung, als im Verhalten von Thomas.

Antwort von Thomas Meyer-Falk auf den Text „Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen...“ erschienen in der letzten Ausgabe der entfesselt

Thomas Meyer-Falk
z. Zt. JVA
Schönbornstr. 32
76646 Bruchsaal

Bruchsaal, 09.10.2009

„In der ENTFESSELT von September/Oktober 2009 stand ein ebenso wichtiger wie erfrischender Beitrag zur politischen Solidarität. Da ich selbst zur Zeit im Knast sitze erlebe ich tagtäglich wie Menschen einknicken, in der Hoffnung einen Brotkrumen vor die Füße geschmissen zu bekommen (und oftmals warten sie auf den dann auch noch vergeblich). Aus eigenem Erleben (und Kommentaren z.B. auf indymedia zu meinen Texten) kann ich berichten, daß an mich selbst von GenossInnen oder FreundInnen schon die Forderung herangetragen wurde, doch beim Spiel der Justiz mit zu spielen, denn es sei wichtiger raus zu kommen und draußen zu kämpfen, als im Knast zu verrotten. Jemand meinte, ich solle es doch wie Wallraf machen, mich quasi „undercover“ in das Spiel zu begeben um es hernach zu entlarven. Andere meinten, ob ich hier einen auf Märtyrer machen wolle. Mitunter frage ich mich, ob ich über solche Ratschläge, bzw. Äußerungen lachen, weinen oder mich ärgern soll. Glücklicherweise gibt es auch jene Menschen die mich und meine Haltung mit der Justiz und ihren „Spielchen“ zu verweigern verstehen und unterstützen. Solidarität bedeutet wirklich nicht blinde Gefolgschaft und Kritik ist wichtig, produktiv- aber es sollte einen Grundkonsens geben.

Ich könnte mir vielleicht (wie gesagt: nur vielleicht) die Freiheit verdienen durch eine langjährige sogenannte „Sozialtherapie“, dort solle ich, nach den Worten des Gerichts einen „sozialadäquaten Umgang mit Konflikten“ erlernen. Nein Danke, sage ich da nur. Aus politischen, menschlichen und vielen anderen Gründen: Nein! Damit ist dann eine Freilassung nach den Vorstellungen des Gerichts auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, gerade weil ich mit der von den Nazis 1933 eingeführten Maßregel der Sicherungsverwahrung belegt wurde. Diese erlaubt der Justiz, das Wegsperrten von Menschen für den Rest ihres Lebens.

Sicher, es wäre schöner „draußen“ mitzukämpfen, aber auch der Weg dorthin ist meines Erachtens wichtig. Wer beim ersten leichten Windstoß nach dem Rettungsboot ruft, hat, so denke ich, manches nicht verstanden. Kampf heißt auch aufrecht stehen zu bleiben und sich nicht sofort in der nächsten Kuhle zu verstecken oder die weiße Fahne zu hissen.

„Das war ja allen nicht so gemeint, ich habe eingesehen alles verkehrt gemacht zu haben- bitte lassen sie mich jetzt raus!“- das ist Voraussetzung für eine Freilassung. Unter Rückgriff auf alte Philosophen der Kriegskunst wird dann die These vertreten im Kampf sei alles erlaubt, jede Täuschung des Feindes. Man könne also doch einfach das Bereuen-Ritual erfüllen und zugleich die Flamme im Herzen tragen. Es gibt Kraft zu lesen, wie in dem eingangs erwähnten Text in der ENTFESSELT, daß es Menschen gibt die das nicht so sehen, denen Authentizität, Offenheit und Direktheit wichtiger sind.

Thomas Meyer-Falk
z.Zt. JVA Bruchsaal



...weitere Worte,

Wie angekündigt wollen wir uns mit folgender Stellungnahme – diesmal ausführlicher, was mit Sicherheit eher einer wirklichen Auseinandersetzung mit dem Thema entspricht – mit unserer Entscheidung keine weiteren Texte von Dirk zu veröffentlichen auseinandersetzen, genauso wie mit den Texten des ak Antirepression Hannover und Werners Brief.

Wir wollen dieses Mal möglichst auf „Pathosgetränkte Verlautbarungen und Dichotomien“ verzichten und hoffentlich klarere Worte für das finden, was wir problematisch finden, wenn es um die Veröffentlichung von Dirks Texten geht. Vielmehr als um ein Verbannen von Dirks Texten aus der Entfesselt diskutieren wir gerade, ob wir es nicht viel wichtiger fänden eben genau darüber zu sprechen. Mit allen, die sich daran beteiligen wollen – womit wir auch Dirk meinen.

Was wir das letzte Mal als Schmerzgrenze bezeichneten lässt sich als eine gefühlte Unvereinbarkeit damit beschreiben, dass jemand, der in der Entfesselt schreibt, an eine Polizeistiftung spendete. Hierbei vergessen wir keineswegs die Umstände unter denen sich Dirk befindet, wobei wir sicher von einigen gar keine Vorstellung haben und uns freuen einen Text wie von Dirk über Haftbedingungen veröffentlichen zu können. Auch über die Einstellung dieser Spenden (?) wie auch die Beweggründe dafür oder von der anderen Seite betrachtet, wie es überhaupt dazu gekommen ist diese Spenden zu machen haben wir kein Wissen. Auf art-in-prison.de findet sich ein Abschnitt in dem „Der Verkauf der Bilder dient nicht zuletzt seinem einer „stellvertretenden Wiedergutmachung“, indem ein Teil des Erlöses als Spende der Niedersächsischen Polizeistiftung zugeht“ steht.

„AnarchistInnen – Polizei: wie bekannt, ein andauernder Krieg, der nicht anders aussehen könnte.“ Hinter diesem Satz steckt für uns eine Aussage darnach es auch keine Kooperation mit dem Repressionskörper für uns geben kann. Wir sind uns der identitären Aussage eines solchen Satzes bewusst – was natürlich auch problematisch ist. Problematisch auf der einen Seite – weil Identitätskonstrukte sicherlich immer in Frage zu stellen sind wir auf der anderen Seite das Wort Anarchist_innen auch nicht gepachtet haben. Somit auch nicht sagen können oder wollen was das im Konkreten zu bedeuten hat. Also lassen wir das mit den Platitüden besser und versuchen zu sagen, was wir meinen. Wir sehen in der Polizei eine Verwirklichung des staatlichen Gewaltmonopols und damit Verteidiger_in der herrschenden Ordnung. Genau wie die Polizeien sind dann auch Gefängnisse Teil dieses Machtapparats, den es für uns (auch als Anarchist_innen) zu bekämpfen gilt. Die Wahl der Mittel, wie auch die Analyse dieses Konflikts kön-

nen und wollen wir nicht allgemeingültig vorgeben. Krieg mag eine unpassende Aussage für manche bedeuten doch verspüren einige das Bedürfnis die Situation in der sie Leben genau so zu benennen. Dass „Krieg“ nicht immer eine militärische Handlung beinhaltet ist hierbei vorausgesetzt. Auch scheuen sich die Bullen nicht davor Leute abzuknallen – wie weltweit, auch hier in der BRD, zu sehen ist. Die urbanen Schlachtfelder wie der ak Antirepression aus Hannover sie anspricht entsprechen hier und heute vielleicht mehr dem ständigen Kampf bestimmter oft marginalisierter Gruppen um einen Platz in einer Gesellschaft, in deren System ihnen kein Platz zukommt. Exemplarisch seien hier Menschen genannt, die Opfer von rassistischer Gewalt, Einschüchterung und Diskriminierung nicht nur von einer deutschen Mehrheitsgesellschaft sind, sondern auch und besonders von deren „Beschützer_innen“ in Uniform, die diese institutionelle Position auszunutzen wissen. Unser Fokus liegt hierbei nicht auf der Polizei und der/dem Polizeibeamt_in.

Sie sind jedoch die offensichtlichsten Teile eines Systems, dessen „Sicherheit“ durch Repression auf verschiedenste Arten in verschiedensten Lebensbereichen, abhängig auch noch von Deinem Geschlecht, deiner Klassenzugehörigkeit und/oder ethnischen Herkunft verteidigt wird.

Knäste, hierbei wollen wir gerade auch bestimmte Arten der angewandten Repression - wie Isolationshaft – nennen, sind die - uns fällt hier keine bessere Beschreibung ein – widerwärtigen effektivitätsorientierten Methodiken in diesem bestrafenden System.

Wenn wir uns also überlegen, dass Dirk eine Polizeistiftung – gerade auch aus Gründen einer „stellvertretenden Wiedergutmachung“ - unterstützt ist hier eine Unvereinbarkeit von der die Genoss_innen des ak Antirepression in anderem Zusammenhang gesprochen haben für uns spürbar.

Wir hoffen im Folgenden diese Unvereinbarkeit beschreiben zu können wie auch das Dilemma das wir sehen.

Gerade auf Grund der Haftbedingungen die an Dirk angewandt werden, die wegen ihrer Dauer und dem Umstand, dass Dirk damit weitgehendst alleine einen Umgang finden muss noch einmal grausamer erscheinen, finden wir es eine logische Konsequenz sich Verbesserungen herbeizusehnen und können auch nachvollziehen wenn Personen Kompromisse eingehen um solche zu erreichen. In Dirks Fall handelt es sich dabei um eine „stellvertretende Wiedergutmachung“ durch Spenden an die niedersächsische Polizeistiftung, die mittlerweile eingestellt zu sein scheinen. Bei diesem Punkt sind wir

uns weder sicher, ob diese Zahlungen beendet wurden, noch könnten wir sagen von den „bekannten Umständen“ zu wissen, warum die homepage noch nicht aktualisiert wurde. Das würde uns interessieren.

Eine Bedingung, von der es abhängt tatsächlich Verbesserungen im Knast erreichen zu können ist, dass Du als Gefangene_r meistens ziemlich widerwärtige Dinge tun musst um diese zu bekommen. Zum Beispiel gibt es die sogenannte zweidrittel Regelung. Diese bedeutet auf der einen Seite frühzeitige Haftentlassung wenn alles Glatt geht. Auf der anderen Seite muss sich ein_e Gefangene_r um diese zu erreichen dafür aber erst einmal als tauglich für eine frühzeitige Wiedereingliederung in die Gesellschaft draußen beweisen. Wer hierbei festlegt, wer und was überhaupt tauglich ist, sind Psycholog_innen, Schließer_innen, Knastleitung und nicht zuletzt auch Gerichte die dann darüber ihr Urteil fällen. Die Idealvorstellung eines Menschen, der angepasst, den geltenden Normen und Wertevorstellung entsprechend handelnd, nicht weiter auffällig - also resozialisiert und mit minimierter Rückfallquote entlassen werden soll orientiert sich zum einen an einer kapitalistischen Logik zum anderen am Verlangen eines Staates sich seiner Bürger_innen sicher zu sein – sie kommen ja nur raus, wenn sie den staatlichen Vorgaben entsprechen. Das bedeutet sie still zu halten.

Eine „stellvertretende Wiedergutmachung“ ist auch Teil einer solchen über dich richtenden Logik. Zu aller erst ist es doch so, dass du als verurteilte_r Gefangene_r deine Strafe abzusitzen hast. Dem heutigen Strafvollzug genügt dies jedoch nicht mehr. „Resozialisierung“ als ein fester Bestandteil des Strafsystems bedeutet einen erheblichen Mehraufwand für die/den Gefangene_n in der/dem wie zuvor beschrieben jegliches widerständige und unangepasste Verhalten gebrochen werden soll als Bedingung dafür wieder rauszukommen – in Anbetracht einer drohenden Sicherheitsverwahrung erhöht sich der Druck auf die Gefangenen enorm. Auch eine „stellvertretende Wiedergutmachung“ kann einen solchen Mehraufwand für eine_n Gefangene_n bedeuten. Sollte sie/er nicht das Bedürfnis danach haben so wird dies implizit doch von ihr/ihm gefordert. Wir verabscheuen eine solche Art mit Menschen Umzugehen, die auf Zwang und Machtausübung basiert und eine weitere Ebene der Bestrafung bedeutet. Sie vervollständigt das Bild einer Gesellschaft des eingesperrt Seins. Du sollst nicht nur physisch sondern auch psychisch Deine Lektion erfahren..

Sollte sich ein_e Gefangene_r dafür entscheiden etwas „wiedergutmachen zu wollen“ kann sich dies für uns nicht an die wenden, die Dich in den Knast gebracht haben und auf Grund ihrer Funktion in dieser Gesellschaft nicht als verbündete gelten können – also die Polizei oder stellvertretend eine Polizeistiftung .

Geradezu paradox ist es für uns in dieser Logik eine Polizeistiftung finanziell zu unterstützen. Wie zuvor schon angemerkt können wir uns vorstellen, das gerade das dabei aber

der ausschlaggebende Punkt ist. „Bedingung“ für offensichtliche Reue ist es klar zu zeigen, wer hier auf der richtigen und wer auf der falschen Seite steht. Polizist_innen sind akzeptierte Ausführende ihrer „gesellschaftssichernden“ Rolle und werden von der Mehrheitsgesellschaft erst gar nicht hinterfragt. Ein_e Gefangene_r, die/der bessere Haftbedingungen haben will (auch wenn diese, wie im Fall von Dirk von verschiedensten Stellen sowieso schon als „menschenunwürdig“ erkannt wurden) muss sich dieser Logik beugen. Ob Dirk das nun aus taktischen Gründen oder aus Überzeugung gemacht hat können wir nicht wissen – und hier nun findet sich das Dilemma in dem wir stecken.

Wir finden eine Auseinandersetzung über die zuvor angesprochenen Punkte unerlässlich. Auf der einen Seite schlicht auf Grund der Unvereinbarkeit, die sich für uns ergibt, auf der anderen Seite, weil wir finden, dass ein „unhinterfragtes“ (was wir niemandem unterstellen wollen) oder für uns noch schlimmer bewusstes Unterstützen des Polizeiapparates für uns aus zuvor genannten Gründen unverständlich ist und eine solche Position in der Entfesselt für uns nichts zu suchen hat. Was wir aber wollen ist eine Auseinandersetzung darüber.

Das Dilemma ist nun aber, dass Dirk sich zu diesen Punkten unserer Meinung nach nur sehr schwer äußern kann. Zum einen scheint es ja nur wenig möglich zu sein sich von seiner „stellvertretenden Wiedergutmachung“ und dem Verhältnis gegenüber der Polizei in diesem besonderen Fall zu distanzieren weil dann – sollte es sich um ein taktisches Verhältnis handeln – sein Konstrukt in sich zusammenbrechen würde, was wohl negative Konsequenzen für ihn bedeuten könnte. Wir wollen hier nun keine weiteren Annahmen oder Gedankenspiele betreiben – sondern die Frage stellen, wie sich andere Leute eben dazu positionieren, ob sie das überhaupt wichtig finden o.Ä. und wie eine Auseinandersetzung darüber stattfinden könnte.

Für uns stellt sich überhaupt die Frage, mit welchen Inhalten die Entfesselt gefüllt werden soll und wer diese Inhalte produziert womit auch zusammenhängt welche politischen Dimensionen dabei berührt werden. Es geht uns dabei nicht darum nur „Anarchist_innen“ zu Wort kommen zu lassen – doch handelt es sich bei dem Zeitungsprojekt um ein anarchistisches. „Freiheit für alle Gefangenen“ ist unser Ziel und ergibt sich für uns aus einer Sichtweise, darnach Knast nicht den Endpunkt sondern einen elementarer Bestandteil der Gesellschaft und der herrschenden Machtstrukturen bedeutet. Bis dieses Ziel erreicht werden kann müssen sich noch einige Grundlegenden Dinge innerhalb dieser Gesellschaft verändern und wir wollen dazu beitragen. Eine Auseinandersetzung mit dem Knastsystem und dem System von Bestrafung überhaupt ist für uns hierbei ein wichtiger Anknüpfungspunkt.

ABC Berlin

Mailand - der Bus für Migranten, der ein Gefängnis ist

Die Kontrollen erfolgen an den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. Ausländer, die ohne Papiere ertappt werden, lassen die Beamten der Stadtpolizei in einen Spezialbus mit vergitterten Scheiben steigen, aus dem sie nicht aussteigen können, bis die Zentrale erreicht wird. Es ist der berühmte „Gefängnis-Bus“, der verwendet wird, um Ultras zum Stadion zu transportieren. Die Stadtpolizisten in Mailand benutzen ihn, um mutmaßliche illegale festzusetzen, um sie dann zu identifizieren. Für den Fall, dass sie sich als Illegale herausstellen, kommt das Verfahren wegen Illegalität ins Rollen, wie es das Sicherheitspaket vorsieht. Wenn er die Ausländer einmal geladen hat, schießt der von vier Streifenwagen mit Martinshorn eskortierte Bus bis zur Zentrale durch die Stadt. Die Durchführung dieser Operationen wird von den Stadtpolizisten der Gruppe „Öffentliche Beförderungsdienste“ durchgeführt, die zur Gewährleistung der Sicherheit in Bus und Straßenbahn eingerichtet wurden, de facto aber auf die Jagd auf den den Illegalen spezialisiert sind.

Quelle: milano.repubblica.it/multimedia/home/11984495

Mailand: Stadtpolizisten auf Migrantenjagd, Gefängnis-Bus fängt die Illegalen ein

Man lässt die Ausländer ohne Papiere in einen Bus mit vergitterten Scheiben steigen: es ist der Bus, den man für die Ultras verwendet und für die Festsetzung zur anschließenden Identifizierung von Illegalen benutzt. Die Durchführung dieser Operationen wird von den Stadtpolizisten der Gruppe „Öffentliche Beförderungsdienste“ durchgeführt, die zur Gewährleistung der Sicherheit in Bus und Straßenbahn eingerichtet wurden, de facto aber auf die Jagd auf den den Illegalen spezialisiert sind.



Dem Kommissar gefällt dieser Job: „Jungs, schnappt mir den, der im Gras versteckt ist, und ihr werdet mich glücklich machen“, sagt er den Seinen. Der, der sich im Gras versteckt, ist ein Nordafrikaner. Er ist kaum mehr als 20 Jahre alt. Er hat sich vom Haltegriff eines Stadtpolizisten befreit und hinter einen Strauch versteckt. Von dort, ist er wer weiß wohin gerannt. Am Ende eines ganzen mit Kontrollen zugebrachten Vormittags wird er der einzige Ausländer sein, der der Gruppe „Öffentliche Beförderungsdienste“ entkommen ist. Das im Jahr 2000 von der Kommune zur Gewährleistung der Sicherheit in Bus und Straßenbahn auf die Beine gestellte Team hat sich seit dem vergangenen Jahr auf den Dienstbereich „Inge- wahrsamnahmen und Identifizierungen“ spezialisiert. Konkret: die ohne Papiere angetroffenen Ausländer in spezielle Busse mit vergitterten Fenstern einsperren und diese anschließend identifizieren.

32 Beamte auf drei Schichten. Stadtpolizisten, die tun, was sie tun müssen, während die Männer der Atm (Mailändische Verkehrsbetriebe, d.Ü.) Personen, die zum Nulltarif mitfahren mit Geldstrafen belegen. Straßenbahn um Straßenbahn, einen Ausländer nach dem Anderen. Gestern früh, als die Gruppe zum ersten Mal seit dem Start der Strafverfahren gegen die Illegalen, ist es gut gelaufen: 120 Strafzettel und zehn in die Zentrale verbrachte Ausländer. Man geht in Stellung, man verlangt von den Ausländern die Papiere und wenn diese keine haben, lädt man sie in den „Gefängnis-Bus“. Es ist der gleiche Typ Bus, den man verwendet, um Ultras-Gruppen zum Stadium zu eskortieren. Die Beamten nennen den Bus „Stranamore“ („Strangelove“, d.Ü.). „weil er an das Wohnmobil erinnert, in dem Alberto Castagna (Italienischer Talkmaster, d.Ü.) in den Neunzigerjahren Verliebten im TV weinen ließ“, lacht ein Beamter.

Nach Operationsende, wird Stranamore auf dem Rückweg von vier Autos der Stadtpolizei begleitet, die mit läutenden Martinshörnern bei Rot über die Straßen fahren, um die Fracht zur Zentrale zu bringen. Als an der Haltestelle in der Via De Missaglia die - weiterhin laut Stadtpolizisten-Jargon - Tonara (Fangnetz, wörtlich: Großfanganlage für Thunfische, d. Ü.) ausgelegt wird, ist es halb acht. Die Straßenbahn hält, die Beamten blockieren die Ausgänge. Als Ersten trifft es einen jungen Nordafrikaner. Er zeigt Kopien von Ausweispapieren vor, sie machen ihm Zeichen, er soll in den Bus steigen. Er tut es, ohne groß Geschichten zu machen. Dann ist ein Slave an der Reihe. Er sagt kein Wort, er holt die Hände nur kurz bevor er sich hinter den ersten Ingewahrsamgenommenen setzt aus der Hosentasche. Die Fahrgäste in der Straßenbahn wohnen der Szenerie bei und kommentieren: „Warum handelt ihr

denn so? Haben sie etwas angestellt?“ Die Antwort: „Sie sind Illegale, liebe Frau“.

Drei von zehn, die festgesetzt wurden, sind es überhaupt nicht, wie sich nach den Überprüfungen erst am Abend heraus stellen wird. Für sieben nimmt hingegen die Stranzeige wegen Illegalität ihren Lauf, ein einziger wird verhaftet: er hat die Abschiebeverordnung bereits in der Tasche, aus Italien hat er sich jedoch nicht weg bewegt. Im Bus, der um 10 Uhr morgens im Begriff ist, mit den Männern an Bord erneut los zu fahren, schlägt der eine oder der andere mit den Fäusten gegen die Scheibe. Andere verstecken ihr Gesicht zwischen den Knien. Eine weitere Frau bleibt stehen: „Ihr tut das Richtige“ - sagt sie zu den Beamten - Im Kittchen müssen die sitzen, die da“. Eine Frau will naiverweise von den Beamten wissen, wohin der seltsame Bus mit den Gittern an den Fenstern denn fährt. Sie setzt sogar an, um einzusteigen, der Stadtpolizist jedoch, hält sie auf: „Warten sie auf die Straßenbahn, liebe Frau. Das ist besser“.



Über die Teams gegen die Illegalen ist der Vizebürgermeister De Corato sehr stolz. „Es handelt sich um einen Dienst, der von dieser Task-force exklusiv geleistet wird“ sagt er. „Der Verkehrsüberwachung (die traditionelle Aufgabe der Stadtpolizei, d.Ü.) , die 2900 Stadtpolizisten obliegt, kommen keine Kräfte abhanden“. Bei seiner Anpreisung der „Pumas“ antwortet De Corato auf diese Weise auch auf die Vorwürfe, die ihm die Gewerkschaften der Stadtpolizisten selbst gemacht haben, weil er unter Vernachlässigung der eigentlichen Aufgaben der Ghisa (der Stadtpolizist im mailändischen Dialekt, d.Ü.), wie etwa dem Entfernen von vor Einfahrten geparkten Autos, zu viele Uniformen auf die Sicherheitskampagnen umgelegt hat.

Eine Recherche von Repubblica Milano (mailändische Ausgabe der Tageszeitung „La Repubblica“, d.Ü.) hat offenbart, wie die Kommandantur der Stadtpolizei - zur Befriedigung der Sicherheitspolitischen Initiativen von Palazzo Marino (Sitz der mailändischen Kommunalverwaltung, d.Ü.), wie die Bekämpfung von Bettlern und Straßenverkäufern ohne Lizenz - den Territorialabschnitten Faxmitteilungen sendet, in denen verlangt wird, die zur Bearbeitung von Bürgerbeschwerden abgestellten Teams auf solche Dienste „umzulegen“. Im Befehl ist auch die Verpflichtung enthalten, „die Zahlen zu den durchgeführten Maßnahmen“ zu liefern, auf deren Grundlage Palazzo Marini dann Pressemitteilungen erstellt. Und wenn die Stadtpolizisten der territorialen Abschnitte nicht reichen, wird auf Überstunden zurück gegriffen: im Schnitt, 13000 Stunden im Monat, zu einem Preis von über 300000 Euro. „Wenn sich die Aufgaben der Stadtpolizisten verändert haben, so nur deshalb, weil es das Gesetz vorsieht“ - sagt De Corato - und es sind jedenfalls nur 150 von 3057 Stadtpolizisten, die sich in Mailand in Vollzeit mit Sicherheit beschäftigen“.

Die Beschwichtigungen des Vizebürgermeisters genügen nicht, um die Unzufriedenheit der Stadtpolizisten zu besänftigen. Einige Gewerkschaftsgruppen drohen an, die für Samstag geplante, traditionelle Korpsfeier zu boykottieren. „Wir wissen nicht mehr, was denn unser Job ist, und auch nicht, wer über uns befiehlt“, sagen die protestierenden Ghisas, nach dem der Kommandant Emiliano Bezzon im Juli entfernt wurde, weil gegen ihn im Rahmen von Untersuchungen der Justiz zu mutmaßlichen Begünstigungen von Nachtlokalen ermittelt wird.

29. September 2009

Quelle: milano.repubblica.it/dettaglio/articolo/1734491

Zwei Texte über fortschreitende polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

Indect – der Traum der EU vom Polizeistaat

Ein Forschungsprojekt soll Wege finden, Informationen aus dem Netz, aus Datenbanken und von Überwachungskameras zu verbinden – zu einem automatischen Bevölkerungsscanner.

Die Europäische Union finanziert seit Jahresbeginn ein Forschungsprojekt, das all die bestehenden Überwachungstechnologien zu einem Instrument verbinden soll. „Indect“ soll es möglich machen, dass alles gesehen und alles verfolgt werden kann. Insgesamt 14,86 Millionen Euro lässt sich die EU das auf fünf Jahre angelegte Projekt kosten.

Anzeige

Auf deutscher Seite arbeiten daran mit die Bergische Universität Wuppertal, die Innotec Data GmbH & Co KG und eine Firma namens Psi Transcom GmbH.

Indect ist ein Akronym von „Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment“. Daher ein Informationssystem zur Unterstützung der Suche, der Entdeckung und der Überwachung von Bürgern in städtischen Umgebungen. Ziel: Erhöhung der Sicherheit. Man könnte es auch ein integriertes Spionageprogramm nennen.

Unter anderem soll es dazu dienen, das Internet zu durchforschen. Das Projekt will erforschen, wie sich im Netz mit automatisierten Suchroutinen „Gewalt“, „Bedrohungen“ und „abnormales Verhalten“ finden lassen.

Gleichzeitig soll es für die Polizei zum Werkzeug werden, um „verschiedenste bewegliche Objekte“ zu observieren. „Indect“ soll also Daten auswerten können, um die Bewegungen von Menschen, Fahrzeugen oder Schiffen nachzuvollziehen.

Und es soll eine Suchmaschine entwickelt werden, die anhand von Wasserzeichen Bilder und Videos wiederfinden und schnell verwalten kann.

Es geht nicht in erster Linie darum, Informationen aus dem Netz zu filtern. Vor allem sollen diese mit anderen Datenbanken verknüpft werden. Beispielsweise mit Bildern von Videoüberwachungskameras oder mit Daten von Mobiltelefonen. Das Ziel, so scheint es: In irgendeiner Weise auffällig gewordene Menschen in der Realität schnell entdecken und langfris-

tig verfolgen zu können. Wer beispielsweise bei YouTube ein Drohvideo gepostet hat, der soll mithilfe von Überwachungskameras gesucht, via Suchmaschine identifiziert und mittels tragbarer Geräte von Polizisten verfolgt werden können.

Zumindest steht zu den Zielen auf der Projekt-Website, man wolle Prototypen einer „Familie“ von mobilen Geräten entwickeln, mit deren Hilfe „Objekte verfolgt werden können“. Außerdem wolle man eine Suchmaschine zur schnellen Ermittlung von Personen und Dokumenten und Suchprogramme, die „ständig“ und „automatisch“ öffentliche Quellen wie Websites, Foren, Usenet-Gruppen, Fileserver, P2P-Netzwerke und „individuelle Computersysteme“ durchsuchen.

Wird das Projekt umgesetzt, wäre es der Albtraum jeder Bürgerrechtsbewegung. Verbindet es doch alle einzelnen Überwachungsinstrumente, die bereits jetzt installiert sind wie Videokameras, Vorratsdatenspeicherung, Handyortung, Gesichtserkennung oder Telefonüberwachung zu einem einzigen Spähprogramm.

Die britische Zeitung Telegraph, die gerade darüber berichtet hatte, nennt es daher nicht umsonst einen „Orwellischen Plan“, in der Öffentlichkeit nach „auffälligem Verhalten“ zu suchen.

Mit klassischer Verbrechensbekämpfung hat so etwas nichts mehr zu tun. Es ist der Versuch, alle technischen Möglichkeiten zur sogenannten Gefahrenabwehr zu nutzen. Rechtlich ist diese längst in den Polizeigesetzen der Länder und des Bundes verankert. Allerdings verdeutlicht ein Projekt wie „Indect“, wie weit dieses Konzept gehen und wie tief es in die Gesellschaft eindringen kann. Begriffe wie Unschuldsvermutung oder gerichtsfester Beweis haben dabei keine Bedeutung mehr, ersetzt es doch die gezielte Suche nach Verdächtigen durch das vollständige und automatisierte Scannen der gesamten Bevölkerung.

Der Telegraph zitiert einen Wissenschaftler des Think Tanks „Open Europe“ namens Stephen Booth: „Das ist nach meiner Meinung alles ziemlich beängstigendes Zeug. Diese Projekte würden eine riesige Invasion der Privatsphäre bedeuten und die Bürger müssen sich fragen, ob die EU wirklich ihre Steuergelder für so etwas ausgeben sollte.“

Quelle: euro-police.noblogs.org

Peacekeeping mit Gummiknüppel und Tränengas

Im italienischen Vicenza haben europäische Polizeien ein sechswöchiges Anti-Terror-Manöver abgehalten

24 Polizeiorganisationen aus 19 Ländern der Europäischen Union haben zum zweiten Mal an der internationalen Großübung „European Police Force Training“ (EUPFT) teilgenommen. In Anwesenheit des Vizeregalkommandanten der Carabinieri, General Stefano Orlando, sowie Vertretern der EU endete das Anti-Terror-Manöver am 5. November mit einem VIP-Tag, an dem, so eine Mitteilung der Kommandantur der Carabinieri, Behördenvertreter und Gäste dem simulierten Einsatz gegen Störungen der öffentlichen Ordnung und einer Stürmung eines Gebäudes durch Sondereinsatzkräfte mit Geiselnbefreiung beiwohnen konnten.

Mobilisiert waren dieses Jahr 639 Polizisten aus Österreich, Belgien, Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Litauen, Malta, Holland, Polen, Portugal, Großbritannien, Rumänien, Slowenien und Spanien. Von italienischer Seite waren Angehörige der Carabinieri, Polizia di Stato und der Guardia di Finanza beteiligt.

Das EUPFT fand vom 9. September bis November auf dem Gelände der „European Gendarmerie Force“ (EUROGENDFOR) in Vicenza sowie dem benachbarten Roncá statt. Kräfte der EUROGENDFOR waren ebenfalls in die Mission integriert. In Vicenza unterhält die EUROGENDFOR unter Leitung der italienischen Carabinieri die Polizeiakademie Center of Excellence for Stability Police Units (CoESPU), dessen Einrichtung auf Beschlüsse der G8-Gipfel 2002 und 2004 zurückgeht. Im CoESPU werden unter anderem Führungskräfte von Armeen afrikanischer Länder in Aufstandsbekämpfung unterrichtet. Gegenüber der Öffentlichkeit betont die Europäische Union, dass die Polizeieinheiten Teil einer zunehmenden „zivilen Konfliktlösungsstrategie“ seien.

Der Aufbau der EUROGENDFOR geht auf eine Initiative der damaligen französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie von 2003 zurück. Die Truppe soll kurzfristig bis zu 3.000 Kräfte für den Einsatz in „Drittstaaten“ mobilisieren, um unter militärischem Kommando Polizeiaufgaben zu übernehmen, darunter die „Sicherung der öffentlichen Ordnung“, „Schutz von Eigentum“ oder „geheimdienstliche Tätigkeiten“. An der EUROGENDFOR können laut Statut nur jene Länder teilnehmen, die paramilitärische Polizeien unterhalten, die dem Verteidigungsministerium unterstehen. Bisherige Träger sind Portugal, Holland, Spanien, Italien, Frankreich, Polen und Rumänien.

Laut der deutschen Bundespolizei wurde auf dem ersten EUPFT 2008 im französischen Saint-Astier der „Schutz von öffentlichen Gebäuden und Personen“, die „Evakuierung von EU-Bürgern“, „Bekämpfung von Menschenhandel“, „Schutz einer Sportveranstaltung“, „EU-Staatsbesuch“ sowie die „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und

Ordnung“ geübt. Als Zweck des Trainings 2009, das in drei Blöcken über jeweils zwei Wochen abgewickelt wurde, wird unter anderem die „Perfektionierung gemeinschaftlicher Vorgehensweisen“ verschiedener Polizeiorganisationen angegeben, was auch den Zielen der EUROGENDFOR entspricht. Daraus wird deutlich, dass ein gemeinsamer „Anti-Terror-Einsatz“ nicht auf Staaten außerhalb der EU beschränkt sein muss, sondern etwa auch „polizeiliche Großlagen“ innerhalb der Binnengrenzen umfassen kann – was auch nach den Statuten der EUROGENDFOR nicht ausgeschlossen ist.

Die Übungen EUPFT 2008 und 2009 lassen darauf schließen, dass sowohl die Ausrichtung als auch die Praxis der EUROGENDFOR einer Veränderung unterliegt und auf alle Mitgliedsstaaten der EU ausgeweitet werden soll. Die Übungen sind zudem eingebettet in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, was zuletzt durch einen Ratsbeschluss der EU vom 17. November bekräftigt wurde.

Inszeniert wurden Szenarien im fiktiven Dorf Spolarni eines „Ambrien“, wo sich die „transnationalen Peacekeeping-Kräfte“ nach einem Bürgerkrieg den „Ethnien“ der „Ambriner“ und der „Askalos“ in einer „instabilen Lage“ gegenübersehen. Unter Leitung von General Silvio Caselli bezogen die Truppen ihr Hauptquartier in der Kaserne Chinotto in Vicenza. Alle Aktivitäten fanden im Umland von Vicenza statt, darunter in den Ruinen des ehemaligen Stützpunktes der Luftwaffe in Roncá. Das Drehbuch, das filmreife Kulissen mit Dutzenden brennender Autos, militanter Demonstranten, Geiselnahmen und Bombenanschlägen vorsah, wurde von 15 Polizisten unter der Regie des Oberleutnants Leonardo Albesi vom 7. Regiment der Carabinieri in Laives zusammengestellt. Nach Ende der Übung verschwand Albesi wieder nach Afghanistan.

Berichte von Bewohnern dokumentieren, dass es rund um Vicenza tatsächlich 6 Wochen lang zugeht wie im Rollenspiel von Wehrsportgruppen. Männer mit Sturmhauben, die mit offenen Wagentüren gepanzerte Gefährte schwer bewaffnet unter Leitung der Carabinieri durch die Stadt und Region patrouillierten und jegliche Nachfragen zum Grund ihrer Anwesenheit zurückwiesen. Unter anderem gaben die von starker Bewunderung geprägten Fernsehberichte von ANSA oder Sky Aufschluss über den eigentlichen Zweck der Übung, die viele Bewohner zunächst für einen realen internationalen Anti-Terror-Einsatz hielten. Immerhin hatte sich daraufhin eine kleine Gruppe aus Vicenza mit Transparenten auf den Weg zur Kaserne gemacht, um gegen die polizeiliche Komponente militärischer EU-Einsätze zu demonstrieren. Wegen „unerlaubter Demonstration“ wurden sie kurzerhand überprüft und erhielten eine Anzeige.

Gemäß der Bundespolizei soll EUPFT 2010 in Deutschland stattfinden, vermutlich in der Kaserne der Auslandshundertschaften in St. Augustin.

Quelle: euro-police.noblogs.org

For somethin' that he never done...

Loïc Wacquant über Prekarität, Rassismus und Gefängnis in den USA

Die Deregulierung der Produktion seit den 1970er Jahren hat auch in den USA zur Verödung der ehemaligen Industriezonen geführt. Zugleich schnellte die Zahl der Gefängnishäftlinge in die Höhe. In den Vereinigten Staaten sitzen heute etwa sieben Mal so viele Menschen hinter Gittern wie im europäischen Durchschnitt. Die meisten von ihnen sind Schwarze. Loïc Wacquant forscht seit Jahren über die Zusammenhänge zwischen dem Wandel der Arbeitswelt, der insbesondere große Teile der „schwarzen Arbeiterklasse“ überflüssig gemacht hat, und dem Ausbau des Gefängnisystems. Mit ihm sprach Jenny Weyel über schwarze und weiße AmerikanerInnen hinter Gittern, die Rolle der Gefängnisse bei der Regulierung der Armut und die Folgen der Krise für dieses System der Armutskontrolle.

ak: Seit Mitte der 1970er Jahre ist die Inhaftierungsrate in den USA dramatisch angestiegen. Heute befinden sich mehr als zwei Millionen Menschen in amerikanischen Gefängnissen - Tendenz steigend. Überproportional viele Häftlinge in den USA sind Schwarze. Du hast diese Entwicklung als das „Schwarzwerden“, der Gefängnisbevölkerung bezeichnet und die These vertreten, Gefängnisse seien „Rassen“-produzierende Institutionen“. Könntest du das genauer erklären?

Loïc Wacquant: Zunächst einmal müssen wir uns darüber klar werden, wie außergewöhnlich diese Entwicklung ist, da die USA noch Mitte der 1970er Jahre eines der weltweit fortschrittlichsten Justizwesen besaß. Der Bundesstaat Kalifornien experimentierte sogar mit Gefangenengewerkschaften und selbstverwalteten Haftanstalten. In jener Zeit - im Jahr 1973 - hatten die Vereinigten Staaten ihre niedrigste Häftlingszahl im gesamten 20. Jahrhundert: etwa 380.000 Gefangene. Seitdem hat sich die Zahl der Häftlinge alle zehn Jahre mehr oder weniger verdoppelt, so dass die Inhaftierungsrate heute fünf Mal so hoch ist wie 1973.

Wie ist diese plötzliche Trendwende zu erklären?

Die konventionelle Antwort verweist auf die Kriminalität. Sie besagt, dass die USA auf einen Anstieg vor allem von Gewaltverbrechen reagiert habe, indem sie ihre Gefängnisse füllte. Tatsächlich aber stagnierte die Kriminalitätsrate in diesem Zeitraum zuerst und ging dann zurück.

Es ist außerdem bemerkenswert, dass im genannten Zeitraum der Anteil weißer StraftäterInnen nicht zugenommen hat. Wenn also die Gefängnisbevölkerung ein korrektes Abbild der Kriminalität wäre, dann hätte auch die Anzahl Weißer hinter Gittern steigen müssen. Doch das Gegenteil ist gesche-

hen. Vor 50 Jahren lag der Anteil Weißer an den GefängnisinsassInnen bei 70 Prozent, alle anderen zusammen kamen auf 30 Prozent. Heute sind 70 Prozent der Häftlinge schwarz oder hispanisch. Schwarze Männer machen sechs Prozent der Gesamtbevölkerung aus, aber sie stellen 50 Prozent der Häftlinge.

Wir müssen daher die Funktionen des Gefängnisses in den Blick nehmen, die mit Bestrafen und Kontrolle von Kriminalität nichts zu tun haben. Das Gefängnis dient nicht dazu, Verbrechen zu bekämpfen, sondern dazu, die Armen zu regulieren, soziale Unruhen einzudämmen und diejenigen zu verwahren, die durch die neue gesellschaftliche Arbeitsteilung, den technologischen Wandel und die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse überflüssig gemacht worden sind. Darüber hinaus hat das Gefängnis den Nutzen, die Souveränität und Autorität des Staates zur Schau zu stellen.

Du sagtest, die Gefängnisse verwahren die Armen. Wäre es aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoller, eine höhere Workfare zu zahlen, anstatt die Armen ins Gefängnis zu sperren?

Ja, wenn man die Gesamtarchitektur dieses Systems der Armutsregulierung betrachtet, ist es durch und durch irrational. Es ist wahnsinnig kostspielig. Das kann 20, 30 oder auch 40 Jahre funktionieren, aber gegenwärtig sehen wir ja, dass dieser Modus der Armutsregulierung an seine Grenzen stößt, schlicht und einfach weil er zu teuer ist.

Und wie wird sich die aktuelle Krise deiner Meinung nach auf die Gefangenenbevölkerung auswirken? Wird der Staat noch die Mittel haben, die Armen weiter zu verwahren?

Ironischerweise besteht in den USA eine der großen Chancen, die mit dem Zusammenbruch der Aktienmärkte und der Finanzkrise einhergehen, darin, dass die Krise die Regierung zwingt, zu einer aktiveren wirtschaftspolitischen Rolle zurückzukehren. Und je stärker die Regierung sich im wirtschaftspolitischen Feld engagiert und auch ihre Autorität aus einer aktiven Wirtschaftspolitik zieht, desto weniger muss sie das im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, das heißt über ihre bisherige Law-and-order-Politik tun. Die Krise verringert also die Neigung zu einer repressiven Strafverfolgungspolitik - und auch den politischen Nutzen, den man aus einer solchen Politik ziehen kann.

Siehst du irgendwelche Hinweise darauf, dass es durch die Wahl von Barack Obama und des neuen Justizministers Eric

Holder zu einem politischen Kurswechsel in Bezug auf den Strafvollzug kommt?

Die große Chance besteht wie erwähnt darin, dass sich die neue Regierung wegen der Wirtschaftskrise im Bereich der Law-and-order-Politik nicht wirklich profilieren muss. Unter normalen Umständen wäre die neue Regierung vermutlich dazu verdammt, die Politik ihrer Vorgänger fortzusetzen. Ein schwarzer Präsident und ein schwarzer Justizminister können sich schließlich nicht nachsagen lassen, zu lasch mit schwarzen Kriminellen umzugehen. Das ist ein Dilemma der schwarzen Bourgeoisie, das der bedeutende schwarze Soziologe W.E.B. Du Bois schon Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieben hat: Um von Weißen respektiert zu werden, muss die schwarze Bourgeoisie ihre Distanz zur schwarzen Unterklasse demonstrieren. Insbesondere gegenüber StraftäterInnen muss sie Härte zeigen. Andernfalls würde sie als Verbündete der schwarzen Kriminellen betrachtet werden und die Verknüpfung zwischen Schwarzsein und Kriminalität würde bestätigt werden. Ein schwarzer Präsident ist also paradoxerweise in einer sehr schwachen Position, wenn er eine mildere Strafgesetzgebung einführen will.

Das führt uns noch einmal zu einer anderen Frage zurück, die du gestellt hast, und zwar die Frage nach der Verbindung zwischen „Rasse“ und Inhaftierung. Die USA setzen den Strafvollzug wie beschrieben verstärkt dazu ein, die Armen zu regulieren. Sie benutzen ihn aber auch, um die Überreste des schwarzen Gettos zu kontrollieren und in Schach zu halten. Historisch diente das schwarze Getto dazu, die schwarze Bevölkerung zu kontrollieren und in Schach zu halten - und zwar alle, egal ob sie reich oder arm waren. Doch in den 1960er Jahren brach das Getto als Instrument der Kontrolle zusammen.

Warum?

Hauptsächlich aus drei Gründen. Erstens machte die wirtschaftliche Verschiebung hin zu post-industrieller Produktion die - im innerstädtischen Getto konzentrierte - schwarze Arbeiterklasse überflüssig. Ihre Arbeitskraft wurde in den städtischen Fabriken nicht länger benötigt, denn die Fabriken waren in die Vorstädte und in den globalen Süden abgewandert. Die bisherige Funktion des Gettos, die Arbeitskraft von Schwarzen abzupressen, war nun überholt. Zweitens begann die millionenfache Abwanderung Weißer in die Vororte. Damit verlagerte sich auch der politische Mittelpunkt des Landes in die Vororte. Die innerstädtische Bevölkerung wurde damit in politischer Hinsicht überflüssig. Nach 1968 konnten sogar die Demokraten nationale Wahlen gewinnen, ohne in den Innenstädten zu gewinnen. Drittens brachten die sozialen Bewegungen der 1960er Jahre auch die Weigerung hervor, sich weiter im Getto einsperren zu lassen. Für die schwarze Mittelklasse wurde es möglich, dem Getto zu entfliehen und sich außerhalb dessen anzusiedeln.

Und was passierte mit dem städtischen Getto?

Aus den Überresten des klassischen Gettos wurde das „Hypergetto“, dessen Bevölkerung in zweifacher Hinsicht diskriminiert wird - auf Grund ihrer „Rasse“ und ihrer Klasse. Ihr haftet das Stigma ihrer „Rasse“, das Stigma der Armut und das Stigma der Sittenlosigkeit an. Ihr wird sexuelle Zügellosigkeit und eine mangelnde Arbeitsmoral zugeschrieben; dieser Teil der Bevölkerung, so eine verbreitete Sichtweise, braucht moralische Anleitung durch den Staat. Dies geschieht einerseits durch die staatlichen Workfare-Programme. Die BezieherInnen von Sozialleistungen werden zur Arbeit gezwungen - und dazu, unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu akzeptieren. Andererseits hat das zu dem geführt, was ich „Prisonfare“ nenne: zum Ausbau der Polizei, der Gerichte, der Gefängnisse, der Bewährungsstrafen, der Vorstrafenregister usw. als Mittel zur Kontrolle des schwarzen - vor allem männlichen - Subproletariats. Das Gefängnisssystem wurde also verknüpft mit den Resten des schwarzen Gettos, das heißt mit dem Hypergetto. Die neue Verbindung aus Hypergetto und Gefängnis dient nicht länger dazu, Wert abzuschöpfen, sondern dazu, unerwünschte Bevölkerungsteile, die als gefährlich, abweichend und heruntergekommen betrachtet werden, auszugrenzen.

Zum anderen sind - gewissermaßen als Satelliten des klassischen Gettos - auch räumlich abgetrennte Wohngegenden der schwarzen Mittelschicht entstanden. Es ist bemerkenswert, dass sich die Wahrscheinlichkeit, ins Gefängnis zu kommen, für junge schwarze Männer ohne High School-Abschluss in den letzten 20 Jahren verfünffacht hat, wohingegen sie sich für schwarze Männer mit College-Abschluss halbierte. Das bedeutet, dass sich die neue Repressivität des Staates nicht gegen Schwarze insgesamt richtete, sondern nur gegen die schwarze Unterschicht.

In welchem Zusammenhang steht das zu dem, was du über das Prekariat gesagt hast? Macht es Sinn zwischen den aus ökonomischer Sicht „Überflüssigen“ und denjenigen prekären Arbeitskräften zu unterscheiden, die noch benötigt werden?

Ich denke ja. Und die Institution, die die Grenze zieht zwischen denjenigen, die noch „gerettet“ und in den Arbeitsmarkt - wenn auch in einen prekarierten Arbeitsmarkt - wieder eingegliedert werden können, und jenen, die nicht länger verwertbar sind, die nur noch zwischen Hypergetto und Gefängnis hin und her pendeln, ohne je wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten, ist der strafende Staat. Für all jene, die den Workfare-Maßnahmen unterworfen sind, besteht zumindest die Möglichkeit, dass sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Und die Kriminalisierung soll verhindern, dass der Rest des Prekariats sich mit den Überflüssigen solidarisiert?

Genau. Es geht um zwei Dinge: Wenn der Strafvollzug ausgebaut wird, dann setzt das zunächst einmal diejenigen unter

Druck, die sich gegen Niedriglohn-Jobs sträuben. Was sind die Möglichkeiten, sich gegen Billigjobs zu wehren? Eine Möglichkeit ist, in die Schattenwirtschaft auszuweichen. Doch wenn die Kosten für ein Ausweichen in die Illegalität drastisch erhöht werden, indem sich beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, dass die Polizei dich erwischt, wenn du Drogen verkaufst, auf 50 oder 80 Prozent erhöht und die Wahrscheinlichkeit, dafür drei Jahre ins Gefängnis zu wandern, auf 100 Prozent steigt, dann werden sich viele Leute sagen, da mach ich doch lieber den miesen Job. Das Strafsystem hat also den Zweck, den Druck zu erhöhen. Es soll diejenigen, die sich prekarierten Arbeitsbedingungen widersetzen, dazu zwingen, diese Bedingungen zu akzeptieren. Aber es stigmatisiert zugleich auch diejenigen, die Bekanntschaft mit dem Gefängnis gemacht haben, und trennt sie von denen, die nicht im Gefängnis waren.

Übersetzung: Jenny Weyel

Quelle: *ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis* / Nr. 542 / 18.9.2009

Zur Situation von Jean-Marc Rouillan: Verlegung ins Gefängnis von Muret und schwer erkrankt

Der Genosse Jean-Marc Rouillan, ex-Mitglied verschiedener bewaffneter Gruppen wie der MIL (Movimiento Iberico de Liberacion, Iberische Befreiungsbewegung), der GARI (Grupos de Acción Revolucionaria Internacionalista, Internationale Revolutionäre Aktionsgruppen) und später der Action Directe in Frankreich, wurde zu Lebenslänglich verurteilt aufgrund der Hinrichtung vom General Audran im Jahr 1985 und dem Generaldirektor von Renault im Jahr 1986. Er befindet sich im Gefängnis, einige Jahre davon in Isolation.

Glücklich erhielt er im Dezember 2007 eine „quasi Freiheit“, welche bald aufgrund einer Klausel zurückgezogen wurden, welche ihm verbietet über die Taten zu sprechen für die er vor 20 Jahren verhaftet wurde. Jean Marc, nie Reue zeigend, entschloss sich eine Frage der Zeitung L'Express zu beantworten, was als ein Bruch dieser Klausel verstanden worden ist. Seine „quasi Freiheit“ ist ihm entzogen und jetzt sitzt er wieder im Knast.

Am Anfang wurde Jean-Marc in die überregionalen Sicherheitskrankenabteilung wegen einer Lungenentzündung eingewiesen, aber nach einiger Zeit erwies sich, dass es um eine schwere Krankheit geht.

Jean ist am seltenen Erdheim-Chester-Syndrom erkrankt (er

ist der Fall Nummer 186 dieser Krankheit), welches einen Schmerz hauptsächlich im den Knochensystem verursacht. Die elendigen Knastbehörden verweigern ihm jede medizinische Fürsorge. „Es handelt sich hier um juristische Rache und Verfolgung!“, sagt das Unterstützungskomitee der Gefangenen der Action Directe.

Das Unterstützungskomitee der politischen Gefangenen der Action Directe verlangt, dass er in ein Gefängnis von Paris überstellt wird, um im Krankenhaus von Pitié Salpêtrière (das einzige, welches bei dieser Krankheit helfen kann) behandelt zu werden.

Am 28. Oktober haben die Herrschenden beschlossen ihn ins Gefängnis von Muret, in der Nähe von Toulouse, zu schicken, um die Rache gegen jemanden zu beeilen, der sich nicht vor den aufgezwungen Normen beugt.

Es ist notwendig, dass schnellstmöglich internationale Solidarität mit dem Genossen, der trotz der Jahre der Isolierung und der Haft niemals nachgegeben hat und sich ohne nie von seiner revolutionären Vergangenheit/Gegenwart distanziert hat, ausgedrückt wird.

Genosse Jean-Marc Rouillan auf die Strasse!

Die Vervielfältigung eines Interviews, welches im Juni 2009 stattfand

Le Mage: *Es kann gesagt werden, dass du von weit her kommst. Ohne deinen Aufenthalt in der überregionalen Sicherheitskrankenabteilung (UHSI), wärst du wahrscheinlich nicht mehr unter uns...*

Jean-Marc Rouillan: Ja, ich komme von weit her. Das beweist mal wieder, dass die unbeweglichen Zitadellen stürmische Gebiete sind. Im Januar wurde ich krank. Einige Ärzte glaubten es handle sich um eine einfache Grippe. Die Leitung von ihrer Seite aus dachte (oder wollte denken), dass es sich um eine Depression handeln würde und schickte mich zum Psychiater. Die Angelegenheit verlängerte sich und meine Gesundheit degradierte immer mehr bis mich am 6. März Feuerwehrmänner zur Notaufnahme mitnahmen. Die Ärzte bestätigten mir, dass ich innerhalb von Stunden oder Tagen hätte sterben können... Dennoch handelte es sich nicht um einen anti-terroristischen Komplott, es war auch nicht das Resultat der Inkompetenz der Gesundheitsbehörden von Les Baumettes, sondern die belanglose Zeugenaussage der Zustandes der Fabriken der ordinären Einsperrung. Trotz alledem ist es wichtig zu sagen, dass obwohl ich auf einer willkürlichen Art und Weise (denn ich bin ja kein DPS**) einer speziellen Überwachung unterzogen wurde, fiel niemand meine wirkliche Situation auf.

Le Mage: *Du bist ja auch kein üblicher Gefangener. Merkwürdigerweise hast du dir eine überhaupt nicht übliche Krankheit eingefangen...*

Jean-Marc Rouillan: Ich leide unter einer dieser Myxomatosen, welche die Urteile verkürzen. Krebs und degenerative Krankheiten richten Unheil an. Ein Schließer erklärte mir, dass er um die 30 Todesfälle in der UHSI gezählt hatte, innerhalb weniger Jahre und dass ohne die in letzter Stunde suspendierten Urteile... Jedenfalls, ich konnte nicht in die Trivialität fallen und als eine treuer Anhänger minoritärer Aktion, habe ich eine Krankheit bekommen die seltener als die eigenen seltsamsten Krankheiten ist. Ich bin zum Fall 186 des Syndroms vom Herrn Chester und Doktor Erdheim geworden.

Le Mage: *Wie gehen deine Anstrengungen für deine Freilassung voran?*

Jean-Marc Rouillan: Mit der Unterstützung vom Ärzteteam und berufend auf das Kouchnergesetz habe ich die Einstellung meines Urteils beantragt. Ich gebe zu, dass mir schlecht dabei wird den Richtern diesen humanitären Vorwand zu beantragen, welcher die grausame Realität der „Eliminatorien“ der Republik deckt. Ich habe aber keine andere Option und dieses Gesetz ist ein Teil des Arsenal für die Minderung der Urteile. Die letzte kollektive Entscheidung der Gefangenen von Action Directe war, ohne Reue, das in Anspruch nehmen dieses Arsenal. Nathalie wurde dies verweigert, aber sie profitierte von der „quasi Freiheit“ und nachher von der bedingten Freilassung.

Le Mage: *Im welchem Zustand befindet sich die medizinische Forschung gegen das Chester-Erdheim-Syndrom und bis zu welchem Punkt werden die Richter die Meinung der Ärzte respektieren?*

Jean-Marc Rouillan: Das Chester-Erdheim-Syndrom ist so selten, dass es leicht ist sich vorzustellen, dass die Labore noch keinen Cent in die Suche einer Behandlung investiert haben. Es gibt keine Lösung, es ist das harte Gesetz des Marktes. Die Ärzte experimentieren mit den Dosierungen der Kortikoide und der Chemotherapie. Es gibt keine anerkannte Behandlung; es sind nur Experimente. Daher befindet sich die Justizbehörde vor einem Dilemma. Wenn die Richter mir die Vorteile der Gesetze verweigern, verurteilen sie die Ärzte diese nicht zu respektieren. Weil jedes medizinische Experiment, welches mit einer inhaftierten Person gemacht wird, strikt durch das Gesetz verboten ist. Das kommt von einem Gesetz, welches abgestimmt wurde, um dem Missbrauch unter welchem die Gefangenen vor Jahrzehnten litten ein Ende zu setzen. Es ist klar, dass die Entscheidung des Richters der Überwachungsstrafanstalt sich auf meine Behandlung, die ich bekomme, oder nicht, niederschlagen wird. Wenn sie mich nicht frei lassen, werde ich eine minimale Behandlung bekommen, denn die Ärzte werden mit der Dosierung sehr vorsichtig sein, mit dem Ziel einen Unfall zu vermeiden und gegebenenfalls die Größenordnung der Nebeneffekte zu beschränken. Ich erwarte, dass sich die Justizbehörde nicht allzu viel Zeit lässt, denn ich befinde mich schon seit über einem Monat ohne Behandlung.

Le Mage: *Was ist aus dem Schriftsteller Jean-Marc geworden? Hast du die Mittel, um deine literarische Arbeit fortzusetzen?*

Jean-Marc Rouillan: Seit meiner Inhaftierung, Anfang Oktober letzten Jahres, wurde mir verboten ein Computer zu haben, gegen die Gesetze und Regelungen. Bald sind es neun Monate! Trotz alledem komme ich mit meinen Arbeiten voran. Ich habe mehrere Manuskripte vorbereitet und einige Projekte, die laufen.

Le Mage: *Wird deine Krankheit es dir erlauben deine Stelle beim Team von Edition Agone*** wieder zu bekommen?*

Jean-Marc Rouillan: Falls ich rauskomme weiß ich nicht ob ich überhaupt bei Agone arbeiten könnte... Auf jeden Fall nicht während der Behandlungszeit.

**DPS: Détenu Particulièrement Surveillé (Gefangener mit spezieller Überwachung)

***Edition Agone: www.athes.org/agone (politischer Verlag aus Marseille, wo Jean-Marc nach seiner Haft arbeitete)

Wenn das Rote Kreuz ins Schlachtfeld zieht...

Als wir noch klein waren, hat man uns immer gelehrt, dass das Rote Kreuz und seine Schwesterorganisationen zu jenen Institutionen gehören, die ein grosses Herz haben. Auch wenn sie im Grunde nichts am Funktionieren dieser durch Ausbeutung, Krieg, Elend und Unterdrückung beherrschten Welt verändern, so versuchen sie zumindest die Verletzten zu pflegen und ihre Schmerzen zu lindern, wie sie in ihrer zutiefst religiösen Sprache sagen.

Doch eine neutrale Hilfeleistung kann es nicht geben, und im Falle des Roten Kreuzes ist dies unschwer zu erkennen...

Während jedes Jahr Millionen von Menschen vor Hunger, Katastrophen, Krieg und Unterdrückung fliehen, in der Hoffnung irgendwoanders ein besseres Leben aufbauen zu können, warten hier in Europa Rassismus, Razzien, grenzenlose Ausbeutung und, letzten Endes, Internierungszentren und Ausschaffungen auf sie. Wenn Flüchtlinge in Europa ankommen, werden sie oft erstmal in sogenannte "offene Asylzentren" gepfercht (mehrere dutzend dieser Zentren werden ausschliesslich vom Roten Kreuz verwaltet). Diese sind genau wie die Internierungszentren, mit Stacheldraht umzäunt und auch hier kommen jeden Abend die Wächter, um die Türen abzuschliessen. Man lehrt hier die Asylsuchenden den Gesetzen des Kapitalismus und seiner Demokratie zu gehorchen (z.B. werden die vom Roten Kreuz eingesammelten Kleider an die "Bewohner" verkauft, welche mit sanfter Hand ge-

zwungen werden entweder im Zentrum, oder für die lokale Gemeinde praktisch unbezahlte Arbeit zu verrichten – sie sollen an das Schicksal der Ausbeutung gewöhnt werden, das auch hier auf sie wartet). Diese Zentren haben ausserdem den Zweck die Asylsuchenden im Griff zu halten und sie Abhängig zu machen, damit sie sich nicht in ein selbstständiges Leben ausserhalb des abgeschlossenen Bereiches wagen. Unter dem Vorwand von humanitärer Fürsorge organisiert der Staat also eine permanente Kontrolle über all diese Unerwünschten. Wird das Asylgesuch abgelehnt, kommt die Polizei in diese neutralen und offenen Zentren, um die zurückgewiesenen Flüchtlinge zu verhaften und in das Elend oder den Tod auszuschaffen. Das Rote Kreuz kann schlussendlich nie eine neutrale Hilfeleistung anbieten, seine Aktivitäten sind ein integraler Bestandteil der Politik zur Verwaltung und Kontrolle der Migration.

Das Rote Kreuz unterhält ausserdem enge Verbindungen zur Internationalen Organisation für Migration (IOM), eine Institution, die versucht die Migrationsströme den Bedürfnissen des Kapitalismus und der sozialen Kontrolle anzupassen. Dieselbe Institution bedient sich der Hilfe verschiedenster humanitärer Organisationen und NGOs, um ihre Erpressung mit "Rückkehrprämien" durchzuführen. Den Flüchtlingen wird, nachdem sie von diesem System jeglicher Perspektive beraubt wurden, eine ärmliche Entschädigung angeboten, falls sie freiwillig in ihr Herkunftsland zurückkehren. Es ist ganz simpel: Zuerst raubt man ihnen jegliche Zukunft, dann schliesst man sie in "Auffangzentren" ein und macht klar, dass sie auch hier nur die Armut erwarten wird, und schliesslich erpresst man sie mit einigen hundert Euros, damit sie die Gründe vergessen, wegen denen sie geflüchtet sind... In anderen europäischen Ländern, wie in Italien und Spanien, ist das Internationale Rote Kreuz direkter Verwalter jener Ausschaffungsknäste, in welche die Flüchtlinge nach dem Gerichtsverfahren eingesperrt werden. Internierungszentren mit ihren Wächtern, ihren Isolationszellen, ihrer Prügel, ihren Missständen und schlicht dem Entziehen der Freiheit. Hier zeigt sich das Rote Kreuz erneut ganz klar als das, was es wirklich ist:

Der humanitäre Flügel der Herrschaft.

In Belgien sind es die Sanitäter des Roten Kreuzes, die nach den Aufständen in den Zentren die Verwundeten versorgen und mit Beruhigungsmitteln vollstopfen, ohne die geringste Kritik von sich hören zu lassen. In Roissy (Paris), verwaltet das Rote Kreuz zusammen mit der Polizei die Wartezone für die Sans-Papiers, die am Flughafen ankommen. Ausserdem

dienen sie zur Rückendeckung bei Methoden der Grenzpolizei (Handschellen, Schläge, Knebel, Drogen) bei gewaltsamen Ausschaffungen per Flugzeug.

Während einer riesigen Razzia am 17. August 2006 wurden 508 Afrikaner und Osteuropäer aus einem Haus in Cachan (Frankreich) vertrieben, das sie seit 2003 besetzt hielten. Jeder Bus der Präfektur der die Geräumten wegtransportierte, um sie in immer ferneren Vororten wieder auszusetzen, wurde ausserhalb von blau Uniformierten eskortiert und innerhalb von zwei Mitgliedern des Roten Kreuzes begleitet.

Vom September 1999 bis 2002 trugen diese Handlanger des Staates die Verantwortung über die Verwaltung des Hangars bei Sangatte in der Nähe von Calais. Dort isolierten sie ca. 1800 Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit der CRS (mobile Bereitschaftspolizei von Frankreich), die das unerwünschte Lager solange überwachte, bis der Staat mit dem Bau eines Internierungszentrum gleich nebenan fertig war. Vom November 2002 an fichtierten sie schliesslich alle Flüchtlinge, um die Zerschlagung des Lagers und die darauf folgende Menschenjagd vorzubereiten.

All dies, das bedeutet seine Seite zu wählen.

Doch es gibt nicht nur die Sans-Papiers, die an den Ufern von Spanien stranden oder jene, die erschöpft in irgendwelchen europäischen Flughäfen den Fuss auf die Erde setzen. Es gibt auch die Millionen von Flüchtlingen im Mittleren Osten und in Afrika, die von Kriegen, Elend oder ökologischen Katastrophen umhergetrieben werden, um schliesslich in riesigen Konzentrationslagern zu landen (im engeren Sinne des Wortes: Administratives Einschliessen einer Kategorie von Menschen an einem abgegrenzten und kontrollierbaren Ort aus rassistischen und kontrolltechnischen Gründen oder zum Zweck der Ausbeutung). Diese Lager wurden oft vom Roten Kreuz verwaltet, und zwar nicht bloss mit seinen Sanitätern, sondern auch mit seinen Sicherheitsbeamten. Folglich stärkt das Rote Kreuz schlicht die gegenwärtige Ordnung, die sich aus Unterdrückern und Unterdrückten zusammensetzt – und während sie letztere verpflegen, versuchen sie auch ihre Revolte zu ersticken, die Revolte, die als einziges wirklich etwas verändern kann.

Als die Armeen der Demokratie in Ex-Jugoslavien, in Afghanistan und im Irak einmarschierten, scharten sie die humanitäre Armee des Roten Kreuz hinter sich. Unter dem Vorwand vor der Politik einer ethnischen Säuberung schützen zu wollen, übernahm das Rote Kreuz die Verwaltung einer Reihe von Konzentrations- und Gefangenenlagern in Ex-Jugoslavien. Tatsächlich versuchten sie jedoch die europäische Politik zur Kontrolle der Migrationsströme in die militärischen Manöver der UNO einzuführen. Jeder weiss, dass es unmöglich ist in Zeiten des Krieges neutral zu bleiben (und nicht wenige kritische Angestellte des Roten Kreuz haben ihre Arbeit niedergelegt, weil sie diese abscheuliche Neutralität nicht länger ertragen konnten). Neutral bleiben bedeutet das Lager des Stärkeren zu wählen – auch wenn man die Schwächeren verpflegt. Heutzutage werden Kriege "humanitär" geführt, doch welcher vernünftige Mensch könnte jemals glauben, dass irgendetwas humanitäres in den Bombardierungen, den schmerzzerrissenen Körpern, den Verletzten und den Vergewaltigungen liegt? Während es eine Neutralität vortäuscht, verstärkt das Rote Kreuz schlicht die bestehenden Machtverhältnisse. Im Irak, in Afghanistan, sowie anderswo.

Die scheinbar endlose Geschichte von Ausbeutung und Unterdrückung hatte schon immer einen Trupp von Kollaborateuren nötig, die sich freiwillig hinter einem „das wusste ich nicht“ verstecken. Die Demokratische Verwaltung des Kapitalismus und der Unterdrückung hat alles Interesse daran, das was in der Zeit der Vernichtungslager der Nazis einmal "die graue Zone der Kollaboration" genannt wurde, so weit wie möglich auszudehnen. Sich zu weigern mit einem System zu kollaborieren, das systematische Deportationen organisiert, um die ökonomischen Profite und die Macht von einigen Menschen zu schützen, bedeutet die Möglichkeit einer wirklichen Kritik zu öffnen; einer Kritik, die sich gegen diese Welt richtet, in der wir gezwungen sind zu leben. Es bedeutet die humanitäre Hülle abzukratzen, die dieses tödliche System der Deportation, der Einkerkung und der Ausbeutung verhüllen will!

Dieser Text wurde aus der französischen Zeitschrift "Non Fides" (Nr. IV, Mai 2009) entnommen und übersetzt.

Anschlag auf Rotes Kreuz

In der Nacht auf Mittwoch den 9.09.09 wurden mehrere Fenster der Büros des Roten Kreuz in Zürich eingeschlagen. „GEGEN DIE AUSSCHAFFUNGSMASCHINERIE UND IHRE HANDLANGER!“ wurde auf das davorliegende Trottoir geschrieben.

Das Rote Kreuz ist Mitverwalter diverser Internierungszentren für Migranten in verschiedenen Ländern (z.B. in den CIEs in Italien oder dem CETI in der Spanischen Enklave bei Melilla). Unter dem Banner einer humanistischen Ideologie sind sie mitverantwortlich für die Einsperrung und Misshandlung unzähliger Migranten in der Schweiz, sowie in anderen Ländern. Ob nun bei der Unterdrückung von Revolten in den Zentren (wie bei der letzten Welle von Aufständen in den italienischen Knästen und geschlossenen Zentren im August, als den Hungerstreikenden das Wasser verweigert wurde), bei der Begleitung von Polizeieinsätzen (wie am 26. Mai, als in Frankreich ein Romalagerplatz geräumt und in Brand gesteckt wurde, oder bei der Fichierung von Romas in Italien) oder bei Einsätzen in Kriegsgebieten, das Rote Kreuz handelt stets an der Seite der Herrschenden.

Kurzer Bericht über das „Gathering against the Prison Society“

Am letzten Wochenende im Oktober fand in Brighton, England, ein zweitägiges Treffen unter dem Motto „Gathering against the Prison Society“ statt. Mehrere AnarchistInnen aus ganz Europa trafen dort zusammen, um sich über Solidarität, Knast und soziale Kontrolle, sowie Strategien gegen diese zu unterhalten.

Hier veröffentlichen wir ein paar kurze Notizen darüber, bald sollen aber die stattgefundenen Diskussionen als Broschüre erscheinen.

Rund 50 Personen haben sich an beiden Tagen beteiligt, trotz der vielen anderen Ereignisse an den Tagen, es fanden verschiedene Demonstrationen in England statt.

Der Samstag begann mit einer Veranstaltung über Knastarbeit im britischen Knastsystem, von einem Genossen von ABC Brighton und der Kampagne gegen Knastsklaverei. Die Veranstaltung endete dann mit einer Diskussion.

Danach sprachen einige anarchistische GenossInnen aus Lissabon und Setubal, Portugal. Sie berichteten über den Knastaufstand, der im Jahr 1994 stattfand und den Prozess gegen 25 Menschen, die damals beteiligt waren, der vor kurzem stattfand, und die solidarische Begleitung seitens der AnarchistInnen.

Eine Genossin aus Athen, Griechenland, sprach über den Dezemberaufstand, die folgenden Repression und den Fall des inhaftierten Anarchisten und Bankräubers Giannis Dimitrakis. Anschließend wurde ein Film über die Knastgesellschaft und den Knastaufstand im Knast Malandrino im Jahr 2007 gezeigt, sowie der sich speziell mit den Fall von Dimitrakis auseinandersetzt. Danach folgte eine lange Diskussion über revolutionäre Solidarität.

Am folgenden Tag sprachen einige anarchistische Genossen aus Berlin über die laufenden Repressionsfälle, vor allem über den Fall von Alex, Christoph und der MG. Thematisiert wurde auch die zunehmende Präsenz der Polizei und ihre Einschüchterungsversuche. Anschließend wurde die Diskussion über revolutionäre Solidarität fortgesetzt, da in Berlin viel darüber diskutiert wird und auch viele Menschen sich in der Theorie und der Praxis wiedererkennen, indem sie die Repressionsschläge benutzen, um den Kampf gegen das Bestehende weiter zu intensivieren.

Am Ende sprachen einigen GenossInnen aus Amsterdam über den Fall von zwei Personen, die in den Knast geschickt wurden aufgrund einer Auseinandersetzung innerhalb einer autonomen Kneipe und die folgenden Auseinandersetzungen über Knast und Spaltungen in der dortigen Szene.

Am Abend fand eine Demonstration vor dem Knast Lewis statt, wo viel Feuerwerk gezündet und Transparente entrollt

wurden.

Wie indymedia berichtete, fanden auch zwei direkte Aktionen in Brighton statt, die einen klaren solidarischen Bezug hatten.

Ein „probation office“ („Büro zur Aufsicht der Bewährung“) wurde in Solidarität mit allen Gefangenen eingehauen.

Hier die Dokumentation der Erklärung der anderen Aktion, bei welcher das Hauptquartier der Royal Bank of Scotland mit Steinen angegriffen wurden:

„Alle Banken sind Teil des gleichen Systems, das alles zerstört und zerstört werden muss. Banken sind die sichtbarste Manifestation der Ausbeutung und Vernichtung unserer Leben, die von Staat und Kapital unternommen wird.“

Wir haben die Rolle der RBS innerhalb der Wirtschaftskrise und dem G20 im April, wo Ian Tomlison von den Bullen ermordet wurde, nicht vergessen, noch vergeben wir dies.

Wir widmen diese Aktion Giannis Dimitrakis, Amadeu Casellas, Thomas Meyer Falk, Alfredo M. Bonanno und Christos Stratigopoulos, anarchistische Genossen im Knast aufgrund von Enteignungen, die sie gewählt haben, um dieses System direkt anzugreifen, genauso wie an alle anderen RebellInnen, die inner- und außerhalb der Knastmauern kämpfen.

Wir werden nicht aufhören.

AnarchistInnen“



Termine

Collectif Mary Read (Radical HipHop aus St. Etienne) auf Tour für und mit ABC am:

27.12. in Bremen in der Frieze (Friesenstr. 110-124)

28.12. in Hannover in der Sturmglocke (Klaus-Müller-Killian-Weg 1)

29.12. in Berlin in der Kadterschmiede (Rigaerstr. 94, Friedrichshain)

30.12. in Hamburg in der Roten Flora (Achidi-John-Platz 1 - Ex-Schulterblatt 71)

31.12. in Berlin auf der Silvester zum Knast-Demo

weitere Infos dazu unter: www.abc-berlin.net

Silvester zum Knast

in Hamburg um 23.00 Uhr Kungebung am Untersuchungsgefängnis Holstenglacis

in Berlin um 22:45 Uhr vom U-Bhf Turmstrasse zur JVA Moabit



Seit vielen Jahren gibt es an Silvester in Berlin eine Demonstration zum Knast in Moabit, um den Inhaftierten dort ~ stellvertretend für alle Gefangenen ~ zu zeigen, dass sie nicht vergessen sind. Gefängnisse sind keineswegs blosse Nebenprodukte des Staates, die darauf abzielen Abweichler ~innen, nicht konforme, Überflüssige oder unerwünschte Menschen zu unterdrücken und zu isolieren, sie sind im Gegenteil ein elementarer Bestandteil der Gesellschaft. Unsere Solidarität gegen die Isolation und die zerstörende Wirkung der grauen Mauern!

Deshalb:

Silvester zum Knast

für die Zerstörung aller Formen der Einsperrung

31. Dezember 09 * 22:45 Uhr
U~Bhf Turmstrasse * Berlin~Moabit